



universität
wien

Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

Irland und der Vertrag von Lissabon

Das irische Nein zum EU-Reformvertrag

Verfasser

Christoph Großkopf

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Dezember 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A-300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaften

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Dvorák

Für meinen Vater

„Als Gott die Zeit gemacht hat, hat er genug davon gemacht.“

Irishes Sprichwort

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung:	7
1.1. Hypothesen, Zentrale Fragestellungen	7
1.2. Aufbau	10
2. Die Geschichte Irlands (1921 – 1949 – Ein Abriss)	11
3. Irland und der Beitritt in die Europäische Gemeinschaft	12
3.1. Beweggründe für ein Beitrittsansuchen.....	12
3.2. Der zweite Versuch einer Annäherung an die EG.....	12
3.3. Innenpolitische Lage Irlands und das Referendum über den irischen EG-Beitritt.....	14
4. Wirtschaftliche Auswirkungen des EG-Beitritts für Irland (1980 – 2007)	16
5. Irische Außenpolitik	17
5.1. Europapolitik	17
5.2. Exkurs: Nordirlandpolitik.....	18
5.3. Irland und Internationale Organisationen.....	19
5.4. Irland und politische Zusammenarbeit mit Internationalen Organisationen	21
5.4.1. Geschichte – Abriss	21
5.4.2. Europäische Politische Zusammenarbeit und die Neutralität Irlands.....	23
5.4.4. Irland und die EPZ.....	24
5.4.6. Die irische Neutralität und die EEA	25
5.4.7. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	26
5.4.8. EUV – Der Maastrichter Vertrag.....	26
5.4.9. Der irische Bezug zum Vertrag von Maastricht	27
5.4.10. Irland und die NATO.....	27
6. Neutralität	28
6.1. Die Geschichte der Neutralität Irlands	28
6.2. Die EG und die Neutralität Irlands	31
6.3. Neutralitätsbegriffe	32
6.3.1. Die Dauernde Neutralität.....	32
6.3.2. Die Aktive Neutralität	33
7. Das Wahl- und Parteiensystem in Irland	34
7.1. Parteiensystem	34
7.2. Staatlicher Aufbau und gegenwärtige Situation im irischen Parlament.....	37
7.2.1. Staatsaufbau.....	37
7.2.2. Wahlsystem in Irland.....	38
8. Parteien in Irland	39
8.1. Aktive Parteien im irischen Parlament/Unterhaus 2008.....	39
8.1.1. Fianna Fáil	39
8.1.2. Fine Gael	40
8.1.3. Irish Labour Party	40
8.1.4. Progressive Democrats	40
8.1.5. Green Party	41
8.1.6. Sinn Féin.....	41
8.1.7. weitere irische Parteien – nicht aktiv/kein Sitz im Unterhaus vertreten.....	41
9. Irische Wahlergebnisse 2007	43

10. Der Vertrag von Lissabon	45
10.1. Entstehungsgeschichte.....	45
10.2. Der Vertrag von Lissabon zur Reform der Europäischen Union	45
10.3. Bewertung des Vertrages von Lissabon/EU-Reformvertrag	47
10.4. Internationale Pressestimmen zum EU-Reformvertrag.....	47
10.5. Chronologie des Vertrages von Lissabon.....	50
11. Irland und der EU-Reformvertrag.....	52
11.1. Politische Parteien und Umfragen	52
11.2. Das Irische Nein zum Vertrag von Lissabon.....	98
11.3. Politische Reaktionen zum Irischen-Nein zum Vertrag von Lissabon.....	103
11.4. Ratlosigkeit in der Europäischen Union.....	125
12. Zusammenfassung.....	128
13. Literaturverzeichnis.....	130
13.1. Literatur	130
13.2. Internet.....	135

Abkürzungsverzeichnis

EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEC	European Economic Community
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
AGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPC	European Political Cooperation
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag der Europäischen Union (Maastrichter Vertrag)
EWS	Europäisches Währungssystem
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
ICEM	Irish Council of the European Movement
ICND	Irish Campaign for Nuclear Disarmament
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
N+N-Staaten	Neutrale und Nicht-Paktgebundene Staaten
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Non-Governmental Organisation
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNO	United Nations Organisation
VN	Vereinte Nationen
WWU	Westeuropäische Union

Quellen-Abkürzungsverzeichnis:

AP	Associated Press
AFP	Agence France-Presse
APA	Austria Presse Agentur
dpa	Deutsche Presse Agentur

1. Einleitung:

1.1. Hypothesen, Zentrale Fragestellungen

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Republik Irland und ihrem Verhältnis zur Europäischen Union. Ein besonderes Augenmerk möchte ich hierbei auf Freitag den 13. Juni 2008 legen. Niemand kann bis dato wohl genau sagen, ob es an dem in Aberglauben getränktem Datum, dem schlechten Klima oder der vermeintlich schlechten Informationspolitik der irischen Politiker lag - an diesem Tag entschieden sich die Iren jedenfalls gegen den Vertrag von Lissabon und der Schock darüber war einem Großteil der europäischen Politiker anzusehen. Bereits Monate zuvor wurde dem irischen Volk eingebläut, ein „JA“ zu dem EU-Reformvertrag abzugeben, respektive dafür zu stimmen. Dutzenden Meinungsumfragen zufolge hätte dies auch eintreten sollen, doch die Realpolitik überraschte nicht nur Spitzenpolitiker, sondern auch rund 500 Millionen Europäer, welche plötzlich einer scheinbar unvorhersehbaren politischen Zukunft gegenüberstehen.

Die irische Politikerin Mairead McGuinness erklärte nach dem „Nein“ der Iren, es gäbe drei Gründe für das Scheitern des Referendums: „Erstens, dass der Ministerpräsident selbst das Dokument nicht gelesen hat, zweitens, dass der irische EU-Kommissar es nicht gelesen hat und drittens, dass irische Frauen fürchteten, dass ihre Kinder in eine europäische Armee eingezogen werden.“¹

Eine beträchtliche Anzahl der so genannten „NEIN-Wähler“ gestand, den EU-Reformvertrag deshalb abgelehnt zu haben, weil niemand diesen verstehen würde. Zudem wurden den Iren in den letzten Wochen vor der Abstimmung unzählige falsche Gerüchte in den Kopf gesetzt. Zum Beispiel, dass Irland bei einer positiven Abstimmung die Abtreibung legalisieren müsse, die Steuern massiv erhöht würden, und eine europäische Armee eingeführt werde. Mit Sicherheit fiel es den irischen Wählern schwer, kurz vor der Abstimmung zwischen Wahrheit und „Anti-EU-Propaganda“ zu unterscheiden. Zudem war es laut Aussagen von Iren nicht förderlich, dass die Europäische Union Irland bei einer möglichen Ablehnung des Vertrags von Lissabon mit Sanktionen gedroht habe. Dies habe Protest- und Trotschwähler hervorgebracht, erklärte mir ein irischer Student während meines Forschungsaufenthaltes in Irland.

„I haven`t a clue“ war die Antwort eines Iren auf die Frage, warum er gegen den Vertrag von Lissabon gestimmt habe.² Es gibt mehrere Beweggründe die sich hinter diesem Satz

¹ APA-Online Manager, 13.06.2008

² The Economist, 21. Juni 2008, S. 48

verstecken könnten. Einerseits die bereits zuvor erwähnte unvollständige oder verwirrende Information über den Vertrag von Lissabon oder auch ein klares Statement gegen die regierenden Parteien in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit. Andererseits allerdings auch die Angst, dass Irland an Stärke innerhalb Europas verlieren könnte, da in Zukunft kein ständiger Kommissar mehr in der EU-Kommission sitzen würde.

Es gilt hier aber – aus einem grundsätzlichen Demokratieverständnis heraus –, dass jeder Europäer die Entscheidung der Iren annehmen muss.

Es scheint zudem, als handle es sich bei dem Ergebnis nicht um Kommunikationsprobleme zwischen den Wählern und den Politikern, da durchaus die Möglichkeit besteht, dass die Politiker ungeschriebene Grundregeln verletzt haben könnten, welche verlangen, konfliktträchtige institutionelle Reformen zu vermeiden.

Um die Frage wie es denn nun weitergehen könnte, möchte ich mich auf Horst Tomann beziehen, der im August 2008 zum Beantworten dieser Frage den Reformvertrag auch aus ökonomischer Sicht beleuchtete.

„Der Reformvertrag zielt im Kern auf eine politische Union, die den Spielraum in der Welt als ein global player stärker als bisher nutzt. Diese Zielsetzung findet ihren Niederschlag in den Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union, in der Position eines Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik und die damit verbundene Stärkung der Kommission sowie im Amt eines Präsidenten des Europäischen Rates mit verlängerter Amtszeit. Die Überwindung des Intergouvernementalismus, die damit verfolgt wird, erfordert die Beschränkung der Souveränität der Mitgliedstaaten zugunsten der Souveränität der Union. Im Gegenzug werden die demokratischen Kontrollrechte ausgeweitet, durch eine stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsverfahren sowie durch die checks and balances der doppelten Mehrheit bei den Entscheidungen des Rates. Die Ausweitung der demokratischen Kontrollrechte, die im Vertrag von Lissabon vorgesehen ist, wurde von den irischen Wählern offensichtlich nicht honoriert, ein erklärungsbedürftiges Paradoxon. Der Schlüssel liegt darin, dass den Bürgern der Union mit dem Reformvertrag ein öffentliches Gut im ökonomischen Sinn angeboten wurde: Pooled sovereignty means enhanced sovereignty. Die Stärkung der Souveränität der Union nach außen nützt allen und jeder zusätzliche Nutzer kann dieses öffentliche Gut in Anspruch nehmen, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Im Gegenteil, der Wert der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wächst mit der Größe der Union. Damit entdecken wir einen systemischen Grund für das ablehnende Votum der Iren.

Wird in einem Referendum über ein öffentliches Gut entschieden, das auch externe Wirkungen entfaltet (hier also die Vorteile einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik für die Union als Ganze), so kann es sein, dass ein an sich wünschenswertes Ergebnis nicht zustande kommt, obwohl (oder weil) sich alle Beteiligten entsprechend dem individualistischen Prinzip rational verhalten. Das irische Referendum könnte also auch daran gescheitert sein, dass sich die Wähler in ihrer Entscheidung von einem ökonomischen Nutzen-Kosten-Kalkül leiten ließen.“³

Wichtig zu betonen ist, dass Irland nie ein europafeindliches Land war. Gerade die „Grüne Insel“ hatte in den vergangenen 35 Jahren wirtschaftlich enorm von ihrem EU-Beitritt profitiert. Warum nun ist es zu diesem „Nein“ der Iren zum EU-Reformvertrag gekommen? Ist es überhaupt schon möglich, hierzu eine adäquate Antwort zu finden? Hat sich das Ergebnis der Parlaments-Wahlen im Frühjahr 2007 auf das EU-Referendum ausgewirkt? Wie geht es weiter mit der Idee Europa? Wie haben europäische Politiker auf das irische „Nein“ zum EU-Reformvertrag reagiert? Und vor allem: Wie geht es weiter? Um hierzu Antworten zu finden, gilt es, die gemeinsame Geschichte Irlands und der Europäischen Union aufzurollen. Außerdem möchte ich mich kurz mit den bereits erwähnten Parlamentswahlen im Mai 2007 auseinandersetzen und daraus resultierende „Pro-EU“ und „Anti-EU“ Parteien ausfindig machen, welche die Abstimmung über den EU-Reformvertrag anscheinend maßgeblich beeinflusst haben. Dazu ist es meines Erachtens auch wichtig, die Außenpolitik Irlands zu analysieren und herauszufinden, wie Irland Internationalen Organisationen gegenübersteht, sowie zu erörtern, wie sich die Neutralität Irlands in den vergangenen Jahrzehnten veränderte.

³ Wirtschaftsdienst, August 2008, S. 14

1.2. Aufbau

Der Aufbau dieser Diplomarbeit wird sich über 12 Teile erstrecken. Zu Beginn werde ich einen kurzen Abriss der Geschichte Irlands erarbeiten. Danach legt sich der Fokus auf den EG-Beitritt Irlands, angefangen von den ersten Beitrittsverhandlungen 1961 bis hin zur wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Beitritt, sowie der Außenpolitik der irischen Regierung, gefolgt von einer Einführung in die Geschichte der Neutralität Irlands. Anschließend wird das irische Wahlsystem erklärt und die Parteienlandschaft erläutert (insbesondere nach den Parlamentswahlen 2007), um anhand dieser Informationen eine Schlussfolgerung für die Entscheidungsgrundlage der irischen Bevölkerung, den EU-Reformvertrag betreffend, zu erarbeiten. Zudem gilt es mögliche Lösungsansätze für die Zukunft zu finden. Selbstverständlich wird auch eine Einführung in die Inhalte des Vertrages von Lissabon nicht fehlen.

2. Die Geschichte Irlands (1921 – 1949 – Ein Abriss)

Irland stand für mehrere Jahrhunderte unter der Herrschaft Englands (formell seit 1171). Erst im Jahre 1921 wurde der „Irish Free State“ gegründet. Dieser so genannte irische Freistaat hielt 26 der 32 Grafschaften Irlands inne. Die verbleibenden sechs Grafschaften mit protestantischer Bevölkerungsmehrheit, welche sich im Nordosten befanden, sind heute als Nordirland bekannt und seit 1972 in 26 Landkreise unterteilt. Bis 1937 war Irland allerdings noch im Verbund des Commonwealth, und erst 1937, als der irische Staat eine neue Verfassung ausrief – mit Ansprüchen auf die ganze Insel –, wurde von Großbritannien eingelenkt, der anglo-irische Freihandelsvertrag geschlossen (Rückgabe der britischen Marinebasen an Irland) und schließlich im Jahre 1948 die Republik Irland ausgerufen. Dies bedeutete auch den Austritt aus dem „British Commonwealth of Nations“, welcher letztendlich 1949 stattfand. Ab diesem Zeitpunkt war Irland - zumindest auf dem Papier – unabhängig und hatte sich auf nationalstaatlicher Ebene von Großbritannien distanziert. Seit dem 18. April 1949 gilt Irland als souveräner Staat.

Allerdings wurden nun die Nachteile der jahrhunderte langen Zugehörigkeit zu Großbritannien erst richtig sichtbar, da Irland ein agrarisch geprägtes Land war, welches den zweiten Weltkrieg zwar relativ unbeschadet überstanden hatte, doch unter einem hohen „Industriebetrieb-Mangel“ litt. Erst als Irland im Jahre 1948 Mitglied der Marshall-Plan-Empfängerländer wurde, änderte sich dieser Zustand. Die bis dato von öffentlicher Hand vorgenommenen Zahlungen in beispielsweise Infrastruktur und Wohnungsbau wurden nun vom Marshall-Plan übernommen, und diese Zahlungen bedeuteten eine Verdopplung der Investitionen.⁴ Außerdem sei hier noch zum Verständnis der irischen innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen zu erwähnen, dass Irland 1946 nicht in die UNO aufgenommen wurde. Grund dafür war ein Veto der damaligen Sowjetunion, die argumentierte, dass die irische Regierung während des zweiten Weltkriegs keine eindeutige deutschlandfeindliche Haltung hatte.⁵

⁴ Joseph J. Lee, Ireland 1912 – 1985, Politics and Society, Cambridge 1989, S. 202 ff.

⁵ Sören Z. von Dosenrose, Westeuropäische Kleinstaaten in der EG und EPZ, Zürich 1993, S. 354.

3. Irland und der Beitritt in die Europäische Gemeinschaft

3.1. Beweggründe für ein Beitrittsansuchen

Einer der Beweggründe Irlands, sich für einen EG-Beitritt zu bewerben, war unter anderem die starke Exportabhängigkeit von Großbritannien und die Tatsache, dass die wirtschaftliche Situation Irlands nicht auf Wettbewerb ausgerichtet war.

Die Regierung versuchte allerdings diese Problematiken nicht in der Öffentlichkeit zu diskutieren und präsentierte die neue Affinität zur EG als Eigeninitiative.⁶

Ein weiteres Argument für die Zuneigung zum kontinentaleuropäischen Raum lag im Zwang, neue Märkte für die wachsende Exportindustrie und ihre damit einhergehende Diversifikation zu suchen.⁷ Als im April 1961 bekannt wurde, dass Großbritannien der EWG beitreten wollte⁸, blieb der irischen Regierung keine Alternative mehr und so musste sie ebenfalls den Versuch eines Beitritts realisieren.

Am 27. Juli 1961 stellte Irland schließlich einen formellen Antrag auf Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, um in die EWG eintreten zu können. Dies geschah relativ zeitgleich mit Großbritannien, Dänemark und Norwegen.⁹ Dieser erste Antrag wurde jedoch im Jahre 1963 aufgrund schwieriger Verhandlungen zurückgezogen.

3.2. Der zweite Versuch einer Annäherung an die EG

Die Mitgliedstaaten der EWG signalisierten der irischen Regierung weiterhin, dass ein Beitritt Irlands nicht nur erwünscht, sondern trotz des gescheiterten ersten Anlaufes, durchaus machbar war. Wiederum versuchte die Regierung nun Ende der sechziger Jahre, der irischen Bevölkerung die wirtschaftlichen Vorteile eines EG-Beitritts schmackhaft zu machen. Argumente, wie höhere Produktion in der Landwirtschaft, steigende Gewinne, mehr Arbeitsplätze durch neue Industrien und höhere Einkommen wurden präsentiert. Der offizielle Antrag auf Neuaufnahme der Verhandlungen wurde im Jahr 1967 an die EG-Kommission gestellt. Zusätzlich wurde im Antrag die Mitgliedschaft in die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) inkludiert.

⁶ Brian Girvin, *Irish Economic Development and the politics of EEC Entry in: Courting the Common Market*, Richard T. Griffiths and Stuart Ward (Eds.); London 1996, S. 248 f.

⁷ National Economic and Social Council (Hrsg.), *Ireland in the European Community: Performance, Prospects and Strategy (=NESC 88)*, Dublin 1989, S. 61.

⁸ Dermot Keogh, *Twentieth-Century Ireland, Nation and State*, Dublin 1994, S. 246.

⁹ David Arter, *The politics of European Integration in the twentieth century*, Aldershot 1993, S. 145 f.

Die irische Regierung hatte sich beim zweiten Anlauf besser auf die Verhandlungen vorbereitet. So wurden im Juli 1966 drei Beschlüsse gefasst, und somit die Einrichtung einer eigenen EG-Botschaft in Brüssel, die Aufnahme von Gesprächen mit der EU-Kommission im Herbst 1966 und die Erstellung eines Weißbuches (enthält Vorschläge für ein gemeinschaftliches Vorgehen in einem bestimmten Bereich) beschlossen.¹⁰ Gleichzeitig gab es einen Wechsel in der irischen Regierung – der von Fianna Fáil gestellte Taoiseach Seán Lemass war zurückgetreten und vom bisherigen Finanzminister und Parteikollegen Jack Lynch ersetzt worden. Lynch war bestrebt darin, das Verhältnis zur britischen Regierung zu verbessern und so kam es zu einem anglo-irischen Treffen, um ein zweites Ansuchen bezüglich der EG-Mitgliedschaft vorzubereiten. Die Verhandlungen verzögerten sich allerdings und es gab bis zum Jahre 1969 keine wesentlichen Fortschritte. Erst zu Beginn des Jahres 1970 wurden von der irischen Regierung die grundsätzlichen Positionen für die Verhandlungen festgelegt. Währenddessen besuchte der irische Außenminister Hillery die sechs EG-Staaten und präsentierte ihnen die irischen Positionen bezüglich eines EG-Beitritts. Diese Positionen waren:

„Irland wolle der Europäischen Gemeinschaft unter Akzeptanz aller politischen Folgen der Mitgliedschaft beitreten. Hier wurde implizit nochmals betont, dass die Neutralität Irlands eine politische Union nicht verhindern solle. Die Zweifel einer Kompatibilität der irischen Neutralität mit einem Beitritt und einer geplanten politischen Union sollten damit ausgeräumt werden.

Die Verhandlungen von (vor allem) Großbritannien und Irland sollten parallel geführt werden.

Die Verhandler sollten einander bei allen Themenkomplexen konsultieren, die auch andere Bewerber betreffen.“¹¹

Man bemerkt vor allem, wenn man sich die zweite Position genauer ansieht, dass die EG-Mitgliedschaft Irlands sehr von der Großbritanniens abhing. Irland wollte anscheinend auf Nummer sicher gehen und immer genau Bescheid wissen, was denn so während der Verhandlungen vor sich ging, um nicht von Ergebnissen überrascht zu werden.

¹⁰ Maher, D.J. The Tortuous Path. The Course of Ireland's Entry into the EEC 1948-1973. Dublin 1986, S. 199, zit. In: Szpott 1996, S. 74.

¹¹ Maher 1986, S. 254 zit. In: Szpott 1996, S. 83.

3.3. Innenpolitische Lage Irlands und das Referendum über den irischen EG-Beitritt

Die optimistische Stimmung der EG-Mitglieder bezüglich eines Irland Beitritts stand Anfang der 1970er Jahre allerdings der Haltung der irischen Innenpolitik gegenüber. Die wichtigsten Befürworter eines Beitritts waren die zwei größten Parteien Fianna Fáil und Fine Gael. Diese argumentierten für einen Beitritt Irlands, da erstens auch Großbritannien diesen Schritt gehen würde, und zweitens die negativen wirtschaftlichen Folgen im Falle einer Nichtmitgliedschaft langfristig verheerend sein würden. Den befürwortenden Parteien standen die konservativen politischen Kräfte Aontacht Eireann und 'Provisional'Sinn Féin gegenüber. Die größten EG-Beitritts-Gegner war die Labour Party. Argumente gegen einen Beitritt waren die schwerwiegenden Einschränkungen der irischen Souveränität und die Angst um den Verlust der Neutralität Irlands. Zudem würden Bereiche des Industriesektors und kleinere Landwirte unter den Auswirkungen eines EG-Beitritts zusammenbrechen. Als Alternative nannte man in diesem Bezug eine „assozierte Mitgliedschaft“.¹²

In dieser Zeit entstanden außerparlamentarische Gruppierungen, welche aktiv gegen die EU-Mitgliedschaft Irlands auftraten. Ein Beispiel für solch eine Gruppe war die Common Market Study Group (DMSG). Diese Gruppe – nationalistisch und republikanisch eingestellt – übernahm die Koordinierungsaufgaben der EG-Gegner, während die EG-Befürworter von den bereits erwähnten Parteien Fianna Fáil und Fine Gael unterstützt wurden.¹³

Zusätzlich zu diesem innenpolitischen Konflikt hatte sich Irland aber noch zwei anderen Problemen zu stellen. Einerseits musste sich die irische Regierung mit der so genannten Arms Crisis auseinandersetzen und andererseits mit dem wieder aufflammenden Nordirlandkonflikt (Ausschreitungen in den nordirischen Städten Derry und Belfast). All dies geschah kurz vor dem Beginn der offiziellen Verhandlungen mit Brüssel am 30. Juni 1970. Aufgrund der Ausschreitungen verabschiedete die britische Regierung Notstandsgesetze für Nordirland. Bei der Arms Crisis handelte es sich um einen innenpolitischen Konflikt. Finanzminister Haughey und Landwirtschaftsminister Blaney wurde vorgeworfen, sie wären in einen Waffenlieferungsfall verwickelt. Angeblich hätten die beiden die Lieferung von Waffen für die IRA nach Nordirland gefördert. Beide Minister und der Justizminister wurden aus ihrem Amt entlassen und das eingespielte Regierungsteam war zerrissen.

¹² Coakley, J. The European Dimension in Irish Public Opinion 1972-82. In: Coombes 1983, S. 43 – 67, S. 51.

¹³ Maher 1986, 254, zit. in: Szpott 1996, S. 83.

Dennoch, auch diese Problematiken konnten die Beitrittsverhandlungen nicht verhindern. Die Verhandlungen zwischen der irischen Regierung und der EG-Kommission begannen im September 1970 und wurden im Jänner 1972 abgeschlossen. Da durch den Beitritt die Verfassung geändert werden musste, war ein Referendum in Irland unausweichlich. Da die Iren den EG-Beitritt sehr zur Freude der beiden Großparteien begrüßten, konnte der Vertrag noch im Jänner 1972 in Brüssel signiert werden.

Das irische Referendum zum EG-Beitritt

Die Volksabstimmung sollte am 10. Mai 1972 stattfinden und in den Monaten zuvor liefen die Kampagnen und Aktionen auf Hochtouren. Das Ergebnis war indessen nicht vorauszusehen. Niemand konnte eine genaue Prognose abgeben, da es zu diesem Zeitpunkt keine öffentlich zugängigen Meinungsumfragen gab. Man konnte aber davon ausgehen, dass die Anhängerschaft der zwei größten Parteien, die Fainna Fáil und Fine Gael, für den Beitritt stimmen würde.

Bei der Abstimmung am 10. Mai wurde der Beitritt Irlands mit einer Zustimmung von 83 Prozent besiegelt. Die Wahlbeteiligung betrug 71 Prozent. Dies bedeutete, dass sich 17 Prozent gegen die Verfassungsänderung aussprachen.

Nach dem Referendum rückte die EG-Mitgliedschaft als politisches Thema in den Hintergrund. Selbst als die Labour Party, welche einen harten Anti-EG-Kurs vor der Volksabstimmung eingeschlagen hatte, mit Fine Gael Monate später in die Regierung kam, war die EG-Mitgliedschaft kein Thema mehr.¹⁴

Der Beitrittsvertrag wurde schließlich am 14. Dezember 1972 unterzeichnet. Ab diesem Zeitpunkt waren 9 Mitglieder in der EG, da mit Irland auch Großbritannien und Dänemark eintraten. Norwegen konnte diesen Weg aufgrund seines Referendums nicht beschreiten, da sich die Mehrheit der Bevölkerung (53,3 Prozent) zu diesem Zeitpunkt gegen einen EG-Beitritt aussprach.

Irland hatte mit seiner Verfassungsänderung aber sein gesamtes Recht auf Mitsprache aufgegeben, denn bei bedeutenden Änderungen der Europäischen Gemeinschaft mussten weiterhin Referenden abgehalten werden. Als Beispiel hierfür wären der Maastrichter Vertrag zu nennen und letztlich auch der Vertrag von Lissabon.

¹⁴ O'Leary, M. 1985. The Presidency of the Council of Ministers of the European Communities: Ireland and its EC Membership. In: Nuallain 1985, S. 139-162.

4. Wirtschaftliche Auswirkungen des EG-Beitritts für Irland (1980 – 2007)

Irland hatte durch seinen EG-Beitritt zweifelsohne viele finanzielle Vorteile. Durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (Umgangssprachlicher Begriff für EG, dennoch sind die Begriffe EG und EU juristisch zu unterscheiden) bekam Irland in den Jahren 1978 bis 1980 aus den Töpfen des Strukturfonds die höchsten Pro-Kopf-Zahlungen – rund 55 ECU (*European Currency Unit*, die Rechnungswährung des Europäischen Währungssystems). Durch diese finanzielle Unterstützung der EG wurde der wirtschaftliche Aufschwung Irlands erheblich beschleunigt. Obwohl die irische Wirtschaft in den 1980er Jahren noch in einem Tief gefangen war, begann nach dessen Überwindung ein massiver ökonomischer Aufstieg. Es wurde das „Programme for Competitiveness and Work“ von Regierung, Gewerkschaft und Arbeitgebern vereinbart und fortan arbeitete man als Sozialpartner zusammen. Die Gewerkschaften und Arbeitgeber sagten Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate zu und die Regierung verpflichtete sich zur Erneuerung des Staatshaushaltes.¹⁵ Dieses Projekt konnte einen vollen Erfolg verzeichnen und über tausend Unternehmen aus dem Ausland begannen in Irland zu investieren – dies bedeutete eine automatische Sanierung des Staatshaushaltes. Der wirtschaftliche Erfolg Irlands ging so schnell, dass bereits im Jahr 2000 mehr in die EU-Töpfe von Seiten der Iren einbezahlt wurde als man herausbekam.

Im Jahr 2006 betrug das Bruttoinlandsprodukt rund 174,7 Milliarden Euro und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 34.000 Euro.¹⁶ Im Vergleich dazu: das BIP in Österreich betrug 2006 „nur“ 30.000 Euro.¹⁷

„Die bedeutendsten Wirtschaftssektoren Irlands waren 2006 das Kredit-, Versicherungs- und Immobiliengewerbe mit 26,2 Prozent Anteil am BIP, verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung 25,4 Prozent, öffentliche Verwaltung, Erziehung, Gesundheit 20,0 Prozent, Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kommunikation 16,9 Prozent, Baugewerbe 9,8 Prozent sowie Land-, Forstwirtschaft und Fischerei mit 1,7 Prozent.“¹⁸

Irland ist bis zum heutigen Tage sehr exportabhängig. Im Jahre 2007 betrug der Export von Waren rund 88 Milliarden Euro und der Warenimport nur rund 26 Milliarden Euro. Auch im Dienstleistungssektor ist die irische Bilanz noch immer negativ. Den größten Exporthandel

¹⁵ Profil Nr. 8, 17. Februar 1997, S. 56

¹⁶ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Irland.html> (02.04.2008)

¹⁷ <http://wko.at/statistik/eu/europa-BIPjeEinwohner.pdf> (02.04.2008)

¹⁸ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Wirtschaft.html> (02.04.2008)

betreibt Irland mit den USA, aber auch der Exporthandel mit Großbritannien nimmt seit dem Jahr 2007 wieder zu.¹⁹

An dieser Stelle muss allerdings auch betont werden, dass Irland einen hohen Anspruch bei Investitionen in die Infrastruktur des Landes hat. Nur wenn diese für den Straßenbau, Krankenhäuser oder Schulen wichtigen Investitionen ihr gegenwärtiges Level halten können, ist Irland weiterhin für ausländische Investoren als Wirtschaftsstandort interessant.

5. Irische Außenpolitik

5.1. Europapolitik

Irland ist, wie wir nun wissen, seit 1973 Mitglied der Europäischen Union. Doch gilt es zu bedenken, dass die Außenpolitik Irlands lange Zeit von Seiten der eigenen Regierung vernachlässigt und für unwesentlich gehalten wurde. Die ersten diplomatischen Beziehungen wurden ab dem Jahr 1923 mit Großbritannien und den USA gepflegt. Erst zu Beginn der 1930er Jahre erweiterte sich dieser Kreis um Frankreich, Deutschland und den Vatikan. Bis zum heutigen Tage sind die diplomatischen Beziehungen sehr „europafixiert“ – eine Ausnahme stellen hierbei nur die USA dar. Die Beziehungen zu den USA sind traditionell von besonderer Bedeutung, politisch wie wirtschaftlich besteht seit jeher ein enges Verhältnis. Amerikanische Investitionen haben zum irischen Wirtschaftsaufschwung seit Mitte der 1980er Jahre (wie zum Beispiel der IT-Boom) erheblich beigetragen. Zudem bekennen sich über vierzig Millionen US-Amerikaner zu einer irischen Abstammung. Natürlich entstanden im Laufe der Zeit in fast allen Ländern dieser Welt irische Botschaften, doch der irische außenpolitische Fokus hat sich bis heute nur marginal verändert.

In Fragen der militärischen Neutralität ist die „Grüne Insel“ politisch wie wirtschaftlich fest im Kreis der westlichen Demokratien verankert.

„Eine weitgehend integrationsfreundliche EU-Politik, das Eintreten für Abrüstung, die Belange der Dritten Welt und eine starke Rolle der Vereinten Nationen (Mitglied seit 1955) bestimmen die allgemeine außenpolitische Linie. Irland beteiligt sich mit eigenen Truppen an mehreren VN-Missionen.“²⁰

Irland hat sich auch bei inhaltlichen europäischen Fragen sehr engagiert. So zum Beispiel bei der Ausarbeitung des Verfassungsvertrages im Rahmen des Konvents über die Zukunft

¹⁹ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Wirtschaft.html> (04.04.2008)

²⁰ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Aussenpolitik.html> (04.04.2008)

Europas. Als damals in Frankreich und den Niederlanden die Referenden negativ ausgingen, bedauerte Irland dies zutiefst. Umso mehr stellt sich hier wiederum die Frage, warum bei dem Referendum zum EU-Reformvertrag im Juni 2008 ein Großteil der Iren nicht zu den Wahlurnen ging und somit ermöglichte, dass gegen den Vertrag von Lissabon abgestimmt wurde. Mit dieser Thematik werden wir uns aber in noch kommenden Teilen dieser Arbeit auseinandersetzen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Energiepolitik. Hier möchte Irland darauf hinarbeiten, dass im nationalen als auch im EU-Rahmen eine größtmögliche Kohärenz zwischen Energiepolitik und anderen Politikbereichen erzielt wird.²¹ Einer EU-weiten Steuerharmonisierung steht Irland seit Jahren negativ gegenüber, dies könnte auch einer der Gründe für eine Ablehnung des Vertrages von Lissabon gewesen sein, aber darauf kommen wir später zurück.

„Irland hat die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union uneingeschränkt befürwortet. Nur erhebliche Zuwanderung, besonders aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, konnte in den vergangenen Jahren die Nachfrage der wachsenden Wirtschaft nach Arbeitskräften befriedigen. Die Regierung hat die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei auf der Basis der Kopenhagen-Kriterien begrüßt und steht zu den Zusagen gegenüber den Ländern des Westlichen Balkans. Sie fordert heute jedoch einen „pragmatischen Ansatz“, der auf die Aufnahmefähigkeit der EU und die Zustimmung der Bevölkerung abhebt.“²²

5.2. Exkurs: Nordirlandpolitik

Bei der Analyse der irischen Außenpolitik darf man die „Nordirlandfrage“ nicht vergessen. Diese gehört nach wie vor zu den bedeutendsten Themen. Lange Zeit arbeiteten Irland und Großbritannien daran, die „Nordirlandfrage“ zu lösen. Dies hatte zur Folge, dass gemäß den Bestimmungen des „Karfreitags-Abkommens“ (Übereinkommen zwischen der Regierung der Republik Irland, der Regierung Großbritanniens und der Parteien in Nordirland vom 10. April 1988) das in der irischen Verfassung vorgesehene Wiedervereinigungsgebot aufgehoben wurde.²³

Der so genannte „Entwaffnungsprozess“ ist im Jahre 2005 mit der kompletten Demilitarisierung und der Aufgabe aller paramilitärischer Aktivitäten durch die IRA vollendet worden. Außerdem wurde der Friedensprozess in Nordirland mit der Bildung der neuen

²¹ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Aussenpolitik.html> (04.04.2008)

²² <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Aussenpolitik.html> (04.04.2008)

²³ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Aussenpolitik.html> (04.04.2008)

nordirischen Regierung am 8. Mai 2007 von Erfolg gekrönt – die Direktverwaltung, welche von London ausging, wurde damit offiziell beendet. Die nordirische Regierung ist somit für sämtliche Bereiche wie Gesundheit, Wirtschaft, Landwirtschaft oder Bildung sowie Umwelt verantwortlich. Auch das Justizsystem obliegt dieser Kontrolle. In toto kann man sagen, dass dank der sich verbessernden Nord-Süd-Zusammenarbeit zwischen Nordirland und der Republik Irland der Norden einen Wirtschaftsaufschwung erleben durfte.

5.3. Irland und Internationale Organisationen

Irland und die KSZE/OSZE

In der Entstehungsphase der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in den sechziger und siebziger Jahren grenzte sich Irland ab, da in dieser Zeit der eigene Beitritt zur EG im Vordergrund stand. Die Bemühungen um eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf der Sicherheitsebene und auf der Ebene der Menschenrechte wurden von Irland kaum unterstützt. Die Regierung verabschiedete zwar im August 1970 ein Memorandum zum Thema der KSZE, dennoch wurde die Thematik in außenpolitischen Debatten und vor allem in der Presse nicht kommentiert.²⁴

Irland hatte auch nicht die Absicht, als Teil einer aktiven Neutralitätspolitik die Rolle des „bridgebuilders“ im Rahmen der KSZE zu übernehmen. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass Irland im Falle einer Mitgliedschaft bei der KSZE eine größere Verwicklung in die Ost-West-Beziehungen bedeutet hätte.

Vor dem Jahre 1973 hatte Irland in keinem Land des Ostblocks eine diplomatische Vertretung und spielte auch keine Rolle in den Bemühungen in Richtung „Entspannung“ in den 1960er Jahren.²⁵ Irland hatte somit keine bedeutende Rolle in der KSZE (Beim KSZE-Gipfeltreffen am 5. und 6. Dezember 1994 in Budapest wurde beschlossen, die KSZE in eine Organisation umzuwandeln und mit Wirkung vom 1. Januar 1995 in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umzubenennen.)²⁶ wie andere neutrale Staaten. Ein Grund hierfür war möglicherweise die Tatsache, dass Irland nicht in der N+N-Gruppe (neutral and non-aligned states, ebenfalls NNA) war und dies zu einer Außenseiterposition führte. „Irland gehörte als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wohl zum westlichen Lager und damit zum einen Extrem in der bipolaren Situation zwischen Ost und West. Irland hatte damit

²⁴ Jacobsen, H.-A et al. 1973. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation. Köln

²⁵ Laffan, B. The Consequences for Irish Foreign Policy. In: Coombes 1983, 89 – 109, S. 97.

²⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/KSZE> (08.05.2007)

nie wirklich die Chance neutraler Boden und neutraler Vermittler zu sein, in einem Ausmaß, wie es die N+N-Gruppe darstellte.“²⁷

5.3.2. Exkurs: Die OSZE – Abriss

Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ging, wie bereits oben erwähnt, aus der KSZE hervor. „Die Schlussakte von Helsinki (1975), die Charta von Paris (1990) und die Europäische Sicherheitscharta von Istanbul 1999 sind die bedeutendsten Dokumente der OSZE, in denen ein beständig gewachsenes und weiterentwickeltes System politischer Verpflichtungen - auf der Grundlage eines breiten Sicherheitsbegriffs - niedergelegt ist. Die OSZE zeichnet sich durch eine umfassende Mitgliedschaft (56 Teilnehmerstaaten) aus, die neben allen europäischen Ländern auch die USA, Kanada und die zentralasiatischen Staaten umfasst. Das Beiwort "kooperativ" bedeutet den grundsätzlichen Ausschluss von jeglichen Zwangsmaßnahmen. Im Krisen- und Konfliktfall muss die Zustimmung des bzw. der betroffenen Staates/n gesucht werden.“²⁸

Böse Zungen behaupten, dass die OSZE ein mittlerweile überflüssiges Instrumentarium ist. Wahr ist allerdings, dass sich diese Organisation in den vergangenen Jahrzehnten zu einem wichtigen Konfliktverhütungsinstrument entwickelt hat. Dies ist vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle oder bei Wahlbeobachtungen, besonders in Osteuropa, dem Westbalkan und Zentralasien zu erkennen. „In der OSZE übernimmt jeweils ein Teilnehmerstaat für ein Jahr den Vorsitz. Ihm kommt eine wichtige Rolle in der Steuerung der Arbeit sowie der Vertretung der Organisation nach außen zu. Der/die Außenminister/in des Vorsitzlandes fungiert dabei als "Chairman in Office" (amtierender Vorsitzender). Die Tatsache, dass in der OSZE die Entscheidungen im Konsens der 56 Teilnehmerstaaten gefasst werden, macht den Vorsitz zu einer besonderen diplomatischen Herausforderung. 2007 hatte Spanien den Vorsitz inne. Österreich übte den Vorsitz zuletzt im Jahre 2000 aus.

Das in Wien unter der Leitung eines Generalsekretärs (derzeit Marc Perrin de Brichambaut) angesiedelte Sekretariat bildet das technisch-organisatorische Rückgrat der Organisation und unterstützt den jeweiligen Vorsitz in seinen Aktivitäten. Daneben verfügt die OSZE über eine Menge von Instrumentarien zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) fördert demokratische Wahlprozesse, insbesondere durch Wahlbeobachtung, und gibt praktische Unterstützung zur Stärkung

²⁷ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 228.

²⁸ <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/osze.html> (12.07.2007)

demokratisch-rechtstaatlicher Institutionen und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Der Norweger Knut Vollebaeck als derzeitiger Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten mit Sitz in Den Haag, bemüht sich, ethnisch motivierte Konfliktpotentiale in einem frühen Stadium zu entschärfen. Die mit dem ungarischen Menschenrechtsaktivisten und Autor Miklos Haraszi besetzte Funktion eines OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit (Sitz in Wien) dient der Überwachung dieses wichtigen Grundrechtes. Ein zentrales Instrument zur Konfliktverhütung, zum zivilen Krisenmanagement und zur Friedenskonsolidierung stellen die "Langzeitmissionen" dar. Die OSZE unterhält achtzehn derartige Feldoperationen mit rund 1.300 internationalen und 3.000 lokalen Mitarbeitern am Balkan und in den GUS-Staaten. Der amtierende Vorsitzende kann auch persönliche Vertreter bestellen, die in akuten Krisenfällen ihr politisches Gewicht in die Konfliktbewältigung einbringen. Der Großteil der in den OSZE Feldmissionen tätigen internationalen Experten wird von Teilnehmerstaaten an die OSZE sekundiert. Informationen zu den aktuellen Stellenausschreibungen in OSZE Feldmissionen sowie Hinweise zum Bewerbungsmodus finden Sie online.²⁹

5.4. Irland und politische Zusammenarbeit mit Internationalen Organisationen

5.4.1. Geschichte – Abriss

Bis zum Ende der 1960er Jahre konnten die EG-Mitgliedsstaaten auf eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit zurückblicken. Dieses Niveau konnte allerdings nicht auf politischer Ebene gehalten werden, da nach dem EG-Vertrag die Außenpolitik als klassisches nationalstaatliches Instrument nicht in die Zuständigkeit und den Bereich der EG fiel, denn dies war den einzelnen Mitgliedstaaten vorbehalten. Hier war es nun an der Zeit zu analysieren, wie gemeinsame Aktionen der EG-Mitglieder durch ein Organ kommuniziert werden könnten. Bereits zu Beginn der 1960er Jahre wollte man auf diesem Gebiet eine engere politische Kooperation erreichen. Bestes Beispiel hierfür ist die Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Frühjahr 1961, welche in Paris stattfand. Man wollte eine intensivere politische Kooperation der bis dahin existierenden sechs Mitgliedstaaten erzielen. Im Zuge dessen wurden damals die „Fouchet-Pläne“ ins Leben gerufen, um die Maßnahmen zur Schaffung einer politischen Union festzuschreiben. Da aber nicht alle sechs EG-Mitgliedstaaten mit diesen Plänen einverstanden waren, wurden diese Verhandlungen recht bald abgebrochen.³⁰

²⁹ <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/osze.html> (12.07.2007)

³⁰ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 131.

Danach ergab die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Den Haag (1969) einen erneuten Impuls, um zu einer intensiveren außenpolitischen Absprache unter den EG-Mitgliedern zu kommen. In dem am 27. Oktober 1970 fertig gestellten „Luxemburger Bericht“, welcher auf Anregung der einzelnen Regierungen erarbeitet wurde, waren die ersten Maßnahmen für eine gemeinsame politische Zusammenarbeit der EG-Mitgliedsstaaten erläutert. Damals hieß es, dass sich jedes Jahr – zweimalig – die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft treffen sollten.³¹

Daraufhin folgte am 23. Juli 1973 der „Kopenhagener Bericht“. Hier waren die damals neuen Mitglieder, Irland, Dänemark und das Vereinte Königreich bereits dabei und hatten die Möglichkeit daran mitzuarbeiten. Der „Kopenhagener Bericht“ forderte wie folgt:

- „Die Institutionalisierung von in der Praxis bereits üblichen Mechanismen und Verfahren,
- Die Einrichtung von Arbeitsgruppen,
- Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Botschaften und gegenüber Drittstaaten und
- Die Einrichtung eines eigenständigen Kommunikationssystems.“³²

Der nächste Schritt war die Abhaltung des „Pariser Gipfels“ im Jahre 1974. Dabei wurde der Europäische Rat gegründet, der aus den Staats- und Regierungschefs sowie dem Kommissionspräsidenten bestand. Außerdem stellte dieser die höchste Instanz innerhalb der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) dar. Die wichtigsten Aufgaben des Europäischen Rates waren die Erlassung von allgemeinen politischen Leitlinien für die Europäische Politische Zusammenarbeit und das Erstellen von gemeinsamen Positionen in Fragen der Außenbeziehungen – zudem wurde noch die Konsultationspflicht der einzelnen EG-Mitgliedstaaten verordnet und eingeführt.

Die EPZ wurde somit als Instrument außerhalb der EG-Organe geschaffen. In toto war der größte Unterschied zur vergangenen EG-Politik, dass die Zusammenarbeit der nationalen Regierungen auf einer besseren Abstimmung und Koordinierung basierte.³³

³¹ Uterwedde, H., Die Europäische Gemeinschaft. 1990, Opladen

³² Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 132.

³³ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 132.

5.4.2. Europäische Politische Zusammenarbeit und die Neutralität Irlands

Als Irland im Jahre 1973 der Europäischen Gemeinschaft beitrug, war die EPZ gerade im Aufbau. Das heißt, dass damals Themen wie Sicherheitspolitik und die gemeinsame Außenpolitik der EG-Staaten noch nicht geregelt bzw. nicht verpflichtend war. Die Europäische Gemeinschaft ist in diesem Zusammenhang erst auf der KSZE als gemeinsamer Akteur aufgetreten (vgl. Kap. 5.3.1.). Erst auf dieser Konferenz war es möglich, die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten in Einklang zu bringen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die irische Regierung keine Probleme, die Neutralität Irlands mit der Außenpolitik der EG zu koordinieren und deshalb musste die Neutralitätsfrage auch nicht diskutiert werden. Sogar in der UNO war es möglich, die irische Linie in der Außenpolitikfrage, insbesondere bei den Themen Abrüstung und Dekolonisierung, weiterzuführen. Als allerdings im Jahre 1976 der „Tindemans-Bericht“, welcher gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaft inkludieren sollte, präsentiert wurde, geriet die Haltung Irlands in Bezug auf die Neutralität heftig unter Druck.

5.4.3. Der Londoner Bericht

Der Londoner Bericht entstand unter anderem auch durch die Bemühungen Irlands diesen zu realisieren. Durch diesen Bericht, welcher am 13. Oktober 1981 präsentiert wurde, wurde die EPZ auf rein politische Aspekte der Sicherheit reduziert.³⁴ Außerdem wurde Irland hier zugesichert, dass die Entwicklung der politischen Zusammenarbeit nicht schneller erfolgen würde, als die wirtschaftliche Integration.

An dieser Stelle muss betont werden, dass vor der Umsetzung des Londoner Berichts diskutiert wurde, wie die Zukunft der EPZ denn aussehen sollte. Im Zuge dessen wurden vier Möglichkeiten vorgestellt.

- „Das gegenwärtige System so zu erhalten wie es war
- Kleine administrative und prozedurale Modifikationen vorzunehmen, während die grundlegenden Ziele und Eigenschaften erhalten bleiben
- Einen neuen Bericht zu entwerfen, der die Natur verändern und den Bereich der politischen Zusammenarbeit erweitern würde
- Einen formellen Vertrag abzufassen.“³⁵

³⁴ Keatinge, P., A Place Among the Nations. Dublin 1984.

³⁵ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 134.

5.4.4. Irland und die EPZ

Nach der Realisierung der EPZ hatten die irischen Politiker Bedenken, dass die Neutralität und Paktungebundenheit in Bezug auf militärische Einsätze in Gefahr sein könnte. Der damalige Taoiseach Charles Haughey sagte 1981, „im Falle, dass die europäischen Staaten in einer politischen Union organisiert würden, würden wir die Verpflichtungen akzeptieren auch wenn diese die Verteidigung einschließen“.³⁶ Es gab zwei bedeutende Punkte, die in der Beziehung der Neutralität Irlands und der EPZ wichtig waren. Zum einen war die Europäische Politische Zusammenarbeit nicht auf gesetzlich bindende Verpflichtungen aufgebaut, sondern auf der Suche nach Konsens in der gemeinsamen Außenpolitik der EG-Mitgliedsstaaten und zum anderen wurde die gemeinsame Außenpolitik als Hauptbestandteil der EPZ bewusst restriktiv definiert.³⁷ Somit sind nicht nur bilaterale Probleme zwischen Mitgliedstaaten aus der EPZ herausgenommen worden, sondern auch militärische Fragen nationaler oder kollektiver Sicherheitspolitik der EG-Mitglieder. Dies bedeutet, dass die Beziehung Irlands zu Großbritannien unter dem Gesichtspunkt von Nordirland überhaupt kein Thema für die Europäische Gemeinschaft darstellt. Diese Ausklammerung Irlands aus militärischen Fragen war in Bezug auf die Neutralität Irlands sehr positiv, da damit die Unterschiede zwischen der EG und der NATO nicht missverstanden werden konnten.

5.4.5. Irland und die Einheitliche Europäische Akte (EEA)

Im Februar 1986 wurde die „Einheitliche Europäische Akte“ beschlossen, welche am 1. Juli 1987 in Kraft trat. Damit erhielten die mittlerweile 12 EG-Mitgliedsstaaten eine verbindliche vertragliche Grundlage. Als erklärtes Ziel wird hierbei die gemeinsame Ausarbeitung und Verwirklichung der europäischen Außenpolitik genannt. „Vor Festlegung einer endgültigen Haltung werden sich die Vertragsparteien durch Konsultationen einander in allen außenpolitischen Fragen von allgemeinem Interesse unterrichten, damit sie durch Abstimmung, Angleichung ihrer Standpunkte und Durchführung von gemeinsamen Maßnahmen ihren gemeinsamen Einfluss so wirkungsvoll wie möglich ausüben können. Die individuellen Aktionen der Mitgliedstaaten müssen die Standpunkte ihrer Partner berücksichtigen und müssen die Wichtigkeit der Festlegung und Verwirklichung gemeinsamer Standpunkte beachten. Darüber hinaus sind Maßnahmen zu unterlassen, welche

³⁶ Dáil Debates: 327, 1396, 11.03. 1981, zit. in: Keatinge 1984, S. 85.

³⁷ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 135.

die Wirksamkeit als kohärente Kraft im Bereich der internationalen Beziehungen oder der internationalen Organisationen negativ beeinflussen würden.“³⁸

Die Außenminister der Mitgliedsstaaten mussten sich also mindestens viermal pro Jahr treffen. Dabei musste auch ein Mitglied der Kommission dabei sein. Bei akuten Begebenheiten kann ein Treffen der EG-Außenminister auch innerhalb von 48 Stunden einberufen werden und für Entscheidungen in der EPZ gilt das Konsensprinzip. Zusätzlich ist die regelmäßige Unterrichtung des Europäischen Parlaments verpflichtend. „Die Präsidentschaft in der EPZ hat derselbe Staat inne, welcher auch dem Rat vorsitzt. Der Staat, dem die Präsidentschaft zukommt, wird vom vorherigen (outgoing) und vom nachfolgenden (incoming) Staat unterstützt. Alle drei bilden sie zusammen die so genannte Troika.“³⁹

Die Aufgabe besteht größtenteils darin, die Koordinierung und Vertretung gegenüber Drittstaaten, welche in den Bereich der EPZ fallen, zu übernehmen. Wichtig zu betonen ist, dass die Aufgaben der EPZ nur Segmente umfassen, die die EG-Verträge nicht behandeln.

5.4.6. Die irische Neutralität und die EEA

Die Koalition aus Fine Gael und Labour Party, welche in den Jahren 1982 bis 1987 in der Regierung war, erklärte, dass die Einheitliche Europäische Akte „in keiner Weise unsere Neutralität betrifft“.⁴⁰ Dies bekundete auch die Partei Fianna Fáil während ihrer Alleinregierung mit dem Argument „Dass Titel III der Einheitlichen Europäischen Akte nicht Irlands lang bestehende Politik der militärischen Neutralität betrifft.“⁴¹ Demnach wurden die unterschiedlichsten Meinungen als Folge vielfältiger Interpretationen von verschiedenen Seiten über die Interpretation der Einheitlichen Europäischen Akte und im Speziellen über den „Titel III Vertragsbestimmungen über die Europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik“ in der Öffentlichkeit vernommen. Im Detail handelte es sich um die Einbeziehung der militärischen Sicherheit und folglich um die irische Neutralität. Der Sozialwissenschaftler McSweeney bemängelte daraufhin die Blauäugigkeit bzw. die bewusst manipulierende Interpretation der irischen Politiker: „In der Einheitlichen Europäischen Akte ist kein ausdrücklicher Hinweis auf gemeinsame Waffenproduktion, militärische Forschung und Entwicklung oder auf das Ziel eines europäischen Pfeilers der NATO enthalten. In ihren Hinweisen auf den militärischen Aspekt von Sicherheit bleibt die Sprache der Akte

³⁸ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 138.

³⁹ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 139.

⁴⁰ Single European Act: Explanatory Guide, S. 29, zit. In: Salmon 1989, S. 293.

⁴¹ Single European Act: Information Booklet, S. 34, zit. In: Salmon 1989, S. 293.

zweideutig. Das führte die irische Regierung zur Interpretation, das Dokument sei so formuliert worden, damit es die Neutralität Irlands respektiere, indem es die NATO und die WEU als die eigentlichen Foren für eine Diskussion der ‚militärischen Aspekte der Sicherheit‘ hervorhebe. Die sorgfältige Hervorhebung des ‚Militärischen‘ von den anderen Aspekten der Sicherheitspolitik, nämlich den ‚politischen und wirtschaftlichen‘ – welche explizit der Kontrolle der EZP unterstellt wurden -, feierten die großen Parteien in Irland als einen Triumph irischer Diplomatie.“⁴²

5.4.7. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Die Hauptinitiatoren der Einheitlichen Europäischen Akte legten diese sozusagen als Grundstein des zukünftigen Vertrages über die Europäische Union. Bereits im Jahre 1988 wurde eine politische Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gleichzeitig mit einem neuen Anlauf zur Realisierung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ins Leben gerufen. Im Jahr 1990 kam es zur Akzeptierung des „Kohl-Mitterrand-Planes“, in welchem eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt wird, sowie zum Beschluss zur Durchführung von zwei Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion und über die Politische Union. Schließlich wurde im Jahr 1991 das „Luxemburger Modell“ vorgestellt. Dies diente als Diskussionsbasis für den Vertrag über die Politische Union. Darin wird dargelegt, dass sich die GASP auf sämtliche Fragen der Sicherheit der Union erstreckt.⁴³ Letztendlich wurde die Entwicklung der EPZ bis hin zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Vertrag über die Europäische Union (Maastrichter Vertrag) zum Abschluss gebracht.

5.4.8. EUV – Der Maastrichter Vertrag

„Der Vertrag von Maastricht, auch Vertrag über die Europäische Union genannt, wurde 1992 in Maastricht unterzeichnet und trat mit 1. November 1993 in Kraft. Nach der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) war er die zweite große Reform der Römischen Verträge. Eine wesentliche Weiterentwicklung stellten die Bestimmungen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion dar, sowie die Weiterentwicklung der Grundlagen für eine Politische Union, wie die Überführung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit in eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (‚2. Säule‘) und die Einrichtung einer

⁴² McSweeney, B. Die europäischen Neutralen und die EG. In: Iraschko/Truger 1989, S. 101 – 115, S. 104 f.

⁴³ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 146.

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (,3. Säule'). Rechtliche Grundlage der 1. Säule des EU-Vertrages sind die ursprünglichen Europäischen Gemeinschaften, nämlich die Europäische Gemeinschaft (früher Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und die Europäische Atomgemeinschaft, sowie die bis 2002 auch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Das gemeinsame Dach dieser drei Säulen ist die Europäische Union. Mittlerweile wurden auch weite Bereiche der 3. Säule in die 1. Säule integriert.“⁴⁴

5.4.9. Der irische Bezug zum Vertrag von Maastricht

„Mit Art.J.4(4) , Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten' kann sich Irland auch nach Verabschiedung und Ratifizierung des Maastrichter Vertrages in seiner neutralen Position bestärkt fühlen. Solange es aber innerhalb der EG/EU nicht zu einer klaren Definierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommt, wird Irland immer versuchen, sich mit seiner Neutralität die Position selbst zu bestimmen. Im Falle einer gemeinschaftlichen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik werde Irland überlegen teilzunehmen, meinte Haughey 1991.“⁴⁵

5.4.10. Irland und die NATO

1973 wurde von Außenminister FitzGerald authentifiziert, dass es Irlands Haltung bleiben würde, dass man nicht wünsche, in eine schon existierende Verteidigungsorganisation wie der NATO involviert zu werden. Vielmehr sei es wichtig, zwischen einer eventuellen unabhängigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der Zukunft oder bereits bestehenden Allianzen zu unterscheiden. Irland wolle nicht, dass die EG ein Machtblock sei oder zu sich zu einem Element der NATO entwickle. Stattdessen sollte sich eine europäische Verteidigungsgemeinschaft unabhängig entwickeln.⁴⁶ Dies ist nur eine Erklärung von vielen, warum Irland nicht der NATO oder einem ähnlichen Verteidigungsbündnis beitreten könnte. Allerdings wurde im Jahre 1981 (Februar) ein altes Argument wiederentdeckt – die Teilung der Insel Irland. Haughey meinte darauf, dass Irland wegen der Teilung der Insel bisher der NATO nicht beitreten hätte können und kann.⁴⁷

⁴⁴ http://www.parlament.gv.at/LI/GL/EUGL/show.psp?P_BUCH=V (18.05.2008)

⁴⁵ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 151.

⁴⁶ Salomon, T. Unneutral Ireland. An ambivalent and unique security policy. 1989 Oxford

⁴⁷ Salomon, T. Unneutral Ireland. An ambivalent and unique security policy. 1989 Oxford

6. Neutralität

6.1. Die Geschichte der Neutralität Irlands

Um die Jahrhundertwende des 19. Jahrhunderts war die Neutralität in Irland noch kein öffentliches Anliegen. Erst im Jahre 1914 ist dann die „Irish Neutrality League“ ins Leben gerufen worden. Mit dieser Idee wollte Irland verhindern, dass sich das Land an Konflikten bzw. Kriegen Großbritanniens beteiligte. Abgesehen von dieser Absicht gab es noch keine weiteren konzeptionellen Grundlagen einer Neutralität.⁴⁸ Dies hielt bis zum Jahre 1935, denn ab diesem Zeitpunkt schien es möglich, als würde die irische Neutralität gegen eine militärische Allianz mit Großbritannien eingetauscht werden können, sofern die Teilung der „Grünen Insel“ rückgängig gemacht worden wäre.⁴⁹ Erst im Jahre 1936 wurde die Neutralität zur staatlichen Politik erklärt. Dem Anglo-Irischen Vertrag zufolge wurden 1938 die“ seit dem Vertrag von 1921 bei Großbritannien verbliebenen Häfen auf irischem Boden an Irland zurückgegeben.“⁵⁰ „Irland hatte nun – seit 1937 – eine eigene Verfassung, keine militärischen Basen mehr auf irischem Territorium, somit territoriale Souveränität, und war nur mehr assoziiertes Mitglied im Commonwealth.“⁵¹

Der Beweis für das Verständnis Irlands zur Neutralität wurde im Zuge des 2. Weltkrieges erbracht. Als Großbritannien im Jahre 1940 Irland zu dem Bündnis aufforderte, sich im Kampf gegen die Deutschen zu einen, drohte die irische Souveränität und Neutralität zu kippen. Da Irland aber keine Chance in diesem Krieg mehr für Großbritannien sah und man die Neutralität nicht aufgeben wollte, willigte man nicht ein.

„Man sah Irland lieber geteilt und frei als vereint und unfrei.“⁵²

Außerdem bevorzugte damals eine Mehrheit der Iren einen unabhängigen, souveränen Staat.⁵³

Im 2. Weltkrieg wurde von Irland eine Politik der „wohlwollenden Neutralität“ gegenüber den Alliierten gelebt. Es wurden sowohl militärische Geheimnisse an Amerikaner als auch an Briten preisgegeben. „Es gab militärischen Kontakt, Informationsaustausch über Fremde in Irland, Überflugerlaubnis und Radarstationen gegen deutsche U-Boote. Die drei

⁴⁸ Keatinge, P., A Place Among the Nations. Dublin 1984. S. 10ff.

⁴⁹ Keatinge, P., A Place Among the Nations. Dublin 1984. S. 11.

⁵⁰ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 73.

⁵¹ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 75.

⁵² Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 74.

⁵³ Fanning, R. Irish Neutrality. 1990. S. 37.

ranghöchsten Offiziere des irischen Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten hätten beinahe ein Verdienstkreuz vom Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten bekommen, hätte nicht das State Department der USA an die irische Neutralität erinnert.⁵⁴

Als der Krieg beendet war, hatte sich an der irischen und britischen Reibung kaum etwas verändert.

Als Irland im Jahre 1948 die Republik ausrief und ein Jahr später aus dem Commonwealth austrat, erfolgte auch die – noch nicht offizielle – Einladung der Vereinten Staaten von Amerika, der NATO beizutreten.⁵⁵ Damals hofften die Iren, dass die USA in Bezug auf die Nordirlandfrage intervenieren würde und das Problem aus der Welt schaffen könnte. Zum Nachteil Irlands wurde dieses Bedürfnis als „Nichtinteresse“ an einer NATO-Mitgliedschaft gedeutet. Deshalb kam es auch nie zu einer offiziellen Einladung, der NATO beizutreten.

Irland sorgte sich allerdings auch um den finanziellen militärischen Aufwand, welche die Neutralität mit sich brachte. Im Konkreten ging es im Jahre 1950 um den Koreakrieg. Irland wollte die Ziele der NATO zwar inhaltlich unterstützen, dennoch kam eine Mitgliedschaft nicht in Frage. Es wurde von Seiten Irlands der Mittelweg eines „bilateralen Verteidigungspaktes“ vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde von USA abgelehnt.⁵⁶

Der irische Taoiseach erklärte 1951, dass die NATO-Mitgliedschaft nur für völlig freie und unabhängige Staaten interessant war und deshalb für Irland nicht relevant sei. Im Grunde ging es Irland darum, die bestehenden Grenzen nicht durch eine Mitgliedschaft in der NATO zu festigen.⁵⁷

Anfang der 1950er Jahre war es irisches Bestreben, ein Mitglied bei den Vereinten Nationen zu werden. Dieses Vorhaben wurde aber durch die damalige Sowjetunion blockiert, obwohl Irland sich aus dem Kalten Krieg heraushielt. Schließlich und endlich wurde Irland 1955 – gleichzeitig mit Österreich - trotz Neutralität UNO-Mitglied.

Im Zuge des Versuchs, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten, geriet die irische Neutralität erneut unter Druck, da sich Irland nun klar positionieren musste und gezwungen war, den Folgen bzw. den politischen Veränderungen, welche eine EG-Mitgliedschaft mit sich bringen würden, ins Auge zu sehen.

⁵⁴ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 75.

⁵⁵ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 75.

⁵⁶ Keatinge, P., A Place Among the Nations. Dublin 1984. S. 21.

⁵⁷ Fanning, R. Irish Neutrality. 1990. S. 15.

„Lemas erklärte 1962, die Regierung würde erkennen, dass eine militärische Verpflichtung eine unvermeidliche Konsequenz des freien Marktes wäre, und dass sie letztendlich bereit wären, den technischen ‚Label‘ der Neutralität aufzugeben. Sie wären bereit, in dieses integrierte Europa zu gehen, ohne Vorbehalte in Bezug auf die Außenpolitik und die Verteidigung. Lemass´ Nachfolger Lynch ging noch weiter, als er 1969 im Zusammenhang mit dem EG-Beitrittsansuchen sagte, Irland wäre nie ideologisch neutral gewesen. Schon zehn Jahre früher hatte Lemass erklärt, „dass es keinen Moment Zweifel gäbe, auf welcher Seite unsere Interessen und Sympathien liegen würden.“⁵⁸ Im Ost-West-Konflikt war für Irland immer klar, dass es auf der Seite des Westens stand, da es mit den westlichen Demokratien seine ‚gemeinsamen Auffassungen der Menschenrechte, Freiheit nach dem Gesetz, persönliche Freiheit und Gewissensfreiheit‘, verband.⁵⁹

In toto vertraten die Iren zwei Ansätze der irischen Neutralität. Zum einen war hier die „militärische Neutralität“, welche bedeutete, dass Irland nicht an einer existierenden militärischen Allianz teilnimmt und zum anderen gab es die „fundamentale Neutralität“. Letzteres Konzept meint, dass die Neutralität ein primäres Prinzip der Außenpolitik sein soll und nicht nur für militärische und verteidigungspolitische Herausforderungen verwendet wird. Ein Großteil der Bevölkerung und auch die Labour Party teilen diese Sichtweise der Neutralität, was schlussendlich zur festen Verankerung der Neutralität in der Verfassung im Jahre 1980 führte.⁶⁰

Während der Falklandkrise in den 1980er Jahren wich Irland von der allgemeinen EG-Politik ab und unterstützte nicht das Embargo gegen Argentinien. Dies führte wiederum zu einer neuen Diskussion innerhalb Irlands über die Neutralität. „In dieser Krise um die Falklandinseln vertrat die Minderheitsregierung unter dem Fianna Fáil-Taoiseach Haughey die Ansicht, dass die Neutralität auf jeden Fall eine Teilnahme Irlands an den Sanktionen ausschließe, wenn sie militärische Aktionen beinhalteten.“⁶¹ „Der Führer der Opposition und Vorsitzende der Fine Gael, FitzGerald, meinte hingegen, dass diese Entscheidungen die Sanktionen betreffend, überhaupt nichts mit der Neutralität zu tun hätten, sondern einfach ein Zeichen der Inkonsequenz der Regierungsentscheidung wären und zum momentanen Vorteil getroffen wurden. Der Parteivorsitzende der Labour Party, O’Leary, hingegen begrüßte die Regierungsentscheidung und sprach über die Neutralität als ein ‚Herzstück der irischen

⁵⁸ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 77.

⁵⁹ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 77.

⁶⁰ Keatinge, P., A Place Among the Nations. Dublin 1984. S. 32.

⁶¹ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 80.

Außenpolitik' das eine ‚realistische Beurteilung der Erfordernisse für das irische nationale Interesse' widerspiegelt.“⁶²

Nachdem FitzGerald im Jahre 1973 das Amt des Außenministers übernahm, meinte er, dass die traditionelle Neutralität Irlands – als Kleinstaat wohlgerichtet – mehr für den Frieden beitragen könnte, wenn man nicht innerhalb der militärischen Blöcke stehen würde. Dies sei besser als unwesentliche Ressourcen der einen oder der anderen Seite zur Verfügung zu stellen.⁶³

All diese Beispiele legen klar dar, dass die irische Neutralitätspolitik ziemlich „schwammig“ definiert war. Gleichzeitig unterscheidet sie sich – im Vergleich mit Österreich beispielsweise – dadurch, dass ihr jegliche gesetzliche nationale Basis fehlt. „Irlands Neutralität ist völkerrechtlich nicht kodifiziert.“⁶⁴

„Die Frage, wie und ob Irland überhaupt neutral ist, wird in erster Linie von der Wissenschaft und nur zu einem geringen Teil im nationalen politischen Bereich diskutiert. Die Wissenschaftler sind sich uneins, ob Irlands außenpolitisches Verhalten als neutral bezeichnet werden kann. In der Politik bestimmt die außenpolitische Thematik die Diskussion über die Ausrichtung der Neutralitätspolitik und damit die Auffassung der Neutralität an sich.“⁶⁵

6.2. Die EG und die Neutralität Irlands

Im Zusammenhang mit der EG wird die Neutralität häufig in Assoziation mit der Souveränität und Unabhängigkeit des neutralen Staates gebracht. „Die Neutralität ist ‚untrennbar mit dem Grad der Souveränität, die ein Staat genießt, verbunden und von dieser abhängig'. Darüber hinaus hat ein absoluter Staat absolut souverän, und von anderen Staaten in allen Belangen völlig unabhängig zu sein’.“⁶⁶

Anhand dieser Aussage kann man deutlich erkennen, dass die Diskussion über die Neutralität im Zusammenhang mit der EG und der EPZ durchaus berechtigt ist.

„Der irische Supreme Court hat in der Angelegenheit um die Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) am 9. April 1987 entschieden, dass die Mitgliedschaft in der

⁶² Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 80.

⁶³ Irish Times, 13.1.1973, zit. in: Keatinge 1978, S. 96.

⁶⁴ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 81.

⁶⁵ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 81.

⁶⁶ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 82.

Europäischen Gemeinschaft und die Formalisierung der EPZ durch die EEA eine Verminderung der Souveränität bedeutet. Dennoch stimmte in der Folge eine Mehrheit der irischen Bevölkerung von 69,9% für die Ratifizierung der EEA, und damit indirekt einer Verminderung der Souveränität zu.⁶⁷

Durch die EG und durch die Europäische Politische Zusammenarbeit wird die Unabhängigkeit anderer Staaten in Bezug auf ihre Formulierung der Außenpolitik somit stark begrenzt.

Diese Problematik betrifft eigentlich alle neutralen Staaten innerhalb der EG/EU – insbesondere, wenn die Neutralität in der Verfassung niedergeschrieben ist. Somit muss die Neutralität an die neuen Umstände angepasst werden – dies betrifft natürlich auch Österreich. Außerdem sollte die Neutralität eindeutig in der Öffentlichkeit definiert sein.

6.3. Neutralitätsbegriffe

6.3.1. Die Dauernde Neutralität

Der Begriff wird im Allgemeinen in zwei Gruppen eingeteilt:

1. die dauernde Neutralität
2. die gewöhnliche Neutralität

Dauernde Neutralität bedeutet, dass ein Staat von vornherein –sprich es muss kein Krieg sein – klarstellt, dass im Falle eines Krieges er nicht einschreiten würde. Die Ausnahme stellt hier nur ein Militärschlag gegen das eigene Land dar.⁶⁸

Gewöhnliche Neutralität bedeutet, dass sich ein Staat in Kriegssituationen für neutral erklärt und sich somit nicht an diesem oder jenem Krieg beteiligen wird.

Es gibt allerdings noch zwei weitere Unterscheidungen. Diese betreffen den Umfang der tatsächlichen Anwendung der Neutralität:

⁶⁷ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 82.

⁶⁸ Riklin 1994, S 335.

1. Integrale Neutralität bedeutet, dass die Neutralitätsrechte in vollem Umfang befolgt werden.
2. Differentielle Neutralität bedeutet, dass die Neutralitätsauffassung verändert wird und der neutrale Staat teilweise an wirtschaftlichen, jedoch nicht militärischen Sanktionen im Rahmen einer kollektiven Sicherheitsorganisation teilnimmt.⁶⁹

Da die irische Neutralität nicht als permanente Neutralität gesehen werden kann, sind im Laufe der Zeit mehrere Charakteristika gesucht worden – pragmatisch, formell, technisch, usw. Wenn man nach Keatinge geht, ist der am häufigsten verwendete Begriff die militärische Neutralität. Nach Keatinge ist der Begriff Neutralität in Bezug auf Irland aber durchaus zulässig da: dass Irland keiner militärischen Allianz angehört und bis dato immerzu seine Neutralität deklariert.⁷⁰

„Da die irische Neutralität aber nirgends festgeschrieben und näher deklariert ist, sie also ‚weder prinzipiell begründet noch verfassungs- oder völkerrechtlich verankert ist‘, sind für eine Bewertung der irischen Neutralität aus Mangel objektiver Definitionskriterien nur subjektive ausschlaggebend. So muss sich jeder Betrachter sein eigenes Urteil darüber bilden.“⁷¹

6.3.2. Die Aktive Neutralität

„Irland war zu keiner Zeit ein Beispiel für aktive Neutralitätspolitik.“⁷²

Diese Vermutung entstammt daraus, dass Irland nie die aktive Teilnahme an der internationalen Politik und die Präsentation des eigenen Staates praktiziert hat. Keatinge beschreibt die Schwierigkeiten einer aktiven Neutralitätspolitik Irlands so: „The pursuit of an ‚active neutrality‘ policy is not without its inherent dilemmas. The very fact of their position outside the major blocs, combined with their relative insignificance in the diplomatic pecking order, means the neutrals are dependent on international organisations to provide them with a stage on which to act. Yet the rules of the organisation may prove to be incompatible with the requirements, as they see it, of their neutrality.“⁷³

Eine unabdingbare Komponente für einen aktiven neutralen Staat ist, dass dieser auf jeden Fall im politischen Sinn anerkannt werden möchte. Nachdem was wir bis zum jetzigen

⁶⁹ Riklin 1994, S 335.

⁷⁰ Keatinge, P., A Place Among the Nations. Dublin 1984. S.54ff.

⁷¹ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 87.

⁷² Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 88.

⁷³ Keatinge, P., A Place Among the Nations. Dublin 1984. S. 53.

Zeitpunkt mitbekommen haben, hatte Irland wohl nie den Wunsch, als wesentlicher Akteur in der internationalen Politik mitzumischen. Umso logischer ist es, dass Irland mittlerweile mehr versucht, sich in die internationalen politischen Begebenheiten zu integrieren. Man muss hier allerdings auch hinzufügen, dass die Position der irischen Neutralität in der EU immer schwieriger zu definieren ist.

„Die Unterscheidung zwischen ‚politischen und wirtschaftlichen Sicherheitsaspekten‘ auf der einen, und ‚militärischen Aspekten‘ auf der anderen Seite, ist eine Erfindung der EG-Bürokraten und vielleicht auch bestimmter irischer Diplomaten, die das kleine Stückchen irischer Neutralität schützen wollen, das noch übriggeblieben ist.“⁷⁴

7. Das Wahl- und Parteiensystem in Irland

7.1. Parteiensystem

Die irische Parteienlandschaft ist im Vergleich zu anderen europäischen Parteiensystemen sehr unterschiedlich. Die Allokation einzelner politischer Kräfte zu Sozial- oder Christdemokraten sowie zu den Konservativen ist in Irland für die großen Parteien schwer machbar. Mit der EG-Mitgliedschaft Irlands änderte sich diese Begebenheit. Ab diesem Zeitpunkt war es für die irischen Parteien unabdingbar, sich zu einer vorher besagten Richtung zu bekennen bzw. einer Fraktion beizutreten, welche im Europäischen Parlament vertreten war.⁷⁵

„Die Parteien der politischen Mitte oder der politischen Rechten spielen im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten eine überproportional starke Rolle bei den irischen Parlamentswahlen. Während die durchschnittliche Unterstützung der Mitte-Rechtsparteien in den europäischen Staaten knapp über 40% liegt, erhalten die Mitte Rechtsparteien Irlands (Fianna Fáil, Fine Gail und Progressive Democrats) im Durchschnitt mehr als 80% der Stimmen.“⁷⁶ Dies hat sich bis zum heutigen Tag natürlich etwas verändert, wie die Wahlergebnisse – auf welche ich später eingehen werde – in den Jahren 2002 und 2007 zeigen werden.

⁷⁴ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 91.

⁷⁵ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 99.

⁷⁶ Mair, P. The Party System and Party Competition. In: Coackley/Gallagher, 1993, S. 87.

Dies wird auch aufzeigen, dass sich eine nur geringe Förderung für die „linken“ Parteien ergibt. In den 1980er Jahren beispielsweise sind die Labour Party und die Worker's Party im Schnitt nur auf 13% der Wählerstimmen gekommen. Dies änderte sich erst bei der Parlamentswahl im Jahr 1992. Damals hatten die linksgerichteten Parteien ein Gesamtergebnis von 22,8%.⁷⁷

Anfang der 1990er Jahre war das Eis gebrochen und es zeigte sich, dass die großen Parteien wie Fianna Fáil und Fine Gael nicht mehr die gleiche große Unterstützung der Bevölkerung hatten wie die Jahre zuvor. Im Vergleich: 1982 hatten die zwei Großparteien noch rund 85% der Wählerstimmen. 10 Jahre später – 1992 – waren es nur mehr 64%.⁷⁸ Seit dieser Zeit belegen auch diverse Studien, dass die irische Wählerschaft an Beständigkeit verliert und der „Wahltraditionsgedanke“ nicht mehr so stark ins Gewicht fällt. Diese Veränderung hatte zur Folge, dass ab diesem Zeitpunkt auch neue Parteien die Chance hatten sich zu etablieren (z.B. die Greens und die Democratic Left).

„Vergleicht man die Wähler der „traditionellen (Fianna Fáil, Fine Gael) und ‚neuen‘ (Progressive Democrats, Democratic Left, Worker's Party und Greens) Parteien und die Labour Party in Bezug auf ihre soziodemographischen Eigenschaften wie ländlich und urban, in der Landwirtschaft tätig und ‚non-farming‘, alt und jung, so zeigt sich folgende Tendenz: Die ‚neuen‘ Parteien und die Labour Party erfahren vermehrt durch jüngere und urbanere Wähler Unterstützung, wobei die Unterstützung durch die auf dem Land und von der Landwirtschaft lebenden Wähler viel geringer ist. Daraus ergibt sich, dass Wähler aus dem ländlichen und landwirtschaftlichen Bereich, ältere Wähler und kleine Farmer die traditionellen Parteien stärker unterstützen. Das erklärt auch deutlich die Abnahme der Unterstützung für die traditionellen Mitte-Rechtsparteien: Die Zahl der auf dem Land lebenden und in der Landwirtschaft beschäftigten Iren geht kontinuierlich zurück.“⁷⁹

Unterschiedliche Studien belegen, dass es keine eindeutige Zuordnung von Wählern aus bestimmten sozialen Schichten zu den unterschiedlichen Parteien gibt.

Die in Irland den Ton angehenden Parteien entstanden von 1916 – 1923 (Periode der Unabhängigkeitsbestrebungen). Im Vergleich zum übrigen Europa entstanden die Parteien in Irland nicht aus sozialen Konflikten oder aus dem Klassenkampf. „Die irische Situation

⁷⁷ Mair, P. The Party System and Party Competition. In: Coackley/Gallagher, 1993, S. 88.

⁷⁸ Laver, M./Marsh, M. Parties and Voters. In: Coackley/Gallagher 1993, S. 104 – 125, S. 118.

⁷⁹ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 101.

weicht hier völlig von den in den anderen europäischen Ländern bedeutenden Strukturen und Mustern in der Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems ab.“⁸⁰ Ich werde auf die sich derzeit im Parlament befindenden einzelnen Parteien noch im Speziellen eingehen.

Hier noch eine kurze Geschichteinführung in die Großparteien. Die Fianna Fáil und Fine Gael waren in den 1980ern und 1990ern die überragenden Parteien in Irland. Beide Parteien entstanden aus der Partei Sinn Féin. Die Fianna Fáil entstand im Jahre 1926 aus dem Flügel der Vertragsgegner der Sinn Féin, und die Fine Gael wurde 1933 aus dem „pro-Treaty“-Flügel der Sinn Féin gegründet.⁸¹ Der Unterschied zwischen den beiden politischen Kräften lag darin, dass die Fianna Fáil gegen den Anglo-Irischen Vertrag eintrat. Dies war auch der Grund, warum die Labour Partei in diesem Zeitraum kaum Chancen hatte zu wachsen und sich zu etablieren. „Die nationalistischen Ideen, mit denen sich die irische Bevölkerung auseinandersetzen hatte, ließ kaum Raum für eine Partei, die sich ganz den sozialen Anliegen und der politischen Emanzipation der Arbeiterklasse verschrieb.“⁸² Wenn man sich die Parlamentswahlen – beginnend bei den 1930er Jahren – ansieht, dann merkt man, dass die Fianna Fáil immer an erster Stelle war – gefolgt von Fine Gael und der Labour Party.⁸³ Da die Fianna Fáil bis zum Beginn der 1990er Jahre immer die stärkste Partei war, kamen immer nur zwei Regierungen in Frage. Auf der einen Seite gab es die Möglichkeit einer Fianna-Fáil-Regierung, und auf der anderen Seite bestand die Option einer Fine-Gael und Labour-Party Koalition. Daraus ergab sich, dass sich die Fianna Fáil immer zwischen Opposition und Regierung entscheiden musste. Dies änderte sich erst, als die Fianna Fáil in den achtziger Jahren erstmalig eine Koalition mit den Progressive Democrats einging.

„Am Beginn der neunziger Jahre fällt der Prozentsatz der Fianna Fáil- Wähler zum ersten Mal unter 40%, und (erstmalig seit Ende der vierziger Jahre) der Anteil der Fine Gael- Wähler unter die 25% Marke. Die Labour Party erfuhr mit den Wahlen von 1992 mit knappen 20% ein noch nie erlebtes Hoch. Bemerkenswert ist der Umstand in der irischen Geschichte der Parlamentswahlen, dass keine Regierung länger als eine Periode, wenn überhaupt, im Amt blieb. Das heißt, seit 1969 konnte keine irische Regierung die Regierungsgeschäfte nach Parlamentswahlen weiterführen.“⁸⁴

⁸⁰ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 102.

⁸¹ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 102.

⁸² Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 103.

⁸³ Mair, P. The Party System and Party Competition. In: Coackley/Gallagher 1993, S89ff.

⁸⁴ Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, Wien 2000, S. 104.

7.2. Staatlicher Aufbau und gegenwärtige Situation im irischen Parlament

7.2.1. Staatsaufbau

„Irland ist ein parlamentarisch-demokratischer Verfassungsstaat. Die Verfassung garantiert die Menschenrechte und gliedert sich in fünf Hauptfelder:

- Persönliche Rechte,
- Familie,
- Bildung,
- Privateigentum und
- Religion.

Das Staatsoberhaupt, die im Herbst 2004 wieder gewählte Präsidentin Mary McAleese, hat ausschließlich repräsentative Funktionen.

Das Parlament (Oireachtas) besteht aus zwei Kammern, dem Repräsentantenhaus (Dáil Éireann) und dem Senat (Seanad Éireann). Das Repräsentantenhaus hat 166 Sitze. Die Abgeordneten werden mindestens alle 5 Jahre durch eine Kombination aus Persönlichkeits- und Verhältniswahlrecht in 41 Wahlkreise (drei bis fünf Abgeordnete pro Wahlkreis) vom Volk gewählt. Das komplizierte irische Wahlrecht erlaubt dem Wähler eine qualifizierte Stimmabgabe (Stimmabgabe für bis zu drei Präferenzen); Landeslisten gibt es nicht.

Präsident (Ceann Comhairle) des Repräsentantenhauses ist derzeit John O'Donoghue T.D. (Fianna Fáil), sein Vertreter (Leas Ceann Comhairle) Brendan Howlin T.D. (Labour).

Der Senat hat 60 Sitze. 11 Mitglieder des Senats werden vom Premierminister nominiert, 43 Standesvertreter werden durch ein Wahlgremium (Vertreter Abgeordnetenhaus, Senat, County Regierungen) aus 5 gesellschaftlichen Gruppen (Kultur, Bildung, Erziehung, Landwirtschaft, Arbeit und Gewerkschaften, Industrie und Handel, Verwaltung) ausgewählt; die verbleibenden 6 kommen aus dem Hochschulbereich.

Die Wahlen zum Senat finden spätestens 90 Tage nach der Wahl des Repräsentantenhauses statt. Der Senat kann mit Vorschlägen in die Gesetzgebung eingreifen, sie aber nicht blockieren. Präsident (Cathaoirleach) des Senats ist derzeit Senator Pat Moylan (Fianna Fáil), sein Vertreter (Leas Cathaoirleach) Senator Paddy Burke (Fianna Fáil).

Im irischen Parlament spielen traditionell zwei große Volksparteien eine führende Rolle: Fianna Fáil (national, republikanisch, konservativ; Parteichef Premierminister Brian Cowen) und Fine Gael (liberal-konservativ; Parteichef Enda Kenny). Die Gegensätze dieser beiden bürgerlichen Parteien der Mitte sind historisch bedingt und wirken bis heute fort. Nach Erreichen der Unabhängigkeit stritten sie sich in einem blutigen Bürgerkrieg von 1921 bis 1923 über die Annahme (Fine Gael) oder die Ablehnung (Fianna Fáil) der Unabhängigkeitsverträge mit Großbritannien.

Die Gewichte beider Parteien haben sich seit den beiden letzten Wahlen zugunsten von Fianna Fáil verschoben. Nach der bis zu den Parlamentswahlen im Mai 2007 regierenden Koalitionsregierung aus Fianna Fáil und Progressive Democrats konnte der damalige Premierminister (Taoiseach) Bertie Ahern im Mai 2007 erneut eine Regierung bilden und seine dritte Amtszeit in Folge beginnen.

Die neue Koalition bezieht neben den alten Partnern Fianna Fail (78 Sitze) den stark geschrumpften Progressive Democrats (2) nun auch die Grünen (6) sowie einige Unabhängige (4) mit ein. Dem Regierungsbündnis stehen als Opposition die stark verbesserte Fine Gael (51), Labour Party (20), Sinn Fein (4) sowie ein Unabhängiger gegenüber. Nach dem Rücktritt von PM Ahern am 07.05.2008 übernahm am selben Tag der bisherige Finanzminister Brian Cowen die Ämter des Parteichefs der Fianna Fail und des Regierungschefs.

Die nächste allgemeine Wahl wird gemäß der Verfassung spätestens fünf Jahre nach dem letzten Wahltermin, also vor Ende Mai 2012 stattfinden.⁸⁵

7.2.2. Wahlsystem in Irland

In Irland herrscht das Verhältniswahlrecht. Es gibt, wie bereits erwähnt, Wahlkreise und jeder dieser Wahlkreise entsendet drei bis fünf Abgeordnete. Allerdings werden in Irland zwei übertragbare Einzelstimmen an die jeweiligen politischen Anwärter von der Bevölkerung bzw. den Wahlberechtigten gegeben. Hierzu ein Beispiel, um das System klarer darzustellen: „Wenn ein Bürger sich für Kandidat A entscheidet, so wählt er ihn, indem er auf dem Stimmzettel hinter dem Kandidaten A eine "1" vermerkt. Zusätzlich kann der Bürger einem

⁸⁵ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Innenpolitik.html> (22.08.2008)

weiteren Kandidaten B die Ziffer "2" zuordnen. Bei der Auszählung der Stimmen bedeutet dies, dass die Stimme des Bürgers für Kandidat A zählt. Wenn allerdings Kandidat A schon die notwendige Stimmenzahl erreicht hat, um ins Parlament einzuziehen oder aber er keine Chance hat, ein Mandat zu gewinnen, so fällt die erste Präferenz fort und die zweite Stimme für Kandidat B wird gezählt. Die zweite Stimme wird nur dann gezählt, wenn die erste Stimme wegfällt.“⁸⁶

Die Abgeordneten vertreten die Bürger – die Anzahl muss sich aber zwischen 20.000 und 30.000 bewegen. Außerdem muss sich die Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate nach der Einwohnerzahl Irlands richten. Das bedeutet, dass mit dem Wachstum der Bevölkerung auch die Anzahl der Abgeordneten steigt. Seit Beginn der achtziger Jahre kommen auf 41 Wahlkreise genau 166 Abgeordnete. Das Wahlrecht erlangt man in Irland mit der Vollendung des achtzehnten Lebensjahres. Ein politisches Mandat kann man hingegen erst mit dem Alter von 21 bekommen. Bei der Präsidentschaftswahl verhält es sich so wie in Österreich – der Anwärter muss das 35. Lebensjahr vollendet haben.⁸⁷

8. Parteien in Irland

8.1. Aktive Parteien im irischen Parlament/Unterhaus 2008

Da alleine die geschichtliche Abhandlung der beiden Großparteien Fianna Fáil und Fine Gael eine wissenschaftliche Arbeit füllen könnte, habe ich mich entschieden, die Beschreibung der politischen Kräfte in Irland in aller Kürze stichwortartig abzuhandeln, um zumindest einen Einblick in die jeweilige Partei zu gewähren, sowie das Verständnis zu optimieren.

8.1.1. Fianna Fáil

- gälisch »Schicksalskämpfer«, irische politische Partei, gegründet 1926 von E. de Valera als Sammelbecken aller Gegner des angloirischen Vertrages von 1921; betont republikanisch. Seit 1932 stärkste Partei, stellte sie seitdem oft den Ministerpräsidenten (seit 1997 B. Ahern) und den Staatspräsidenten.⁸⁸
- Seit 1932 stärkste Partei im Unterhaus (Dáil Eireann)
- Jugendflügel: Ogra Fianna Fáil – seit den 1970er Jahren

⁸⁶ <http://www.bpb.de/themen/ZXVVX5,0,0,Wahlsystem.html> (22.07.08)

⁸⁷ <http://www.bpb.de/themen/ZXVVX5,0,0,Wahlsystem.html> (22.07.08)

⁸⁸ http://lexikon.meyers.de/meyers/Fianna_F%C3%A1il (09.04.2008)

- Ehemalige Vorsitzende: Eamonn de Valera (1926 – 1959), Seán Lemass (1959 – 1966), Jack Lynch (1966 – 1979), Charles Haughey (1979 – 1992), Albert Reynolds (1992 – 1994), Bertie Ahern (1994 – 2008), Brian Cowen (seit Mai 2008)
- Webseite: <http://www.fiannafail.ie/>

8.1.2. Fine Gael

- „»Stamm der Gälen«, englisch United Ireland Party, irische politische Partei, gegründet 1933; entstand durch Zusammenschluss der 1923 von W. T. Cosgrave gegründeten Cumann na nGaedheal (Befürworter des angloirischen Vertrags von 1921, Sinn Féin) mit anderen politischen Gruppen, u. a. mit der National Guard. Seit Mitte der 1930er-Jahre setzte sich die konservativ-demokratische Linie in der Gesamtpartei durch. Die von ihr maßgeblich mitgetragene Regierung Costello rief 1949 die Republik aus. Nach der Fianna Fáil ist die Fine Gael heute die zweitstärkste Partei im Parlament und stellte wiederholt den Ministerpräsidenten (u. a. 1994–97 J. Bruton).“⁸⁹
- Jugendflügel: Young Fine Gael (YFG), gegründet 1977
- Webseite: <http://www.finegael.ie/index.cfm>

8.1.3. Irish Labour Party

- Sozialdemokratische Partei
- Gründung: 1912 aus dem“ Irish Trade Union Congress“ heraus
- Rund 20 Jahre Regierungsmitgliedschaft
- Vorsitzender: Eamon Gilmore
- Webseite: <http://www.labour.ie/>

8.1.4. Progressive Democrats

- Liberale Partei
- Gründung 1985
- Vorsitzender: Ciarán Cannon
- Von diversen irischen Medien oft als rechter Flügel bezeichnet

⁸⁹ http://lexikon.meyers.de/meyers/Fianna_F%C3%A1il (09.04.2008)

- Webseite: <http://www.progressivedemocrats.ie/>

8.1.5. Green Party

- Offizielle Bezeichnung: Green Party/Comhaontas Glas
- Gründung 1981 als Ecology Party of Ireland
- Umbenennung in Green Party im Jahre 1987
- Vorsitzender: John Gormley
- Jugendflügel: Young Greens, gegründet 2002
- Webseite: <http://www.greenparty.ie/>

8.1.6. Sinn Féin

- Bedeutung: „irisch »Wir selbst«, irische republikanische Partei, 1905 u. a. von A. Griffith gegründet; setzte sich für eine unabhängige irische Republik ein. Nach der Unterzeichnung des angloirischen Vertrags 1921 spaltete sich die Bewegung in Anhänger (Fine Gael) und Gegner (Fianna Fáil) des Vertrags. Ein kleiner radikaler Teil organisierte sich – in enger Verbindung mit der IRA – in Nordirland weiter unter dem Namen Sinn Féin. Diese Partei nahm seit den 1980er-Jahren wieder an Wahlen teil; unter dem Einfluss des Parteipräsidenten (seit 1983) G. Adams, der eine politische Lösung des Nordirlandkonflikts anstrebte, kam es zu Gewaltverzichtserklärungen der IRA (Waffenstillstand 1994–96 sowie ab 1997; 2005 Erklärung der Beendigung des »bewaffneten Kampfes«). Ab 1997 an den nordirischen Allparteienverhandlungen teilnehmend, unterstützte Sinn Féin das Friedensabkommen vom 10. 4. 1998. Bei den Wahlen zum nordirischen Regionalparlament 2003 und 2007 wurde sie jeweils stärkste »katholische« Partei.“⁹⁰
- Webseite: <http://www.sinnfein.ie/>

8.1.7. weitere irische Parteien – nicht aktiv/kein Sitz im Unterhaus vertreten

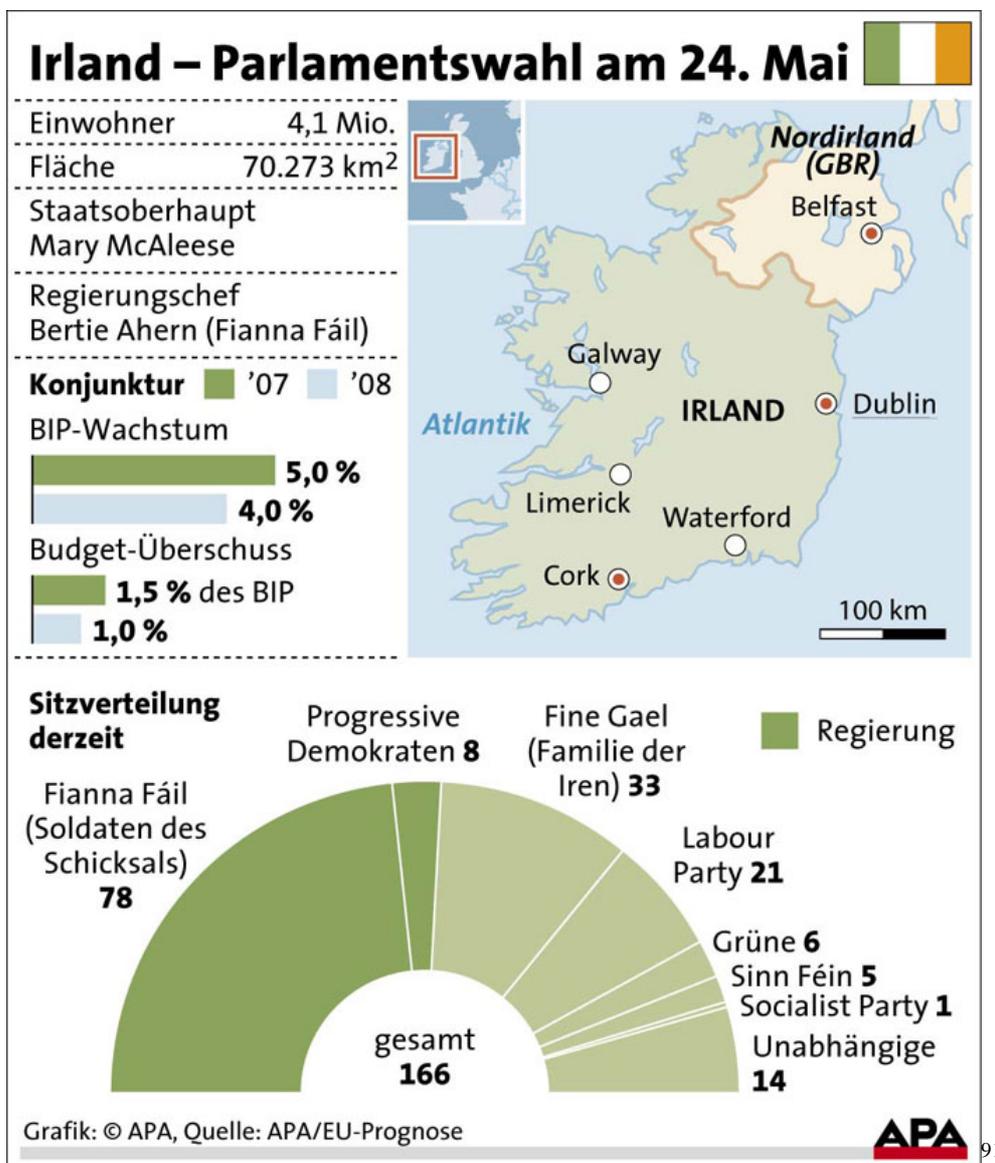
- Socialist Party
- Republican Sinn Féin
- Workers Party

⁹⁰ http://lexikon.meyers.de/meyers/Sinn_F%C3%A9in (10.04.2008)

- Socialist Workers Party
- Republican Socialist Party
- Christian Solidarity Party
- Communist Party of Ireland

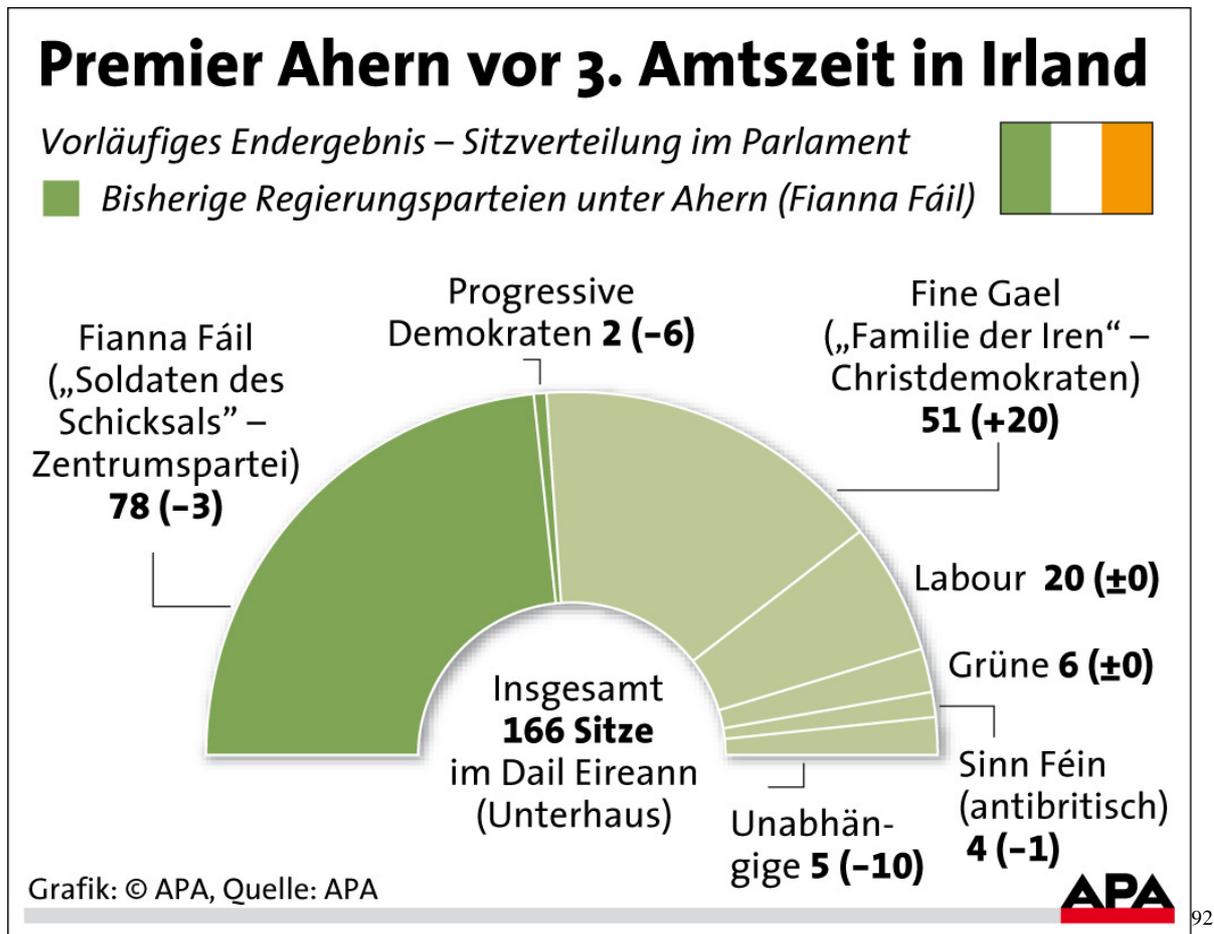
9. Irische Wahlergebnisse 2007

Bei den Wahlen 2007 gewann die Partei Fianna Fail mit einer klaren Mehrheit. Sie wurde mit etwas über 41 Prozent % die stimmenstärkste Kraft. Fianna Fail kann damit 78 Sitze im Parlament für sich beanspruchen. Da für eine absolute Mehrheit aber 83 Sitze nötig wären, bildete sich eine Dreierkoalition. Momentan sitzen die Fianna Fail, die Grünen und die Progressiven Demokraten gemeinsam in der Regierung. Die Fine Gael ist die größte Oppositionspartei mit 51 Sitzen. Derzeit hat Irland 14 Minister. Die folgenden Grafiken zeigen das politische Kräfteverhältnis Irlands vor den Wahlen im Mai 2007 und danach.



⁹¹ APA-Online Manager, 20.05.2007

Wahlergebnis Mai 2007:



Am 06. Mai 2008 – also rund ein Jahr nach den Wahlen wählte das Parlament in Dublin einen neuen irischen Regierungschef. Der Nachfolger von Bertie Ahern wurde der Chef der regierenden Partei Fianna Fail, Brian Cowen. Grund hierfür war, dass Ahern nach 11 Jahren im Amt seinen Rücktritt – aufgrund einer Korruptionsaffäre - einreichte.

⁹² APA-Online Manager, 29.05. 2007

10. Der Vertrag von Lissabon

10.1. Entstehungsgeschichte

Im Herbst 2007 einigten sich die EU-Staaten auf einen gemeinsamen Reformvertrag und schufen damit ein neues Fundament für die Europäische Union. Ziel war es, die 27 Mitgliedsländer handlungsfähiger und demokratischer zu machen. Die Reformdiskussion dauerte knapp 10 Jahre. Am 13. Dezember 2007 sollte der Vertrag unterzeichnet werden und nach Ratifizierung der Mitgliedsländer am 1. Jänner 2009 in Kraft treten. Doch es kam alles anders. Die Iren stimmten in einer Volksabstimmung 2008 gegen den Vertrag. Doch dazu in folgenden Teilen noch mehr.

10.2. Der Vertrag von Lissabon zur Reform der Europäischen Union

Der Vertrag von Lissabon ersetzt die gescheiterte EU-Verfassung und verzichtet auf die Nennung von EU-Symbolen.

Wesentliche Änderungen sind:

„MEHRHEITSENTSCHEIDUNGEN

EU-Beschlüsse werden dadurch erleichtert, dass künftig in vielen Fällen der Zwang zur Einstimmigkeit entfällt. Die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit werden auf mehrere Dutzend neue Bereiche ausgedehnt, vor allem bei der polizeilichen und Justiz-Zusammenarbeit. In sensiblen Gebieten wie der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik sowie bei Änderung von EU-Verträgen gilt aber weiter das Prinzip der Einstimmigkeit.

STIMMRECHTE

Beim Abstimmungsverfahren in der EU gilt ab dem Jahr 2014 mit einer Übergangsfrist bis 2017 das Prinzip der "doppelten Mehrheit". Danach erfordern EU-Beschlüsse im Ministerrat eine Mehrheit von 55 Prozent der Staaten, die 65 Prozent der Bevölkerung auf sich vereinen. Bis dahin gilt weiter das im Vertrag von Nizza festgelegte komplizierte System der qualifizierten Mehrheit.

HOHER REPRÄSENTANT FÜR DIE AUßENPOLITIK

Die EU bekommt einen "Hohen Repräsentanten der Union für Außen- und Sicherheitspolitik". In seinem Amt werden die Funktionen des bisherigen EU-Außenbeauftragten und des EU-Außenkommissars gebündelt. Er ist Vize-Präsident der Kommission und erhält einen diplomatischen Dienst.

EU-RATSPRÄSIDENT

Die EU erhält einen Ratsvorsitzenden, dessen Amtszeit zweieinhalb Jahre beträgt. Der EU-Präsident bereitet unter anderem die Gipfeltreffen vor.

EU-KOMMISSION

Die EU-Kommission wird verkleinert. Von 2014 an sind in Brüssel nicht mehr alle, sondern abwechselnd nur noch zwei Drittel der Mitgliedstaaten mit einem Kommissar vertreten. Die EU-Kommission muss künftig ihre Gesetzesvorschläge überprüfen und stichhaltig begründen, wenn dies mehr als die Hälfte der Parlamente der Mitgliedstaaten verlangt.

EU-PARLAMENT

Das EU-Parlament wird von 2009 an nur noch 750 statt bisher 785 Sitze umfassen. Wegen eines Kompromisses mit Italien verliert der Parlamentspräsident sein Stimmrecht, das er aber bereits jetzt in der Praxis nicht ausübte. Das Parlament erhält erstmals ein Mitspracherecht in den wichtigen Fragen der Justizzusammenarbeit, der inneren Sicherheit und der illegalen Einwanderung.

AUSTRITT

Der Vertrag sieht erstmals die Möglichkeit eines Austritts aus der Europäischen Union vor. Der austretende Staat muss die Bedingungen mit den EU-Partnern aushandeln.

PETITIONSRECHT

Mit mindestens einer Million Unterschriften können Bürger künftig die EU-Kommission auffordern, Gesetzesvorschläge zu machen. Die Kommission ist dazu allerdings nicht verpflichtet.

GRUNDRECHTECHARTA

Durch einen Verweis im Reformvertrag wird die Grundrechtecharta aus dem Jahr 2000 rechtsverbindlich. Die Charta legt in 54 Artikeln die Bürgerrechte wie Meinungsfreiheit und das Recht auf gute Verwaltung fest.“⁹³

10.3. Bewertung des Vertrages von Lissabon/EU-Reformvertrag

„Der Vertrag von Lissabon schließt den Prozess ab, der bereits im Vertrag von Nizza angelegt war. Dieser Reformprozess wurde vom Europäischen Rat in Laeken im Dezember 2001 auf den Weg gebracht und nach der Ausarbeitung des Entwurfs durch den Verfassungskonvent durch die Regierungskonferenz 2004 in Gestalt des Verfassungsvertrags vom 29. Oktober 2004 zu einem vorläufigen Abschluss geführt. Nach der Ablehnung in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden, die in eine ‚Verfassungskrise‘ und mühsam anlaufende Reflexionsphasen mündete, gelang der ‚Befreiungsschlag‘ durch die Aufgabe des Verfassungskonzepts. Dabei blieb der materielle Inhalt des Verfassungsvertrages weitgehend erhalten, was in den Kompromissen zum Mandat des Europäischen Rates vom Juni 1997 deutlich zum Ausdruck kommt. Aufgrund seiner konkreten Vorgaben erwies sich das Mandat als geeignete Basis für diese relativ kurze Regierungskonferenz, die auch wegen der geschickten portugiesischen Präsidentschaft mit der Unterzeichnung des ‚Reformvertrages‘ am 13. Dezember 2007 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Sollte der Vertrag planmäßig ratifiziert werden, bestünde eine Basis für absehbare Zeit. Letztlich wird aber auch dieser Vertrag nur eine weitere Etappe in der dynamischen Verfassungsentwicklung der Europäischen Union darstellen.“⁹⁴

10.4. Internationale Pressestimmen zum EU-Reformvertrag

Viele internationale Tageszeitungen beschäftigten sich mit der neuen Einigung der EU-Regierungen auf den Reformvertrag. Es dominierte die Erleichterung, dass die Union nun nach jahrelangem Gezerre wieder eine tragfähige Arbeitsbasis bekommen sollte.

⁹³ APA-Online Manager, 19.10. 2007

⁹⁴ Streinz R., Ohler C., Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, München, 2008, S. 143

Die folgenden acht Zeitungsmeldungen sind aus dem APA-Online Manager zusammengetragen und wurden alle am 20. Oktober 2007 veröffentlicht:

"Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (Essen):

"Liebe Leute: Lest bloß nicht diesen sogenannten Europäischen Vertrag. Ihr verliert alle Illusionen. Dieses Dings ist einfach unlesbar. Wer im Kopf Europäer bleiben will, sollte sich mit anderen Sachen beschäftigen, zum Beispiel mit der wunderbaren europäischen Literatur. Auch wer Europa misstraut, wird doch am Ende einsehen: Das Zusammenwachsen der Welt, die immer heftigere Konkurrenz, erfordert mehr, nicht weniger europäische Einheit. Und die nächste Verfassung sollte ein Dichter schreiben."

"Bild-Zeitung" (Hamburg):

"Das umständliche Vehikel Europa gleicht plötzlich einem flotten Roadster mit Allradantrieb. Die Entscheidungen fallen zügiger, die Politik wird demokratischer und bürgernäher, die EU bekommt eine Art Außenminister mit diplomatischem Dienst. Europa hat von nun an, was Henry Kissinger so lange vermisste: eine Telefonnummer. Gewiss: Auch künftig bleibt es eine Herkules-Aufgabe, 27 sehr unterschiedliche Staaten unter einen Hut zu bringen. Die Gemeinschaft ist nach dem Ende der Sowjetunion 1991 unnatürlich schnell gewachsen. Der Vertrag von Lissabon schafft jedoch eine neue Größenordnung in der Welt. Europa bekommt eine kräftigere Stimme, der große Binnenmarkt ein politisches Gewicht. Wenn man überlegt, dass der Kontinent im vergangenen Jahrhundert von zwei Weltkriegen heimgesucht wurde, gleicht dieses Ergebnis fast einem Wunder!"

"Tagesspiegel" (Berlin):

"Unterm Strich bleibt es aber ein gewaltiger Fortschritt, wenn sich die EU jetzt zu Veränderungen durchringt, die vor einem Jahr wohl die wenigsten für möglich gehalten hätten. Galt nicht die EU-Verfassung als tot? Dass sie nun im Gewand eines Reformvertrages ihre Wiedergeburt erlebt, ist nicht zuletzt das Verdienst der deutschen Kanzlerin. Angela Merkel ist es während der deutschen EU-Präsidentschaft gelungen, das Mandat für den Lissabonner Gipfel so vorzubereiten, dass dort nicht mehr allzu viel schiefgehen konnte. Die

Gefahren lauern jetzt woanders: in den Nationalstaaten, wo das Vertragswerk demnächst ratifiziert werden muss."

"Frankfurter Allgemeine Zeitung":

"(...) Das ursprüngliche Ziel, die Handlungsfähigkeit einer Union von 27 oder mehr Mitgliedstaaten zu verbessern, ist damit erreicht: Ein ständiger Präsident des Europäischen Rates und ein europäischer Außenminister (obwohl er mit Rücksicht auf die Briten nicht so heißen darf) werden dafür sorgen, dass die EU sich künftig etwas leichter tut, bei internen Beratungen und bei ihrem schnell wachsenden politischen Engagement in der weiten Welt mit einer Stimme zu sprechen. Der Ministerrat wird auf vielen Gebieten - auch in der Innen- und Rechtspolitik - Mehrheitsentscheidungen treffen können. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und mehr Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung - genau das wünschen sich die meisten Bürger, trotz der weit verbreiteten Skepsis gegenüber mehr Integration. (...)"

"Basler Zeitung":

"Mit Ach und Krach haben sich die EU-Regierungschefs auf die künftige Organisationsform der EU geeinigt. Der Reformvertrag ist kein großer Wurf. Er entspricht dem maximal noch möglichen gemeinsamen Nenner, auf den sich die Regierungen der 27 Staaten nach einem sechs Jahre dauernden Prozedere und im zweiten Anlauf verständigen konnten. Um die skeptischen Bürgerinnen und Bürger von der EU zu überzeugen, eignet sich der komplizierte Text zur Änderung der Verträge denkbar schlecht. Es ist daher kein Wunder, dass sich die Regierungschefs scheuen, ihre Bevölkerung darüber abstimmen zu lassen. (...) Entscheidender als die Frage, ob sie über den Reformvertrag abstimmen kann, ist für die Bevölkerung, welche konkrete Politik die neu organisierte EU betreiben wird."

"Tages-Anzeiger" (Zürich):

"Der Text, auf den man sich am EU-Gipfel geeinigt hat, ist zwar ein unleserliches Flickwerk, aber er hat den Segen aller 27 Staats- und Regierungschefs.(...) Eine Debatte über die Rolle der EU angesichts der Globalisierung sollte am zweiten Gipfeltag den wiedergewonnenen Willen zum Handeln unter Beweis stellen. Die dazu nötigen Instrumente wie etwa der EU-

Außenminister sind mit dem neuen Vertrag geschaffen worden. Die Ausrede, Europa fehle für diese Aufgaben die Verfassung, gilt nicht mehr. Was hingegen noch fehlt, sind politische Inhalte: beispielsweise eine gemeinsame Reformpolitik, die Europa für den immer härteren weltweiten Wettbewerb rüstet, ohne dafür die Errungenschaft des Sozialstaats zu opfern."

"La Libre Belgique" (Brüssel):

"Alle in den Reihen der 27 Staats- und Regierungschefs sind sich einig in der Aussage, dass das Inkrafttreten des Reformvertrags das Räderwerk der Europäischen Union ölen wird, um es demokratischer und wirksamer zu machen. Zwar werden die Befürworter einer stärkeren Integration über den Wegfall der lyrischen Präambel und der Symbole (Flagge, Währung, Hymne...) weinen, die in der europäischen Verfassung erwähnt wurden. Aber trotz der Angriffe der euroskeptischen Staaten wurden die großen Linien des Textes erhalten."

"De Standaard" (Brüssel):

"Jose Socrates, der sozialistische Premier von Portugal und derzeitige EU-Ratsvorsitzende, hat gut gespielt. Er durfte sich die Federn an den Hut stecken für eine Einigung, die vor allem während des deutschen Vorsitzes von Angela Merkel in der ersten Jahreshälfte geformt worden war. (...) Direkt gegenüber Socrates, auf der anderen Seite des Verhandlungstisches in Lissabon, saß der Mann, der wohl der große Verlierer des informellen Gipfels ist: der portugiesische Kommissionsvorsitzende Jose Manuel Barroso. (...) Der Kommissionschef setzte sich auf dem Gipfel nachdrücklich für den Vorschlag des Europäischen Parlaments ein, den neuen permanenten Vorsitzenden nach den Europa-Wahlen zu bestimmen. (...) Während der heftigen Debatten darüber unterstützte Kanzlerin Angela Merkel den Vorschlag von Parlament und Barroso. Aber Gordon Brown, der britische Premierminister, war entschieden gegen die Kopplung. Die Ernennung eines Vorsitzenden des Europäischen Rats ist für ihn eine Sache der Staats- und Regierungschefs."

10.5. Chronologie des Vertrages von Lissabon

„DEZEMBER 2000: In Nizza beschließen die Staats- und Regierungschefs einen EU-Vertrag, der schon bei seiner Verabschiedung als unzureichend gilt.

DEZEMBER 2001: In Laeken bei Brüssel setzt ein EU-Gipfel den Verfassungskonvent ein. Parlamentarier aus den EU-Staaten und Kandidatenländern sollen mit den Regierungen eine Verfassung ausarbeiten, die die EU demokratischer und effizienter macht.

DEZEMBER 2003: Der Verfassungskonvent scheidet in Brüssel. Hauptstreitpunkt ist das Stimmengewicht der einzelnen Mitgliedstaaten in den Ministerräten.

JUNI 2004: Im zweiten Anlauf gelingt die Einigung.

OKTOBER 2004: Feierlicher Verfassungskonvent in Rom. Am Ort der Unterzeichnung der EU-Gründungsverträge von 1957 setzen alle EU-Regierungschefs ihre Unterschrift unter den Vertrag, der 2006 in Kraft sein soll.

MAI 2005: Die Franzosen lehnen die EU-Verfassung in einem Referendum ab.

JUNI 2005: Auch in den Niederlanden fällt die Verfassung bei der Bevölkerung durch. Daraufhin setzt Großbritannien die Vorbereitungen für eine Volksabstimmung aus. Ein EU-Gipfel ruft eine Reflexionsphase aus.

MÄRZ 2007: In der Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Gründung der Europäischen Gemeinschaft verpflichten sich die Staats- und Regierungschefs, die EU "bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen".

JUNI 2007: Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft versucht Bundeskanzlerin Angela Merkel, zentrale Inhalte der Verfassung zu retten. Symbole wie Flagge und Hymne und auch der Titel "Verfassung" werden aber gestrichen.

OKTOBER 2007: Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder einigen sich auf den Vertrag von Lissabon. Nach der Unterzeichnung im Dezember in der portugiesischen Hauptstadt muss er von allen Mitgliedsländern ratifiziert werden und soll 2009 in Kraft treten.

JUNI 2008: Der Vertrag wird in Irland in einem Referendum abgelehnt. Einzig dort war eine Volksabstimmung geplant; sie war dort von der Verfassung vorgeschrieben. Der

Ratifizierungsprozess stockt. Außer dem deutschen prüfen auch das britische und tschechische Verfassungsgericht Klagen gegen die Vereinbarung. Das britische Gericht weist die Einsprüche ab; somit ist der Vertrag durch Großbritannien ratifiziert. Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler legt die Unterzeichnung des Vertrags bis zum Urteil des Verfassungsgerichts auf Eis.

JULI 2008: Nach der Zustimmung in beiden Parlamentskammern schiebt Polens Präsident Lech Kaczynski seine Unterschrift zur Beurkundung der Ratifizierung auf.⁹⁵

11. Irland und der EU-Reformvertrag

11.1. Politische Parteien und Umfragen

Knapp 3 Millionen wahlberechtigte Iren stimmten am 11. Juni 2008 über den EU-Reformvertrag von Lissabon ab. Damit war und ist Irland das einzige von 27 EU-Mitgliedsländern, in welchem das Volk direkt über die Ratifizierung des Vertragswerkes entscheidet. Umfragewerten zufolge war ein knappes Ergebnis vorausgesagt und alle führenden Parteien Irlands befürworteten den Vertrag von Lissabon. Einzig die katholische Sinn Fein hatte sich gegen das Nachfolgewerk der EU-Verfassung ausgesprochen.

Um zu verstehen, wie die Stimmung der Iren dem EU-Reformvertrag gegenüber gekippt ist und sich verändert hat, ist es meinem Erachten nach am anschaulichsten, wenn man die Wochen zuvor medial beleuchtet. Ich habe mich für Printmedien und Tageszeitungen unterschiedlichster Richtungen entschieden. *Die folgenden 33 Zeitungsartikel wurden in den letzten 3 Monaten (April bis Juni 2007) vor der Volksabstimmung in Irland zusammengetragen und sind im Folgenden eins zu eins übernommen bzw. wiedergegeben.* Es wurde versucht ein weites Spektrum an Österreichischen Printmedien mit einzubeziehen. Damit aber nicht der Eindruck entsteht, dass nur auf nationale Bewertung der Lage Wert gelegt wurde, sind natürlich auch internationale Pressestimmen in spätere Kapitel integriert.

⁹⁵ APA-Online Manager, 01.07. 2008

Der Aufbau ist wie folgt:**Zeitung/Datum/Seite****Ressort/ev. Seitendetails****ev. Autor und Land aus dem berichtet wurde*****"Der Standard" vom 02.04.2008******Seite: 7******Ressort: Innenpolitik*****Die EU zittert vor irischem Votum Volksbefragung vermutlich im Juni - sieben Staaten ratifizierten Reformvertrag**

Michael Moravec aus Brüssel

Die repräsentative Umfrage der Irish Times vor vier Monaten löste in Brüssel Angst aus: Nur 25 Prozent der Iren wollten damals für den EU-Reformvertrag - oder Vertrag von Lissabon - stimmen. Allerdings lehnten in der Umfrage nur zwölf Prozent den Vertrag ab, und 62 Prozent hatten noch keine Meinung.

Die Mehrheit dieser Unentschlossenen werde sich nach genauerer Information für den Vertrag entscheiden, hoffen die Politiker in Brüssel und setzen darauf, dass Irland von seinem EU-Beitritt enorm profitiert hat. Lehnen die Iren hingegen den Reformvertrag bei der Volksabstimmung - vermutlich im Juni - ab, bedeutet das für die Union ein völliges Desaster. Denn für diesen Fall gibt es schlicht keinen "Plan B". Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat bereits durchblicken lassen, dass in diesem Fall die gesamte EU in ihrer derzeitigen Form infrage gestellt werden müsse.

Irland ist das einzige Land, in dem per Verfassung eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon vorgeschrieben ist. In allen anderen 26 Mitgliedstaaten ratifiziert das Parlament den Vertrag. In Dänemark war lange umstritten, ob das Volk befragt werden sollte, und auch in Polen schien bis vor kurzem eine Volksabstimmung möglich. Dort forderten die

Kaczynski-Zwillinge eine Ablehnung des noch von ihnen unterzeichneten Vertrages wegen der Grundrechte-Charta. Diese würde Ehen zwischen Homosexuellen ermöglichen, meinte Präsident Lech Kaczynski, worauf Regierungschef Donald Tusk eine Volksabstimmung "androhte". Vergangene Woche gab es schließlich eine Einigung, die vorsieht, dass die Regierung nicht von sich aus auf die Ausnahmen in der Grundrechtecharta, die sich Polen sichern ließ, verzichten kann.

Bisher haben sieben Mitgliedstaaten den Vertrag von Lissabon ratifiziert: Ungarn, Slowenien, Malta, Rumänien, Bulgarien, Polen und Frankreich. Österreichs Parlament wird (siehe auch Geschichte oben) den Vertrag am 9. oder 10. April vermutlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen annehmen.

Bis Jahresende sollen dann alle Mitgliedstaaten über den Vertrag abgestimmt haben, damit er wie geplant am 1. Jänner 2009 in Kraft treten kann. Ablehnungen sind in den Parlamenten nicht zu erwarten.

Mit dem Vertrag müssen dann auch gleich die neuen Spitzenposten des EU-Ratspräsidenten und des EU-Außenministers und Kommissionsvizepräsidenten besetzt werden.

"Der Standard" vom 10.04.2008

Seite: 8

Ressort: Innenpolitik

Von Martin Alioth aus Dublin

Irland läuft sich warm für Referendum

Irland wird im Juni ins Zentrum der EU rücken: Dann halten die Iren als einzige EU-Nation eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag ab. Die Befürworter haben noch die Oberhand, die Gegner dafür einen finanzkräftigen Sponsor.

Heftige Debatten und Taferl-Aktionismus bei der Debatte über den EU-Reformvertrag im Parlament:

Die irische Debatte um die Ratifikation des EU-Vertrags von Lissabon köchelt schon seit Wochen, aber auf kleiner Flamme. Denn obwohl die Regierung den 12. Juni als wahrscheinlichsten Termin für die Volksabstimmung genannt hat, ist das Datum noch nicht offiziell.

Der vergangene Woche angekündigte Rücktritt von Premierminister Bertie Ahern hat ein potenzielles Hindernis aus dem Weg geräumt: Aherns zwielichtige Geldgeschäfte in den 90er-Jahren hätten wohl gewisse Wähler dazu verleitet, gegen den EU-Vertrag zu stimmen, um ihren Missmut über Ahern auszudrücken. Jetzt geht es wieder um die Sache, aber das Ende des irischen Wirtschaftsbooms belastet die Vorlage.

Dabei ist sich die irische Regierung bewusst, dass ein positives Resultat keineswegs unterstellt werden darf. Irland hatte schon 2001 einen EU-Vertrag (Nizza) verworfen, wenn auch mit sehr geringer Wahlbeteiligung. Die Gegner sind weitgehend dieselben geblieben: Sie sorgen sich um die Aushöhlung der irischen Neutralität, und sie befürchten einen Abbau des irischen Einflusses. Das kleine Land wird keinen eigenen Kommissar mehr haben. Nur eine einzige im Partei empfiehlt diesmal die Ablehnung: Sinn Féin, ehemals der politische Flügel der IRA.

Neu ist diesmal, dass die Gegner Geld haben. Der Unternehmer Declan Ganley hat ein Institut (Libertas) als Vehikel für seine Kampagne gegründet. Schon jetzt stehen riesige Plakate am Straßenrand, auf denen Ahern mit dem unbeliebten EU-Kommissar Peter Mandelson zu sehen ist. Ihnen wirft Ganley ein abgekartetes Spiel zulasten der irischen Bauern bei den Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen vor.

Meinungsumfragen ergeben vorläufig noch kein schlüssiges Bild. Die Befürworter haben zwar Oberhand, aber der größte Block sind die Unentschiedenen. Alles wird von den tatsächlichen Themen der Abstimmungsdebatte abhängen und von der Mobilisierung der Befürworter.

Das Problem: der Lissabon-Vertrag enthält keine Zuckerchen. Keinen Binnenmarkt, keinen Euro, keine Osterweiterung. Das bereitet den Befürwortern Kopfzerbrechen. Wenn es ihnen gelingt, die Vorlage in ein Referendum über den Verbleib Irlands in der EU zu verwandeln, sind sie ihre Sorgen los, aber die Gegner wehren sich schon. Es gibt nämlich keine

Gruppierung in Irland, die den Austritt empfiehlt, alle bekennen sich zu Europa. So werden sie argumentieren, Lissabon sei einfach ein schlechter Vertrag, und Irland habe es als einziges Land mit einem Plebiszit in der Hand, die EU vor einem gravierenden Fehler zu bewahren.

"Kurier" vom 17.04.2008

Seite: 4

Ressort: Seite 5

Von Otto Klambauer

In Irland steigt die Hektik vor dem Referendum über den EU-Vertrag

Immer größer wird die Nervosität in Irland, je näher der Termin für das Referendum über den EU-Vertrag am 12. Juni rückt. Irland ist das einzige EU-Land, in dem ein Volksentscheid über den Vertrag von Lissabon zwingend vorgeschrieben ist.

Bei einer Diskussionsveranstaltung über den EU-Reformvertrag wurde nun sogar ein Europa-Abgeordneter attackiert und verletzt. Der irische Ex-Sozialminister Prionsias de Rossa wurde von einer Gruppe von Vertrags-Gegnern verfolgt, beschimpft und zu Boden gestoßen. Er erlitt Schnittwunden.

Der Vorfall zeigt, dass Irlands öffentliches Klima vor dem Referendum immer hektischer wird. Dazu trägt auch die eMail eines britischen Diplomaten bei, deren Inhalt der Dubliner Presse zugespielt wurde: Der Brite informiert darin London über die Strategie Dublins zur Durchführung der Volksabstimmung .

Danach will die irische Regierung das Referendum unbedingt abhalten, noch bevor Frankreich mit Anfang Juli den EU-Ratsvorsitz übernimmt.

Bedenken

Zweifach pikant: Dublin befürchtet, dass Paris das Thema EU-Verteidigung forciert - immerhin war im neutralen Irland bereits der Vertrag von Nizza 2001 wegen Bedenken der Bevölkerung über eine Militär-Union einmal gescheitert. Außerdem hat Dublin offenbar

größere Bedenken über allfällige Spontan-Ideen des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy.

Das aufgeheizte Klima konnte auch der Einsatz der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Dublin für den Vertrag nicht beruhigen. Zumal die Meinungsumfragen ein zwiespältiges Bild ergeben: Laut irischer Zeitung Sun sind 60 Prozent der Iren noch immer unsicher, wie sie am 12. Juni abstimmen sollen.

"Der Standard" vom 28.04.2008

Seite: 1

Ressort: SEITE 1

Irland: EU-Vertrag ungewiss Sinkende Unterstützung für Abstimmung am 12. Juni

Dublin - Neue Umfragen in Irland zeigen, dass die Unterstützung für den EU-Reformvertrag sinkt. Noch vor zwei Monaten gaben 43 der befragten Iren an, bei dem Referendum über den Vertrag von Lissabon am 12. Juni mit "Ja" zu stimmen. Heute sind es nur noch 35 Prozent. 31 Prozent wollen ihn laut der Umfrage der Sunday Business Post ablehnen, sieben Prozent mehr als zuvor. (red)

"Der Standard" vom 28.04.2008

Seite: 1

Ressort: SEITE 1

Irland: Zustimmung für den EU-Vertrag ist im Sinken

Dublin - Neue Umfragen in Irland zeigen, dass die Unterstützung für den EU-Reformvertrag sinkt: Noch vor zwei Monaten gaben 43 von 100 befragten Iren an, bei dem Referendum über den Vertrag von Lissabon am 12. Juni mit "Ja" zu stimmen. Heute sind es nur noch 35 Prozent. 31 Prozent wollen ihn laut der Umfrage der Sunday Business Post ablehnen - sieben Prozent mehr als zuvor.

Sollten die Iren den EU-Vertrag beim Referendum ablehnen, so bedeutet das nicht unbedingt, dass der gesamte Ratifizierung in der Union hinfällig wird. Denkbar wäre, dass

man der irischen Regierung Ausnahmeregelungen anbietet, wie das in der Vergangenheit bereits geschehen ist. (red)

"Die Presse" vom 29.04.2008

Seite: 8

Ressort: Europa

Es wird knapp in Irland

Referendum. Der wirtschaftliche Einbruch, Bauernproteste und mangelnde Information könnten ein Nein zum EU-Vertrag bringen.

Von Wolfgang Böhm

DUBLIN/WIEN. "Ein Nein könnte zu immensem Schaden für Irland führen." Mit starken Worten hat Irlands Noch-Premier Bertie Ahern vor einem negativen Ausgang des Referendums über den neuen EU-Vertrag gewarnt. Als einziges EU-Land stimmt Irland im Juni über den Vertrag per Referendum ab. Und ganz Europa zittert mit.

Seit dem Wochenende zittern die EU-Partner noch etwas stärker. Denn laut jüngster Umfrage der "Sunday Business Post" ist die Zahl der Befürworter des Vertrags um acht Prozent auf nur noch 35 Prozent gesunken. 31 Prozent (+7 Prozent) sind nun gegen den Vertrag, und 34 noch unentschlossen.

Die Gründe für den Einbruch seien vielfältig, heißt es aus Dublin. Da ist zum einen das nahende Ende des Wirtschaftsbooms. Die Nationalbank musste ihre Wachstumsprognose nach unten korrigieren. Nach 5,3% im Vorjahr dürfte die Wirtschaft heuer nur um 2,4% wachsen. Ökonomen sehen den Tag kommen, an dem die Insel gar in die Rezession schlittert.

Freilich ist es heute ein "Jammern auf hohem Niveau", wie ein irischer Wirtschaftsexperte betont. Denn seit Beginn der 90er hat sich die Wirtschaftsleistung fast verdoppelt. Hunderttausende Jobs entstanden. Die Löhne stiegen so wie die Immobilienpreise.

Nun kriegt auch Irland die von Großbritannien herüberschwappende Finanz- und Immobilienkrise zu spüren. Gegenüber der "Financial Times Deutschland" sprechen Immobilienhändler von der "schlimmsten Delle seit zwölf Jahren". Die Preise brechen weg. Und mit ihnen geraten Banken und Baugesellschaften in Turbulenzen.

Boom geht zu Ende

Zum andern wird die EU, die bisher von den Iren weitgehend positiv gesehen wurde, von manchen für das Ende des Booms verantwortlich gemacht. Irland hat stark von EU-Geld profitiert, doch seit der Osterweiterung wird das neu verteilt. Bis 2010 wird das Land vom Nettoempfänger aus dem EU-Haushalt zum Nettozahler werden. Allein die Landwirtschaftsbetriebe sollen, wie Agrarminister Mary Coughlan errechnet hat, seit dem Beitritt 1993 insgesamt 41 Milliarden aus Brüssel erhalten haben.

Nun fürchten aber auch die Bauern Einbußen: Zuletzt gingen sie auf die Straße und forderten die Fortsetzung der Subventionen, sonst würden sie das beim EU-Referendum berücksichtigen. Pdraig Walshe von der Irish Farmers Association brachte die von den WTO-Verhandlungen bedrohten Agrarförderungen mit der Volksabstimmung in Zusammenhang.

Doch es ist nicht nur das ökonomische Klima, das die Stimmung drückt: Die Regierung hat auch verabsäumt, rechtzeitig eine breite Info-Kampagne zum Vertrag zu starten. Premier Ahern beruhigte auf einem Parteitreffen seiner Fianna Fail zwar, dass nun damit begonnen werde. Doch er ist besorgt, ob die Debatte mit dem Volk in Gang kommt. "Das kann nicht gewonnen werden, indem man zu Haus sitzt." Agierten Politik und Interessenvertretungen weiter so lasch, könne das Referendum negativ enden. Die Vertragsgegner, die sogar aus dem Ausland kommen, um Stimmung fürs "No" zu machen, sind jedenfalls schon aktiv.

Fischer unterzeichnet EU-Vertrag

In Österreich hat Bundespräsident Fischer am Montag den EU-Reformvertrag abgeseget. Die Einwände der Gegner hätten "einer Prüfung nicht standgehalten", sagte er in der "ZiB 1". Und: "Europa ist nicht unser Feind." Österreich entwickle mit den anderen Staaten die EU weiter, das sei "sinnvoll und wird uns allen nützen".

In Kärnten lässt das BZÖ offenbar seine Pläne für eine Volksbefragung fallen. Landeschef Jörg Haider will Fischer die Schuld dafür geben: Er habe mit seiner Unterschrift die Volksbefragung "verhindert".

"Salzburger Nachrichten" vom 29.04.2008

Seite: 9

Ressort: Aussenpolitik

Irland entscheidet über den EU-Reformvertrag

Gegner gewinnen Zulauf - Abstimmung in sechs Wochen - Einziges EU-Land mit Referendum

dublin, brüssel (SN, APA). Sechs Wochen vor dem Referendum über den EU-Reformvertrag in Irland hat der scheidende Regierungschef Bertie Ahern vor einem Scheitern der Abstimmung gewarnt. Ein Nein wäre "ein Desaster für das Land" und "würde Irland immensen Schaden zufügen", sagte der Ministerpräsident nach Angaben der Zeitung "Irish Times".

Irland ist das einzige Land unter den 27 EU-Staaten, dessen Verfassung ein Referendum über den EU-Reformvertrag vorschreibt. Befürworter und Gegner des Vertrages liegen laut Umfragen nahezu gleichauf.

Derzeit unterstützen 35 Prozent den EU-Vertrag, 31 Prozent wollen gegen ihn stimmen. Damit ist die Anzahl der Befürworter innerhalb von zwei Monaten um acht Prozentpunkte zurückgegangen, während die Gegner des Vertragswerkes sieben Punkte zulegten.

Die Anzahl der Unentschlossenen bleibt mit 34 Prozent weiterhin hoch. Die Umfrage zeigt auch, dass eine Mehrheit der irischen Bauern den EU-Vertrag ablehnt.

Ahern rief seine Landsleute zur Stimmabgabe und die Regierung zu einer aktiven Kampagne auf, da das Ja-Lager bei einer niedrigen Beteiligung in Schwierigkeiten geraten dürfte. "Die Menschen müssen das ernst nehmen."

In Brüssel sagte Johannes Laitenberger, Sprecher von EU-Kommissionspräsident José Barroso, es gebe "keinen Plan B", sollte die Volksabstimmung in Irland scheitern. Gleichzeitig betonte er, die Kommission wolle die jüngste Umfrage nicht näher kommentieren, da es sich nur um eine "Momentaufnahme mit allen Unsicherheiten" handle. "Die Referendumsentscheidung ist Sache der irischen Bevölkerung. Die Europäische Kommission führt keine Kampagne", betonte Laitenberger. Es sei aber wichtig, dass sich die Debatte um den Vertrag selbst drehe, und nicht um Themen, die nichts damit zu tun hätten. Am wichtigsten sei, dass sich die Menschen an der Volksabstimmung beteiligten. Der derzeit geltende EU-Vertrag von Nizza war von den Iren im Jahr 2002 erst im zweiten Anlauf angenommen worden. Damit der Reformvertrag wie geplant am 1. Jänner 2009 in Kraft treten kann, muss er vorher in allen 27 EU-Staaten ratifiziert werden.

Bisher wurde der Vertrag in elf EU-Ländern, darunter in Österreich und Deutschland, von den nationalen Parlamenten ratifiziert. In Österreich ist noch die Unterschrift von Bundespräsident Heinz Fischer ausständig.

"Die Presse" vom 15.05.2008

Seite: 6

Ressort: Europa

Irland: Schlacht um EU-Vertrag beginnt

REFERENDUM. Vor allem die Befürworter, aber auch die Gegner des Lissabon-Vertrags investieren Millionen in ihre Kampagnen für die Volksabstimmung am 12. Juni.

Von Wolfgang Böhm und Regina Pöll

DUBLIN/WIEN/BRÜSSEL. Für Brian Cowen ist es die erste große Bewährungsprobe. Der neue irische Premier hat sich persönlich in die Schlacht für ein Ja zum EU-Vertrag geworfen. Bis zum 12. Juni, wenn Irlands Bevölkerung als einzige in Europa über den neuen EU-Vertrag direkt abstimmt, will Cowen nichts dem Zufall überlassen. Seine Regierung hat eine eigene Referendums-Kommission ins Leben gerufen. Ihre Kasse ist mit fünf Millionen Euro

gut gefüllt. Auch das Außenministerium steht nicht hintan: Ihm steht eine fast ebenso hohe Summe für Auskünfte über den Reformvertrag zur Verfügung.

Mit diesem Geld soll die Bevölkerung informiert werden - völlig unparteiisch, so heißt es offiziell. Experten und Beobachter würden streng über das Informationsmaterial wachen, das die Referendums-Kommission sowie das Außenministerium verlassen, betont man auf irischer Seite. Doch der Regierung geht es natürlich in erster Linie darum, die Vorzüge des Lissabon-Vertrags zu vermitteln. Immerhin will man nicht der Sündenbock sein, indem die eigene Bevölkerung das von vielen EU-Staaten bereits ratifizierte Vertragswerk scheitern lässt.

In diesen Tagen beginnt die Verteilung von zwei Millionen Taschenbüchern, die den komplizierten Rechtstext erklären. Darüber hinaus wird es TV- und Radiospots, Veranstaltungen und weiteres Informationsmaterial geben.

Cowen warnte die Bevölkerung zum Start der Kampagne, mit einer Ablehnung des Vertrags die Grundlage für eine erweiterte Union zu zerstören. Es gehe um die Verantwortung gegenüber allen neuen Mitgliedsländern, die wie Irland das Recht hätten, von der EU zu profitieren. "Soll Irland am 12. Juni das Signal senden: Wir sind egoistische Menschen?"

Die Entscheidung ist freilich noch offen. Laut einer neuen Umfrage von "Redc Research" wollen zwar 38 Prozent mit "Ja" stimmen und nur noch 28 Prozent mit "Nein". Zuvor lag das Verhältnis bei 35 zu 31 Prozent. Ein Unsicherheitsfaktor bleiben aber nach wie vor die mittlerweile 34 Prozent Unentschlossenen.

Dass sich die Regierung die Kampagne so viel kosten lässt, hat bereits Kritik ausgelöst. Die EU-Kommission in Brüssel dementiert Gerüchte, sie sei finanziell an der irischen Informationsoffensive beteiligt. "Wir mischen uns nicht in nationale Wahlkämpfe ein", so Kommissionssprecher Johannes Laitenberger im Gespräch mit der "Presse". Doch werde natürlich auch von der EU Material zur Verfügung gestellt. Dieses werde über die Vertretung der Kommission in Dublin verteilt. Immerhin zählt die EU-Kommission als Hüterin des EU-Rechts zu den stärksten Verfechtern des Reformvertrags.

Die Kommissionsvertretung in Irland wird mit mehreren Millionen aus dem EU-Budget finanziert. Das reicht von der Miete bis zum Personal. Eine Anhebung der Summe in diesem Jahr wäre aber "keineswegs" auf den Lissabon-Vertrag zurückzuführen, betont ein Sprecher von Margot Wallström, der Kommissarin für Kommunikation. Genaue Zahlen waren am Mittwoch nicht zu erfahren. Auf dem Programm der Vertretung in Irland stehen laufend Symposien und Diskussionen. Top-Thema dabei ist der Reformvertrag.

Auch die Vertragsgegner haben sich finanziell gerüstet. Der erfolgreiche irische Geschäftsmann Declan Ganley soll laut Medienberichten eine Million Euro in die Nein-Kampagne investiert haben. Er hat die Denkfabrik "Libertas" ins Leben gerufen, über die auch der Informationskampf um das Referendum abgewickelt werden soll. Ganley warnt vor einem Verlust an Mitsprache in Brüssel. Der Vertrag sei ein schlechtes Geschäft für Irland.

Gegner: Hilfe aus dem Ausland

Auch die nationalistische Partei Sinn Fein brachte sich zum Referendums-Showdown in Stellung. Sie startete eine eigene Kampagne, um gegen den aus ihrer Sicht zu weit gehenden EU-Vertrag Stimmung zu machen. Über das Budget von Sinn Fein ist nichts bekannt, doch dürfte es nicht an jenes von Ganley heranreichen. Hilfe erhalten die Vertragsgegner auch aus anderen EU-Ländern. So wollen sich die Rechtsparteien im EU-Parlament, darunter die französische Front National, direkt in den Abstimmungskampf einschalten.

"Der Standard" vom 23.05.2008

Seite: 5

Ressort: Außenpolitik

Brüssel zittert: "Es kann keinen Plan B geben" Ein Nein zum Reformvertrag gilt schlicht als "undenkbar"

Michael Moravec aus Brüssel

Johannes Laitenberger, Sprecher von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, schließt ihn ebenso aus wie EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering und ziemlich lückenlos alle Spitzendiplomaten in

Brüssel: Den geheimnisumwitterten "Plan B" für den Fall, dass die Iren am 12. Juni Nein zum Vertrag von Lissabon sagen, den gibt es nicht.

Bereits 2001 bereiteten die Iren der EU eine ziemliche Überraschung, als sie den Vertrag von Nizza ablehnten, in dem die Stimmgewichte in der Union neu geregelt wurden. Der Vertrag wurde daraufhin ein wenig adaptiert, einige Protokolle räumten Irland Sonderrechte ein, und im Oktober 2002 stimmten die Iren ein zweites Mal ab. Diesmal nahmen sie den Vertrag an.

Dieser Weg sei nicht noch einmal zu beschreiten, meinen hohe Diplomaten in Brüssel. Der Vertrag von Nizza sei verhältnismäßig leicht aufzuschnüren gewesen, während der Reformvertrag oder Vertrag von Lissabon ein komplexes Konstrukt sei, das man nicht nochmals öffnen könne, da sonst auch andere Staaten sofort wieder Sonderwünsche anmelden würden. Darüber hinaus wäre es ein inakzeptables Signal, solange abzustimmen, bis das "richtige" Ergebnis herauskomme. Das würde auch die irische Regierung nicht zulassen.

Der irische Europaminister Dick Roche hat sich bereits festgelegt: Egal, wie die Abstimmung ausgehe, es werde keine zweite Abstimmung geben. Die Gefahr einer Ablehnung sei nicht riesig, aber sicher sei ein Ja keinesfalls, so der Minister. Irland hat zwar enorm von der EU profitiert, doch das Beispiel Nizza zeigt, dass das keine automatische Zustimmung bedeuten muss. "1972 erwirtschafteten wir nur 60 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Europa, heute sind es 144 Prozent", sagte Roche.

Ein tiefer Schnitt

"Es gibt einen Plan B. Allerdings läuft der schon, es ist der Reformvertrag", meint ein Landesvertreter in Brüssel. Der Reformvertrag sei ja bereits die "Reparatur" der von Franzosen und Niederländern abgelehnten Verfassung. Sollte nun ein drittes Land "Nein" sagen, könne man nicht so weitermachen wie bisher. Dann müsste ein tiefer Schnitt erfolgen.

Wie der allerdings aussehen könnte, darüber will man in Brüssel nicht einmal spekulieren. "Die Iren werden zustimmen, alles andere ist undenkbar", heißt es fast gleichlautend. Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat bereits zu Jahresbeginn angedeutet, wohin es

gehen sollte, wenn die Iren "Nein" sagen: " Dann steht die gesamte EU in ihrer derzeitigen Form zur Diskussion."

"Der Standard" vom 23.05.2008

Seite: 5

Ressort: Außenpolitik

Von Martin Alioth aus Dublin

Irland kämpft um Ruf in Europa

Vor dem Referendum über den EU-Reformvertrag wächst in Irland die Nervosität. Die Befürworter erinnern an die traditionelle Europafreundlichkeit, die Gegner appellieren an die Angst vor zu viel Bürokratie.

Die 51-jährige Lehrerin Anne nimmt willig ein Falblatt entgegen, in dem die irische Regierungspartei Fianna Fáil die Vorteile des EU-Reformvertrags von Lissabon erläutert. Anne weiß noch nicht, wie sie sich am 12. Juni, wenn Irland die einzige Volksabstimmung unter den 27 EU-Mitgliedsländern abhält, entscheiden wird.

Wie hat sie denn 2001, als der Nizza-Vertrag bei geringer Wahlbeteiligung verworfen wurde, gestimmt? "Beide Male Ja", sagt die blonde Frau - denn Irland musste ein Jahr später nochmals zur Urne. Darf man daraus schließen, dass sie auch diesmal zustimmen wird? "Nein", versetzt sie heftig. "Ich bin sehr vorsichtig." Vorläufig verfüge sie über zu wenig Information, aber grundsätzlich halte sie die Idee einer europäischen Verfassung für übertrieben.

Drei Wochen vor dem Tag des Referendums kommt die Kampagne der Vertragsbefürworter allmählich in Schwung. Der neue irische Premier Brian Cowen hat ein positives Resultat zu seiner höchsten Priorität erklärt. Deshalb steht jetzt ein moderner Bus im Schatten des Dubliner Finanzzentrums. "Vote Yes. Good for Ireland. Good for Europe" steht darauf in riesigen Lettern. Ein halbes Dutzend Studenten aus der Jugendorganisation der Partei, Ogra Fianna Fáil, verteilen die Flugblätter.

Die junge Anwältin Niamh Muldoon beaufsichtigt die Gruppe. Sie sitzt im Exekutiv-Ausschuss der Partei und wird wohl dereinst fürs Parlament kandidieren. "Wir wollen unseren guten Ruf in Europa wahren", sagt sie eindringlich, um ihre positive Einstellung zum Vertrag zu begründen. "Irland hat schon immer in einer höheren Gewichtsklasse geboxt", fügt sie hinzu, um Argumente zu entkräften, dass das Gewicht der kleinen Republik im EU-Ministerrat nun sinken werde.

Mehrfach wird Kritikern auch entgegengehalten, der Vertrag von Lissabon sei schließlich das geistige Kind irischer Beamter und des eben zurückgetretenen irischen Premierministers Bertie Ahern. Der hatte in der Tat 2004 die Europäische Verfassung aus dem Taufbecken gehoben. Lissabon sei ja zu 95 Prozent damit identisch.

Ein rothaariger Medizinstudent diskutiert ruhig und ernst. Er habe den Vertrag gelesen. Künftig werde es kein Referendum mehr brauchen, Lissabon sei die letzte Chance, behauptet er. Ciaran Bulger, Angestellter eines Europa-Abgeordneten von Fianna Fáil, kommt ins Schleudern: Er sei kein Jurist, aber er vertraue den Politikern. Der 22-jährige Peter lässt nicht locker: Er sei ganz zufrieden mit dem geltenden institutionellen Gleichgewicht in der EU, er wolle keine politische Union, er wähle schließlich 166 irische Parlamentarier. Kaum überraschend kommt die Auskunft, er werde Nein stimmen.

Elegant und geschmeidig fährt Luas, die neue Trambahn Dublins, vor und spuckt Passagiere aus. Dahinter erheben sich die Glaspaläste internationaler Banken, die ihre Portfolio-Geschäfte nach Dublin verlagert haben, um von der niedrigen Körperschaftssteuer zu profitieren. Das irische Wirtschaftswunder der vergangenen 15 Jahre, das ohne die europäische Klammer nicht denkbar gewesen wäre, lässt sich hier mit Händen greifen.

Weitverbreitete Zweifel

Die Iren sind auch nicht undankbar. "Ich stimme mit Ja, weil es um Europa geht", versetzt der 27-jährige Banker Michael atemlos und rennt weiter zum Connolly-Bahnhof, um seinen Pendlerzug zu erwischen. Kaum jemand in Irland ist gegen Europa oder die EU schlechthin, gewiss keine Partei. Aber trotzdem sind die Zweifel an dem Vertrag weit verbreitet. Der zeitweilige Verlust des eigenen EU-Kommissars schmerzt ein kleines Land besonders, alte

Bedenken um die - ohnehin angeschlagene - irische Neutralität werden wieder aufgewärmt. Ja sogar die Angst, Europa könnte das irische Abtreibungsverbot aufweichen, wird geäußert.

Meinungsumfragen bilden diese Unsicherheiten ab. Zwischen einem Drittel und 45 Prozent der Befragten sind noch unentschieden, beim Rest überwiegen die Befürworter. "Das Hauptproblem", gesteht Abgeordneten-Assistent Ciaran Bulger, sei folgendes: "Wir müssen den Befürwortern einen Grund geben, tatsächlich zur Urne zu gehen. Es gibt ja keine Belohnung." Seine Analyse ist unwiderlegbar - alles hängt von der Wahlbeteiligung ab, und bei diesem Vertrag, der sich erneut ausführlich mit den Innereien der EU beschäftigt, sind die Leute nicht so einfach zu motivieren.

"Österreich" vom 28.05.2008

Seite: N16, N17

Ressort: Außenpolitik

Iren als Richter über EU-Vertrag

Die Iren entscheiden am 12. Juni über den Reformvertrag. Die Gegner machen mobil.

Dublin. Zwei Wochen vor dem einzigen Referendum über den EU-Reformvertrag in Irland am 12. Juni haben europaweit Vertragsgegner die Iren aufgefordert, gegen die Annahme des Vertrages zu stimmen.

In Irland rechnet man trotz einer immer intensiveren Kampagne der Gegner damit, dass die Bevölkerung mehrheitlich für den EU-Reformvertrag stimmen wird. Laut der letzten Umfrage liegt die Zahl der Befürworter bei 41 Prozent, drei Prozentpunkte mehr als noch vor zwei Wochen. Doch auch die Gegner sind im Aufwind: 33 Prozent wollen sich gegen den Vertrag von Lissabon aussprechen, das sind um fünf Prozentpunkte mehr als bei der letzten Umfrage. 26 Prozent haben sich noch nicht entschieden.

Irland ist das einzige EU-Land, in dem per Referendum entschieden wird. In allen anderen Staaten entscheiden die Parlamente oder Regierungen, ob sie den Reformvertrag von Lissabon annehmen.(red)

"Die Presse" vom 04.06.2008

Seite: 5

Ressort: Europa

Dunkler Schatten über dem Irland-Referendum

EU-Vertrag. Die Krise der irischen Wirtschaft drückt vor der EU-Volksabstimmung auf die Stimmung der Wähler.

Von unserem Korrespondenten AXEL REISERER

London/Dublin. Kein Land der Eurozone hat in den vergangenen Monaten so sehr unter der Krise der US-Wirtschaft gelitten wie Irland. Der "keltische Tiger" lahmt dieser Tage an allen vier Beinen. Wenige Tage vor der Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag wirft die düstere Wirtschaftslage lange Schatten über die grüne Insel.

Für heuer rechnen Experten aktuell nur mehr mit einem Wachstum von 2,0 Prozent, ein gewaltiger Einbruch gegenüber mehr als fünf Prozent im Jahr 2007. Erst 2010, so sind sich alle einig, wird die irische Wirtschaft wieder in einem Ausmaß zulegen wie in den letzten 15 Jahren, als durchschnittlich fast vier Prozent pro Jahr erreicht wurden.

Weil die Banken Kredite wesentlich zurückhaltender vergeben als noch vor Monaten, ist der Boom der Baubranche zu einem Ende gekommen. Wurden am Höhepunkt vor zwei Jahren noch 90.000 Wohneinheiten fertiggestellt, werden es dieses Jahr höchstens die Hälfte sein. Im ersten Quartal 2008 fiel die Zahl der neubezogenen Wohnungen um 63 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ein anderes Bein, auf dem der keltische Tiger zum Sprung anzusetzen pflegte, war der Inlandskonsum. Doch nachdem das Vertrauen der Verbraucher auf den niedrigsten Stand seit 1992 gefallen ist, klagt der Handel über massive Einbrüche. "Es ist die Zeit, den Gürtel enger zu schnallen", sagt David Crumm, Chef der Anglo Irish Bank.

Hohe Rohstoff- und Lebensmittelpreise treiben die Inflation in die Höhe, mit 3,5 Prozent wird sie heuer weit über dem EZB-Zielwert von 2,0 Prozent liegen. Der gegenüber US-Dollar

und britischem Pfund so starke Euro macht irische Exporte, das dritte Bein des Tigers, weniger wettbewerbsfähig. Unternehmen wie der US-Computerhersteller Dell reagieren bereits mit Entlassungen. Für heuer wird eine Arbeitslosenquote von bis zu sechs Prozent befürchtet. Von der Vollbeschäftigung als viertes Standbein ist man wieder weit entfernt.

Mehr oder weniger EU?

Aus der düsteren Lage ziehen Befürworter und Gegner des EU-Vertrags diametral entgegengesetzte Schlüsse. Regierung, Opposition (mit Ausnahme von Sinn Fein) und Unternehmervverbände weisen daraufhin, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht nur aus dem einstigen Armenhaus eine blühende Insel gemacht, sondern auch die einst fehlende Stabilität geschaffen hat. Die Regierung räumt ein, dass sich die Lage verschlechtert hat, will aber etwa an ehrgeizigen Infrastrukturinvestitionen von 184 Milliarden Euro in den nächsten sieben Jahren festhalten. Das ist nicht völlig ausgeschlossen: Im Gegensatz zum Nachbarn Großbritannien haben sowohl Staat als auch Kommerzbanken gesunde Rücklagen.

EU-Skeptiker hingegen erklären den Euro zum Symbol dafür, wie Irland mit dem EU-Vertrag weitere Souveränität verlieren würde. So wie die Nationalbank in Dublin heute keine Mittel mehr hat, die Konjunktur zu beeinflussen, so würden die angeblichen "60 Vetos, die wir mit dem Lissabon-Vertrag verlieren" die irische Politik weitgehend entmachten, meint etwa der Milliardär Ulick McEvaddy, der mit seinem Vermögen einen Gutteil der Kampagne des Nein-Lagers finanziert.

Gewerkschaft und Bauern machen mobil

Von den Interessenverbänden sind es vor allem die Gewerkschaften und die Landwirte, die gegen den EU-Vertrag mobil machen. Dabei nutzt Bauernbundpräsident Pdraig Walshe die Furcht vor einem "Nein" bei der Volksabstimmung am 12. Juni zur Erpressung der Regierung in der Doha-Runde der Welthandelsorganisation. Die irischen Landwirte bekämpfen alle Liberalisierungsvorschläge aus Brüssel vehement, Walshe sagt: "Wir können den EU-Vertrag nicht unterstützen, wenn gleichzeitig europäische Politiker unsere Lebensgrundlagen zerstören."

"Der Standard" vom 07.06.2008

Seite: 1

Ressort: SEITE 1

Irland: Gegner des EU-Vertrags in Führung

Dublin - Knapp eine Woche vor der Volksabstimmung über den Reformvertrag in Irland zeichnet sich ein Nein ab: Mit 35 zu 30 Prozent sind die Vertragsgegner erstmals in Führung gegangen, geht aus der neuesten Umfrage für die renommierte Tageszeitung Irish Times hervor. Sie legten innerhalb von drei Wochen um 17 Prozentpunkte zu, während das Lager der Vertragsbefürworter um fünf Prozentpunkte schrumpfte.

Den Vertragsbefürwortern bleibt noch bis Donnerstag Zeit, um die Iren vom Lissabon-Vertrag zu überzeugen. Das Land hat bereits den geltenden Vertrag von Nizza erst im zweiten Anlauf im Oktober 2002 angenommen. Die Initiative "Rettet Österreich" appelliert dagegen an die Iren, mit Nein zu stimmen. (red) Seite 3

"Der Standard" vom 07.06.2008

Seite: 3

Ressort: Außenpolitik

Von Martin Alioth aus Dublin

Der irische Daumen zeigt nach unten

Kurz vor der Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag in Irland liegen die Gegner in Umfragen erstmals vorn. Die Regierung hat noch bis Donnerstag Zeit, den Trend zu brechen.

Donnerschlag von der "Alten Dame", wie die renommierte irische Tageszeitung Irish Times liebevoll genannt wird: Am Freitag veröffentlichte das Blatt die erste Meinungsumfrage, die erstmals eine klare Mehrheit gegen eine europäische Vorlage ergeben hat. 35 Prozent wollen am nächsten Donnerstag gegen die Ratifikation des EU-Reformvertrags von Lissabon stimmen, nur 30 Prozent dafür, und mehr als ein Drittel bleibt unentschlossen. Im Verlauf von

lediglich drei Wochen haben die Gegner 17 Prozentpunkte zugelegt, also ihren Anteil praktisch verdoppelt.

Die Zeitung stellte nur trocken fest, es gebe kein Vorbild für die Umkehr eines derartigen Trends in der letzten Woche. Bevor Irland im Jahre 2001 den EU-Vertrag von Nizza ablehnte, hatte die letzte Umfrage der Irish Times noch eine deutliche Zustimmung ergeben.

Irlands Buchmacher hatten einen guten Riecher: Sie stuften die Chancen einer Zustimmung schon am Donnerstag zurück. Irlands grösster Buchmacher, Paddy Power, senkte die Quoten für eine Ablehnung des Vertrages drastisch von 5/1 auf 3/1.

Die Widerborstigkeit der irischen Wählerschaft ist indessen erklärungsbedürftig. Schließlich hat das kleine Land in den letzten 35 Jahren rund 40 Milliarden Euro netto aus den Brüsseler Kassen erhalten und seit den Neunzigerjahren einen beispiellosen Wirtschaftsaufschwung erlebt.

Umfragen zeigen konsequent, dass die Iren zu den begeisterten Europäern gehören; es gibt letztlich keine Gruppierung, die den Austritt aus der EU auch nur erwägt. Die Zugehörigkeit zum europäischen Verbund erlaubte den Iren außerdem, aus dem britischen Windschatten herauszutreten, was einen entscheidenden Einfluss auf die friedliche Lösung des Nordirlandkonflikts ausübte. Folgerichtig setzen sich auch sämtliche im irischen Parlament vertretenen Parteien für die Annahme des neuen EU-Vertrags ein, mit Ausnahme der kleinen Sinn-Féin-Partei.

Die neueste Umfrage fragt auch nach den Motiven der Gegner. 30 Prozent begründen ihre Ablehnung mit ihrer eigenen Ignoranz. Sie wüssten nicht, worum es gehe. Weitere 24 Prozent sorgen sich um Irlands Einfluss und Identität. Man darf unterstellen, dass sie beispielsweise gegen den zeitweiligen Verlust des eigenen EU-Kommissars sind und die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat ablehnen. 22 Prozent befürchten die Aushöhlung der irischen Neutralität, während 17 Prozent das unangenehme Gefühl haben, von den Befürwortern erpresst zu werden.

Der jüngste Schnappschuss der öffentlichen Meinung hat zwei offensichtliche Schwachstellen: Zum einen ist die Zahl der Unentschiedenen noch immer ungewöhnlich hoch

- Spielraum für die großen Parteien, zumal die Neinstimmen ja angeblich nicht als Nasenstüber für eine unpopuläre Regierung gedacht sind.

Zum zweiten behaupten 82 Prozent, sie wollten "ziemlich sicher" an die Urne gehen. Das ist höchst unglaubwürdig. 2001 nahmen sich bloß 34 Prozent die Mühe, ihrer Bürgerpflicht nachzukommen. Ein Jahr später, als der Nizza-Vertrag doch noch akzeptiert wurde, kamen 49 Prozent.

Die Befürworter ließen sich lange Zeit, ernsthaft mit ihrer Kampagne zu beginnen. Der unfreiwillige Rücktritt von Premierminister Bertie Ahern wegen zwielichtiger Geldgeschäfte lenkte die Aufmerksamkeit seiner Fianna-Fáil-Partei vom Referendum ab. Als der neue Regierungschef, Brian Cowen, endlich die Ärmel hochkrempelte, hatten sich die Argumente der Gegner schon eingenistet. Kritiker werfen ihm ohnehin vor, den Lissabon-Vertrag nur halbherzig zu unterstützen.

Die Gegnerschaft ist alles andere als homogen; sie spannt sich von stockkonservativen Katholiken, die in jedem Referendum einen heimlichen Anschlag auf das irische Abtreibungsverbot wittern, bis hin zu linken Gewerkschaftern, die sich vor der überbordenden Wettbewerbspolitik der EU fürchten.

Neu ist diesmal der Einsatz des finanzstarken Unternehmers Declan Ganley, der eigens für diese Kampagne das Institut Libertas gegründet hat. Er fordert nun die Beibehaltung des irischen Kommissars und ein Zusatzprotokoll, das die irische Körperschaftssteuer von 12,5 Prozent garantiert.

Sinn Féin, ehemals der politische Flügel der IRA, empfiehlt als einzige parlamentarische Partei die Verwerfung. Nicht ganz überzeugend behauptet die Bannerträgerin der Kampagne, die Europa-Abgeordnete Mary Lou McDonald, Irland könne anschließend einen besseren Vertrag aushandeln.

Das bevorstehende Referendum ist das sechste Europa-Plebiszit in Irland seit 1987. Selbst der Altvater der europäischen Integration in Irland, der ehemalige Premierminister Garret FitzGerald, seufzt im Gespräch, damit solle es nun aber genug sein.

Der aufgeweckte Kolumnist der Irish Times , Fintan O'Toole, formulierte unlängst das Paradoxon dieser Abstimmung: Nur ein Ja könne die ungesunde Nabelschau der Europäischen Union beenden; anschließend könne man sich vielleicht den sachlichen Problemen Europas zuwenden. Aber es scheint im Moment unwahrscheinlich, dass die irische Wählerschaft sich von derartigen Argumenten überzeugen lässt.

"Salzburger Volkszeitung" Nr. 132/08 vom 07.06.2008 Seite: 14

Ressort: Ausland

EU-Reformvertrag könnte an Irland scheitern

DUBLIN - Drei Jahre nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung steuert die Europäische Union auf ein neuerliches Abstimmungsdebakel zu. Einer gestern veröffentlichten Umfrage zufolge droht die Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag in Irland am kommenden Donnerstag zu scheitern.

Mit 35 zu 30 Prozent sind die Vertragsgegner erstmals in Führung gegangen, berichtete die "Irish Times". Sie legten innerhalb von drei Wochen um 17 Prozentpunkte zu, während das Lager der Vertragsbefürworter um fünf Prozentpunkte schrumpfte. Die Vertragsbefürworter zeigten sich am Freitag trotz des Einbruchs der Umfragewerte zuversichtlich, die Stimmung bis zum Referendum noch drehen zu können. Sie wiesen darauf hin, dass die aktuelle Umfrage am Dienstag und Mittwoch durchgeführt wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurde in Irland heftig über die EU-Position in den Welthandelsgesprächen debattiert, die einheimischen Bauern schaden könnte. Premier Brian Cowen verpflichtete sich daraufhin, negative Auswirkungen für die Bauern nötigenfalls mit einem Veto in Brüssel zu verhindern. Außenminister Michael Martin räumte ein, dass unter den Iren eine Woche vor der Abstimmung "viel Verwirrung" über den EU-Vertrag herrsche. Tatsächlich sind laut der Umfrage 27 Prozent der Iren noch unentschlossen, und von den Vertragsgegnern begründen die meisten ihre Ablehnung damit, dass sie nicht wüssten, worum es bei dem Vertrag überhaupt gehe, berichtete die "Irish Times".

15 der 27 EU-Staaten, darunter Österreich, haben den EU-Reformvertrag bereits ratifiziert. Nur in Irland wird eine Volksabstimmung darüber durchgeführt, weil dies von der Verfassung so vorgeschrieben ist.

"Wiener Zeitung" Nr. 112 vom 07.06.2008

Seite: 1

Ressort: Titelseite

Von Alexander U. Mathé

Irland und EU: Nein-Mehrheit löst Panik aus

Dramatischer Stimmungsumschwung beunruhigt Europa. Vertrag von Lissabon vor endgültigem Ende?

Dublin. Drei Jahre nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung steuert die EU auf ein neuerliches Abstimmungsdebakel zu. Laut einer zuletzt veröffentlichten Umfrage droht Irland den EU-Reformvertrag mit einer Ablehnung beim Referendum am Donnerstag zu Fall zu bringen. Mit 35 zu 30 Prozent sind die Vertragsgegner erstmals in Führung gegangen, berichtete die "Irish Times".

Die Gegner legten in drei Wochen um 17 Prozentpunkte zu. Die irische Regierung bläst daher zum Generalangriff: "Wir werde in jedem Einkaufszentrum und vor jedem Kirchentor für ein Ja zum Vertrag werben", sagte Europastaatssekretär Bick Roche. 5

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 07.06.2008

Seite: 13

Ressort: Seite 1

Europas Politiker zittern vor dem Referendum in Irland

DUBLIN. Die Nervosität in der EU steigt: Knapp eine Woche vor der Volksabstimmung in Irland sind die Gegner des EU-Reformvertrags in Führung gegangen. Sie könnten die gesamte EU-Reform zerstören.

35 Prozent der Befragten sprachen sich in der gestern von der "Irish Times" veröffentlichten Umfrage gegen den Vertrag aus und nur 30 Prozent dafür.

Sollte tatsächlich eine Mehrheit der Iren am Donnerstag mit "Nein" stimmen, so wäre das mühsam ausgehandelte Reformwerk praktisch zerstört. Denn in Kraft treten kann der EU-Vertrag von Lissabon nur, wenn er in allen 27 EU-Staaten ratifiziert wird. Theoretisch könnte das Referendum in Irland zwar wiederholt werden. Doch die Rufschädigung für den Vertrag wäre so groß, dass der Ratifizierungsprozess endgültig scheitern dürfte.

Die meisten Politiker ziehen es deshalb vor, sich ein solches Szenario gar nicht erst auszumalen. Die irische Regierung hat jedenfalls "keinen Plan B" für den Fall eines Scheiterns.

15 der 27 EU-Staaten, darunter Österreich, haben den Reformvertrag bereits ratifiziert. Nur in Irland wird ein Referendum durchgeführt.

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 07.06.2008 *Seite: 17*

Ressort: Politik

Ein "Nein" der Iren wäre dramatisch

DUBLIN. Offiziell haben die Politiker keinen Plan. Doch sollten die Umfragen stimmen und die Iren beim Referendum am Donnerstag tatsächlich "nein" zum EU-Reformvertrag sagen, dann sind folgende drei Szenarien möglich.

1Wiederholung: Da der mühsam ausverhandelte Vertrag von Lissabon nur in Kraft treten kann, wenn er in allen 27 EU-Staaten ratifiziert wird, könnte die EU darauf drängen, das Referendum in Irland Ende des Jahres zu wiederholen. Die irische Regierung könnte bis dahin eine Info-Kampagne starten und in Brüssel ein paar kleine Vertragsänderungen durchsetzen. Stimmen die Iren dann in einem zweiten Anlauf zu, könnte der EU-Vertrag mit geringer Verzögerung bereits Mitte oder Ende 2009 in Kraft treten.

2 Ausschluss: Sagen die Iren aber ein zweites Mal "nein", wird es sicher kein weiteres Referendum geben. Wahrscheinlicher ist, dass die anderen 26 EU-Mitglieder Irland zum Austritt aus der EU bewegen. Denn Dublin stünde der europäischen Institutionenreform im Weg. Schwierig wird ein Ausschluss aber dadurch, dass Irland zur Eurozone gehört. Es wäre nur schwer denkbar, dass die Insel zwar nicht mehr zur EU gehört, aber weiter den Euro verwendet. Wahrscheinlicher ist es daher, dass Irland nur in der Wirtschafts- und Währungsunion bleibt, politisch aber aussteigt. Dieser Schritt wäre juristisch sehr kompliziert. Außerdem ist fraglich, ob alle 27 EU-Staaten dem zustimmen.

3 Kerneuropa: Die EU-Mitglieder haben jahrelang an dem Reformvertrag gearbeitet und wollen ihn daher nicht zerstört sehen. Statt zu einem Ausstieg der Iren aus der EU könnte es daher zu einem "Kerneuropa" aus anderen Mitgliedern wie Frankreich oder Deutschland kommen: Der bisherige Vertrag von Nizza würde in Kraft bleiben, die EU also nach den Regeln funktionieren, die schon vor der Osterweiterung galten.

Fazit: Egal, welches Szenario eintritt: Die Folgen eines irischen "Nein" wären jedenfalls für ganz Europa dramatisch. Denn dann wäre klar bewiesen, dass Europa zerstritten und nur bedingt handlungsfähig ist.

"Neues Volksblatt" vom 07.06.2008

Seite: 6

Ressort: Außenpolitik AP

Irland-Referendum wird Zitterpartie: Gegner des EU-Vertrages erstarken

Wenige Tage vor dem einzigen Referendum über den EU-Reformvertrag sind in Irland die Gegner einer Umfrage zufolge in Führung gegangen. Wie die "Irish Times" am Freitag berichtete, wollen 35 Prozent am 12. Juni mit "Nein" und nur 30 Prozent mit "Ja" stimmen. Demnach haben die Gegner im Vergleich zu einer früheren Umfrage 17 Prozentpunkte zugelegt, während die Befürworter fünf Punkte einbüßten. Während in allen 26 anderen EU-Staaten die Parlamente oder Regierungen den Reformvertrag ratifizieren, ist Irland das einzige EU-Land, in dem dies per Referendum entschieden wird.

"Die Presse" vom 09.06.2008

Seite: 4

Ressort: Ausland

IRLAND

". . . wird das Ergebnis eine Katastrophe"

Vor der Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag ist das Rennen völlig offen.

von Axel Reiserer

DUBLIN. Vier Tage vor der Volksabstimmung in Irland über den EU-Reformvertrag ist das Rennen völlig offen. Nachdem am vergangenen Freitag eine Umfrage der angesehenen "Irish Times" erstmals die Gegner des Vertrags mit 35 Prozent in Front gesehen hatte, liegt das Ja-Lager nun nach den beiden letzten Umfragen von gestern, Sonntag, wieder knapp vorne, ist aber von einem sicheren Sieg weit entfernt. Weiterhin hoch bleibt die Zahl der Unentschlossenen.

Nach der Umfrage des "Sunday Independent" wollen am Donnerstag 34 Prozent für den Vertrag von Lissabon stimmen und 27 Prozent dagegen, während 35 Prozent - das größte Lager - weiterhin unentschlossen sind. Die zweite gestern veröffentlichte Umfrage im Auftrag der "Sunday Business Post" sah das Ja-Lager unter der Gesamtwählerschaft mit drei Prozentpunkten voran.

In den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückte dagegen zuletzt die Frage der Arbeitnehmerrechte. Die Industrie-Gewerkschaft Siptu, die 200.000 Mitglieder vertritt, erklärte, man könne "ein Ja nicht empfehlen", solange die Regierung nicht der Ausweitung von Kollektivverträgen auf Branchen zustimme.

Das Gewerkschaftslager ist allerdings gespalten. David Begg, Generalsekretär des Dachverbands Irish Council of Trade Unions, sagt der "Presse" im Interview: "Es gibt ernste Sorgen, aber in Summe bringt uns der Vertrag Fortschritte. Wir sind zufrieden, dass sich die

Regierung jetzt voll zur Grundrechtecharta bekennt. Wir erwarten davon wichtige Auswirkungen."

In der politischen Elite, die mit Ausnahme der nationalistischen Sinn Fein geschlossen für ein Ja wirbt, haben die jüngsten Umfragen einen Schock ausgelöst. Der neue Premier Brian Cowen, im Amt erst seit Anfang Mai, forderte von allen Verantwortlichen vollen Einsatz bis zur letzten Minute.

Für Rätseleliten sorgt, dass die kritische Stimmung zum EU-Vertrag nicht einer allgemeinen Ablehnung der Regierung entspringt. In jüngsten Umfragen liegt die führende Regierungspartei so gut wie seit 13 Monaten nicht. Kommentator Stephen Collins dazu: "Wenn die Wähler lieber jenen vertrauen, die oft nicht einmal wissen, wovon sie sprechen, wird das Ergebnis unausweichlich eine Katastrophe sein."

"Der Standard" vom 09.06.2008

Seite: 5

Ressort: Außenpolitik

Irland: Fragwürdige Trendwende vor dem Referendum

Martin Alioth aus Dublin

Die vermutlich letzte Meinungsumfrage vor dem irischen Referendum am Donnerstag über den EU-Reformvertrag scheint den Befürwortern wieder Grund zur Hoffnung zu geben: Die irische Sunday Business Post gibt den Gegnern 39 Prozent der Stimmen, aber den Befürwortern 42 Prozent. Auf den ersten Blick bildet diese Umfrage also einen Knick im bisherigen Trend ab, der am letzten Freitag in der Irish Times erstmals den Gegnern eine Mehrheit von 35 zu 30 Prozent verhieß. Doch bei näherer Prüfung stellt sich heraus, dass die jetzt veröffentlichten Zahlen zum Teil älter sind als der Schnappschuss vom Freitag: Die Wählerbefragungen begannen nämlich schon früher, geben also zumindest teilweise eine ältere Stimmung wieder.

Veteranen der irischen Europapolitik warnen vor empfindlichen Konsequenzen, falls das Land, das als einziges über den EU-Vertrag abstimmen lässt, das ganze Projekt torpediere.

Der Grünen-Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit legte Irland am Sonntag in der Tageszeitung Le Monde bei einem Nein zum Reformvertrag sogar den Austritt aus der EU nahe.

"Kronen Zeitung" vom 09.06.2008

Seite: 4

EU-Strafgericht über Irland, falls die Grüne Insel ein Nein wagt?

Entzug der Subventionen? Polit-Mobbing hin zu Austritt?

Dublin/Wien. - Ein Gespenst geht um in Europa: das Gespenst eines Nein-Vetos der Iren gegen den EU-Reformvertrag. Die Reaktionen der 26 EU-Regierungen reichen von "Das müssen wir demokratisch akzeptieren" bis zu "Das lassen wir uns von diesem Zwerg nicht gefallen, der durch unsere EU-Subventionen dick und fett geworden ist.

Irlands Premier Cowen fällt schon jetzt in Verzweiflung und malt in seiner Ja-Kampagne für die Volksabstimmung am Donnerstag den Teufel an die Wand: die Rache der EU. Sie kann Irland das Weiterleben in der EU derart vergällen, das letztlich sogar ein Austritt aus der EU das Resultat wäre. Jedenfalls wird sich der Irland-Premier nach einem Nein die Häme seiner 26 EU-Kollegen anhören müssen, die schon gewusst haben, weshalb sie keine Volksabstimmungen zulassen, sondern mit ihren Lobbys in den Parlamenten einfach "drüberfahren".

Elite geschlossen für ein Ja-Votum

Die jüngste Meinungsumfrage gestern, Sonntag, ergab ein weiteres Schrumpfen der Unentschlossenen zu einem hauchdünnen Ja-Vorsprung von 42 zu 39 Prozent. Die gesamte politische und wirtschaftliche Elite kämpft für die Annahme dieses EU-Reformvertrags. In einer Aufklärungskampagne, wie sie Irland noch nie erlebt hat, wird der Vertrag intensiv erklärt. Damit soll der Fehler vermieden werden, der zum ersten Nein bei der Volksabstimmung für den Nizza-Vertrag geführt hatte. Damals wurde eine Aufklärungskampagne versäumt.

Nein als eine Abwehrreaktion

Heute stehen die Propagandisten aber vor einem neuen Rätsel: Seit die Aufklärungskampagne läuft, steigt der Grad der Ablehnung. Resigniert meinte ein EU-Werber: "Machen wir nichts, ist es falsch. Machen wir alles, ist es falsch. Je mehr die Menschen über den Vertrag erfahren, desto weniger wollen sie ihn."

"Neues Volksblatt" vom 11.06.2008

Seite: 7

Ressort: Außenpolitik

Irland hält Europa in Atem

Nein beim Referendum über EU-Vertrag würde die Union in eine neue Krise stürzen

Die Iren haben es am Donnerstag in der Hand, den mühsam ausverhandelten Lissabonner EU-Vertrag einen entscheidenden Schritt vorwärtszubringen, damit er in Kraft treten kann. Irland ist der einzige Mitgliedstaat, in dem der Vertrag einer Volksabstimmung unterzogen wird. Die Zahl der Befürworter der neuen EU-Rechtsgrundlage ist in den letzten Wochen geschrumpft.

Wieder Extrawurst für Nein-Sager?

Ein Nein der Iren wäre zweifellos ein schwerer Schlag für die EU nach der Krise um die zunächst geplante Verfassung. Vor allem der weiteren Integration hinderliche Entscheidungsstrukturen würden bestehen bleiben. Die Spitzen der Union haben betont, es gebe "keinen Plan B" in diesem Fall. EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner deutete aber jüngst an, dass auch diesmal - wie nach dem Nein der Iren zum Nizza-Vertrag - eine Sonderlösung möglich wäre.

Nach Irland könnte der britische Domino fallen

Ein neuerliches Nein der Iren würde den noch im Juni stattfindenden EU-Gipfel in ein Krisentreffen verwandeln. Einen unmittelbaren Effekt hätte dies wohl auf das traditionell EU-kritische Großbritannien. Die im Aufwind befindliche konservative Opposition setzte sich im Vereinigten Königreich für ein Referendum ein, das die Labour-Regierung noch für die Verfassung zugesagt hatte, jedoch nicht mehr für den Reformvertrag.

In Irland selbst wäre ein Nein ein Schock für den Großteil der politischen Elite, denn nicht nur die Regierung sondern auch die führenden Oppositionsparteien werben für den Vertrag von Lissabon. Sie stehen einem losen Bündnis aus Nationalisten, Linken und Erz-Katholische gegenüber. Politologen gestehen den Befürwortern zu, dass es schwierig ist, der Bevölkerung die sperrigen Neuerungen und Vorteile nahezubringen.

Durch den Wechsel an der Regierungsspitze von Premier Bertie Ahern, der in eine Korruptionsaffäre verwickelt ist, auf Brian Cowen sollte verhindert werden, dass das Referendum zum nationalen Protestvotum wird. Günstig für das Ja-Lager ist, dass Irland wirtschaftlich wie kaum ein anderes Land von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert hat. Hat das alles nicht geholfen und das Nein obsiegt, hätte bei 4,3 Millionen Wahlberechtigten weniger als ein Prozent der EU-Bevölkerung ein Projekt verhindert, das die gesamte Union betrifft.

Der undenkbare "Plan B" bekommt Konturen

Brüssel bleibt dabei: Es gibt keinen "Plan B", und der wäre auch nicht nötig, da die Iren heute mit Ja stimmen würden. Doch hinter den Kulissen werden bereits Varianten für den undenkbaren Fall durchgespielt.

Michael Moravec aus Brüssel

Die Stimmung des irischen Binnenmarktkommissars Charlie McCreevy werde seit Wochen jeden Tag etwas düsterer, und mittlerweile rechne er mit einem Nein seiner Landsleute zum Reformvertrag. Einige seiner Kollegen betrachteten ihn deswegen schon als zwanghaften Pessimisten. Andere hätten begonnen, sich selbst zu fürchten.

So beschreiben EU-Kommissare derzeit die Stimmung im Brüsseler Machtzentrum. Offiziell wird am Ja der Iren natürlich nicht gezweifelt und jeder Gedanke an einen "Plan B" verworfen, ein Plan für den Fall, dass die Antwort der knapp drei Millionen Stimmberechtigten doch Nein lauten sollte. Doch in den Schubladen der Strategen liegen bereits verschiedene Antworten.

Q "Nizza Reloaded" heißt die einfachste Variante. Schon der Vertrag von Nizza wurde von den Iren bei der ersten Abstimmung 2001 abgelehnt. Es gab dann kleine Nachbesserungen und Zusatzprotokolle, und 2002 stimmten die Iren schließlich zu. Genau so könnte es wieder gehen, meinen vor allem die Technokraten in Brüssel und in den EU-Hauptstädten.

Unmöglich, kontern viele Politiker und Diplomaten auch, wenn Kameras ausgeschaltet und Notizblöcke weggelegt sind. Nach dem doppelten Nein aus Frankreich und den Niederlanden sei der Reformvertrag eigentlich schon Plan B, und wenn der nun auch abgelehnt werde, könne man nicht mehr so weitermachen wie bisher. "Nizza Reloaded" würde aus vielen Menschen, die der EU bisher neutral bis positiv gegenüberstanden, EU-Gegner machen. Darüber hinaus gibt es kaum einen irischen Spitzenpolitiker, der nicht eine zweite Abstimmung nachdrücklich ausgeschlossen hätte.

Q "Your Problem, Ireland!" lautet die "coole" Variante, die von vielen Experten als die im Moment modernste bezeichnet wird. Die Argumentation: 15 EU-Länder haben bis jetzt zugestimmt, weitere elf werden dies bis Jahresende aller Voraussicht nach tun. Drei Millionen Iren können nicht eine Union mit bald 500 Millionen Menschen stoppen. Es liege also an Irland, zu sagen, wie es nun weiter gehe.

Diese Spielart eines Nein läuft auf ein Europa der zwei Geschwindigkeiten hinaus: Länder, die in einer Kern-EU eine größere Integrationstiefe anstreben, und Länder, die vielleicht mit einer Handelsunion zufrieden sind. Diese Möglichkeit ließe auch Großbritannien die Türe für eine Volksabstimmung und das dann zu erwartende Nein offen: Es gilt in Brüssel als offenes Geheimnis, dass die Regierung in London bei einem irischen Nein schon aus Überlebensgründen auch eine Abstimmung ansetzen müsste.

Q "Europa neu denken" ist die radikalste Antwort auf ein Nein. EU-Kommissionschef José Manuel Barroso meinte vor einigen Monaten, ein Nein würde es nötig machen, die gesamte

EU infrage zu stellen. Diese Variante würde vor allem bei den EU-Gegnern großen Anklang finden und zeigen, dass Volksentscheide auch ernst genommen würden. Auch diese Möglichkeit läuft auf ein Europa der zwei oder noch mehr Geschwindigkeiten hinaus, wie es ja beim Euro und bei Schengen schon existiert. Frankreich und Deutschland würden wohl den Kern einer "neuen EU" bilden, und daneben gäbe es verschiedene Stufen der Integration. Der Nachteil dieser Lösung: Langer Stillstand und endlose interne Diskussionen würden die EU lähmen, während sich die Welt draußen weiterdreht. Welchen dieser Wege die EU bei einem Nein einschlägt, ist unklar. Klar ist nur, wie die erste Reaktion aussehen wird: "Begrenzte Betroffenheit" nennt das ein internes Kommissionspapier.

"Kleine Zeitung" vom 12.06.2008

Seite: 6

Ressort: TRIBUENE

Von Stefan Winkler

Ein Schicksalstag für Irland und für ganz Europa

Ein irisches "No" zum Vertrag würde die EU nachhaltig verändern.

Europa blickt gebannt nach Irland. Heute stimmt das eigenwillige Inselvolk über den Reformvertrag von Lissabon ab, der Europa für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit machen soll. Und glaubt man den letzten Umfragen, dann könnte die Mehrheit der Iren dagegenstimmen.

Über die Konsequenzen eines negativen Votums braucht man sich keinen Illusionen hinzugeben. Der mühsam ausgehandelte EU-Vertrag wäre endgültig tot. Einen zweiten Anlauf, wie er den Iren 2001 für den Kontrakt von Nizza gewährt wurde, wird es diesmal nicht geben. Es ist also nicht übertrieben, zu behaupten, dass das Schicksal von fast einer halben Milliarde Europäer in der Hand von 4,2 Millionen Iren liegt.

Ob das wirklich demokratisch ist, kann man sich zu Recht fragen. Zweifelhaft ist auch, ob ein so unverkäufliches Produkt wie der Vertrag von Lissabon für ein Plebiszit taugt. Für Normalsterbliche unleserlich, ist er der anämische Aufguss der EU-Verfassung, die nach

ihrem Scheitern bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden vor drei Jahren zu Grabe getragen werden musste.

Analysen haben ergeben, dass damals nicht Europafeindlichkeit zum Nein führte, sondern die Unzufriedenheit mit den eigenen politischen Eliten.

Die Gefahr, dass es auch in Irland zu so einer "Denkzettelwahl" kommt, ist groß. Eigentlich stehen die Iren ja im Ruf, gute Europäer zu sein. Das ist nicht erstaunlich. Wie kaum ein anderes Land hat die Insel von der EU-Mitgliedschaft profitiert. 17 Milliarden Euro wurden seit dem Beitritt 1973 von Brüssel auf die Insel gepumpt und haben das einstige Armenhaus Europas in ein prosperierendes Land verwandelt.

Doch der keltische Tiger lahmt an allen Läufen. Die hohen Nahrungsmittel- und Spritpreise, der starke Euro, die internationale Finanz- und Immobilienkrise machen auch den Iren zu schaffen. Das alles lässt das Referendum zum politischen Roulettespiel geraten.

In Europa würde ein irisches "No" ein Erdbeben auslösen. Dieses würde das gemeinsame Haus nicht zum Einsturz bringen, aber tiefe Risse im Gebälk erzeugen. Auf 27 Länder angeschwollen, müsste die EU weiterwursteln wie bisher und wäre starr und unbeweglich zur Stagnation verurteilt. Das würde sie den Bürgern nicht näher bringen und könnte zur Schaffung eines Kerneuropas mit Frankreich und Deutschland als Zentrum führen.

Der heutige Schicksalstag wird Europa also nachhaltig verändern. Mit einem klaren Ja könnten die Iren dafür Sorge tragen, dass es nicht zu ihrer und aller anderen Nachteil ist.

"Österreich" vom 12.06.2008

Seite: Z8, Z9

Ressort: TT3

Die EU zittert heute vor einem Nein der Iren

Die EU zittert vor den Iren, die heute in einem Referendum über den Reformvertrag abstimmen. Eine Abrechnung liegt in der Luft. Ein Nein, das Europa in die Krise stürzen könnte.

Dublin. Die Beamten in Brüssel wollten das Land nötigen, die Abtreibung zu legalisieren, die Neutralität aufzugeben und die Steuern anzuheben: Mit diesen und ähnlichen Argumenten haben die Vertragsgegner im Endspurt noch einmal versucht, die Iren von einem Nein beim heutigen Referendum über den Reformvertrag von Lissabon zu überzeugen. Obwohl das umfangreiche Vertragswerk die breitgetretenen Horrorszenarien mit keinem Wort erwähnt.

Europa in der Krise. Kaum Erwähnung beim Nein-Lager finden hingegen die Konsequenzen einer Ablehnung des EU-Vertrages: Das nach einer neuen Perspektive ringende Europa droht in eine schwere Krise zu stürzen. Und Irland ist auf dem Weg ins Abseits. Das einstige Armenhaus Europas, das seit dem EU-Beitritt im Jahr 1973 nicht zuletzt dank üppiger Finanzhilfen von rund 40 Milliarden Euro aus Brüssel zu Höhenflügen ansetzen konnte und sich als "keltischer Tiger" zum Wirtschaftswunderland mauserte, droht den europäischen Integrationsprozess jäh zu stoppen. Der nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung 2005 mühsam ausverhandelte Reformvertrag von Lissabon könnte wieder im Papierkorb enden. Brüssel zittert und jene neun EU-Länder, in denen der Vertrag noch nicht von den Parlamenten ratifiziert wurde, gehen in Deckung.

Gegner im Aufwind. Denn das Unmögliche scheint heute möglich zu werden. Das Ja der üblicherweise europafreundlichen Iren - Irland stimmt als einziger Staat in einem Referendum über den Vertrag ab - galt praktisch als fix. Doch dann kippte die Stimmung. Die Regierung überließ das Feld kampflös den Europa-Gegnern. Und die machten mobil: Vergangenen Freitag gingen laut einer in der Irish Times veröffentlichten Umfrage die Gegner erstmals mit 35 zu 30 Prozent in Führung. In drei Wochen legten sie um 17 Prozentpunkte zu, während das Ja-Lager um fünf Prozentpunkte schrumpfte. Zusätzlich aufgeheizt wurde die Stimmung

durch wütende Fischer, welche gegen die hohen Benzinpreise und das mickrige Gehalt protestierten. Irlands Erfolgsmotor stottert.

Mit eindringlichen Appellen versuchten die Befürworter den Trend in letzter Minute doch noch umzukehren. Premierminister Brian Cowen sprach von einem "entscheidenden" Votum für die Zukunft Irlands. Auch Oppositionsführer Enda Kenny und der Chef der oppositionellen Labour Party warben für ein Ja beim Referendum. Die Gegner hätten die Bevölkerung mit absurden Behauptungen in die Irre geführt. Der Wortführer der Vertragsgegner, der Unternehmer Declan Ganley, hingegen sieht eine "historische Gelegenheit", einen besseren Deal herauszuschlagen. Am Freitag wird ausgezählt, dann droht der EU ein "Freitag der 13".

"Neue Vorarlberger Tageszeitung" Nr. 138/08 vom 12.06.2008 Seite: 8

Ressort: Tribüne

Von Stefan Winkler

Ein Schicksalstag für Irland und für ganz Europa

Ein irisches "No" zum Vertrag würde die EU nachhaltig verändern.

Europa blickt gebannt nach Irland. Heute stimmt das eigenwillige Inselvolk über den Reformvertrag von Lissabon ab, der Europa für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit machen soll. Und glaubt man den letzten Umfragen, dann könnte die Mehrheit der Iren dagegen stimmen.

Über die Konsequenzen eines negativen Votums braucht man sich keinen Illusionen hinzugeben. Der mühsam ausgehandelte EU-Vertrag wäre endgültig tot. Einen zweiten Anlauf, wie er den Iren 2001 für den Kontrakt von Nizza gewährt wurde, wird es diesmal nicht geben. Es ist also nicht übertrieben, zu behaupten, dass das Schicksal von fast einer halben Milliarde Europäer in der Hand von 4,2 Millionen Iren liegt.

Ob das wirklich demokratisch ist, kann man sich zu Recht fragen. Zweifelhaft ist auch, ob ein so unverkäufliches Produkt wie der Vertrag von Lissabon für ein Plebiszit taugt. Für Normalsterbliche unleserlich, ist er der anämische Aufguss der EU-Verfassung, die nach ihrem Scheitern bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden vor drei Jahren zu Grabe getragen werden musste.

Analysen haben ergeben, dass damals nicht Europafeindlichkeit zum Nein führte, sondern die Unzufriedenheit mit den eigenen politischen Eliten.

Die Gefahr, dass es auch in Irland zu so einer "Denkzettelwahl" kommt, ist groß. Eigentlich stehen die Iren ja im Ruf, gute Europäer zu sein. Das ist nicht erstaunlich. Wie kaum ein anderes Land hat die Insel von der EU-Mitgliedschaft profitiert. 17 Milliarden Euro wurden seit dem Beitritt 1973 von Brüssel auf die Insel gepumpt und haben das einstige Armenhaus Europas in ein prosperierendes Land verwandelt.

Doch der keltische Tiger lahmt an allen Läufen. Die hohen Nahrungsmittel- und Spritpreise, der starke Euro, die internationale Finanz- und Immobilienkrise machen auch den Iren zu schaffen. Das alles lässt das Referendum zum politischen Roulettespiel geraten.

In Europa würde ein irisches "No" ein Erdbeben auslösen. Dieses würde das gemeinsame Haus nicht zum Einsturz bringen, aber tiefe Risse im Gebälk erzeugen. Auf 27 Länder angeschwollen, müsste die EU weiterwursteln wie bisher und wäre starr und unbeweglich zur Stagnation verurteilt. Das würde sie den Bürgern nicht näher bringen und könnte zur Schaffung eines Kerneuropa mit Frankreich und Deutschland als Zentrum führen.

Der heutige Schicksalstag wird Europa also nachhaltig verändern. Mit einem klaren Ja könnten die Iren dafür Sorge tragen, dass es nicht zu ihrer und aller anderen Nachteil ist.

"Vorarlberger Nachrichten" vom 13.06.2008

Seite: A1

Ressort: Titelseite

Irland entscheidet EU-Zukunft

Volksabstimmung über EU-Reformvertrag wird heute, Freitag, ausgezählt.

Dublin (VN) Die Iren haben über den EU-Reformvertrag von Lissabon und damit über die Zukunft der EU abgestimmt. Heute soll das Ergebnis bekannt gegeben werden.

Ein Nein der Iren würde die EU mit ihren knapp 500 Millionen Einwohnern in eine neue Krise stürzen.

Alle großen Parteien hatten zu einem Ja aufgerufen. Er hoffe, dass möglichst viele Menschen wählen gehen würden, sagte der irische Premierminister Cowen bei der Stimmabgabe.

Starke Ablehnungsfront

Laut Umfragen war die Zahl der Unentschlossenen bis zuletzt hoch. Dem Lager der Reformgegner warf Cowen erneut "Verdrehungen" vor. Schon während des Wahlkampfes hatte er den Nein-Sagern vorgeworfen, Desinformation über die Reformen zu verbreiten. Auf der anderen Seite hofft der irische Millionär Declan Ganley, der sich als einer der Wortführer der irischen Ablehnungsfront profiliert hat, auf eine "starke Botschaft" der Iren "an Brüssel".

"Unabhängigkeit", "Abtreibung", "Welthandelsgespräche", "Körperschaftssteuer" waren nur einige der Schlagworte, mit denen das Lager der Gegner des EU-Reformvertrags mobilisierte. Immer wieder tauchte ein Plakat mit dem Motiv der drei Affen auf, die nichts sehen, nichts hören, nichts reden. Für die Reformgegner ein Symbol für die "Neue EU". /A2

"Österreich" vom 13.06.2008

Seite: Z10, Z11

Ressort: Außenpolitik

Schicksalstag: Stürzt Irland EU in die Krise?

Die Iren haben gestern in einem Referendum über den EU-Reformvertrag abgestimmt. Brüssel zittert vor einem Nein, die Zukunft der Union steht auf dem Spiel.

Dublin. Es hätte eigentlich eine reine Formsache werden sollen. Das Ja der üblicherweise als europafreundlich geltenden Iren zum Vertragswerk von Lissabon galt als ausgemacht. Bis kurz vor dem Referendum die Stimmung kippte. Irlands EU-Minister Dick Roche sprach von einem "sehr, sehr knappen" Ergebnis. Das Nein-Lager konnte Europaskeptiker aus verschiedensten Lagern - von Globalisierungsgegnern bis hin zu enttäuschten Landwirten - im Endspurt für sich begeistern und die Befürworter eine Woche vor der Abstimmung sogar überholen.

Viele Nichtwähler. Obwohl sowohl die irische Regierung als auch die beiden großen Oppositionsparteien sowie Gewerkschaften und Wirtschaftsführer bis zuletzt für das Abkommen warben, steht die Entscheidung auf des Messers Schneide. Rund 20 Prozent der rund drei Millionen Stimmberechtigten waren zuletzt noch unentschieden. Und: Ein Großteil der Iren will vom Stimmrecht erst gar nicht Gebrauch machen, was dem Nein-Lager in die Hände spielen könnte. Die letzten Wahllokale schlossen am Donnerstag um 22 Uhr Ortszeit (23 Uhr MESZ). Erst heute werden die Stimmen ausgezählt.

Kein Plan "B". Während auf der Grünen Insel - die dank milliardenschwerer EU-Finanzhilfen vom Armenhaus zum zweitreichsten Land der Union aufgestiegen ist - die Stimmen ausgezählt werden, ist in Brüssel das große Zittern ausgebrochen. Ohne das Ja der Iren kann der Reformvertrag, der die mit der Osterweiterung stark gewachsene EU auf eine neue Rechtsgrundlage stellen soll, nicht in Kraft treten. Bisher haben die Parlamente in 18 Mitgliedstaaten die neue Vorlage gebilligt, darunter Österreich. Irland ist das einzige der 27 EU-Länder, in dem laut Verfassung das Volk abstimmen muss. Das gesamte Ratifizierungsverfahren soll bis Anfang 2009 abgeschlossen sein. Vonseiten der EU-Kommission wurde im Vorfeld der Abstimmung gebetsmühlenartig wiederholt, dass es im

Falle eines Neins keinen Plan "B" gebe. In Deckung zu gehen, galt als die beste Verteidigungstaktik.

Szenarien für ein Nein. Doch hinter den Kulissen kursieren bereits Szenarien für den Ernstfall. So könnte den Iren ein modifizierter Reformvertrag noch einmal zur Abstimmung vorgelegt werden. Dies geschah bereits beim geltenden Vertrag von Nizza, dem die Iren erst im zweiten Anlauf zustimmten. Die EU könnte Irland aber auch vom weiteren Integrationsprozess ausschließen. Oder aber das Projekt EU muss in seinen Grundfesten ganz neu überdacht werden.

Bei einem Nein in Irland wird die Schockwelle nämlich nicht nur Brüssel erschüttern. Auch London, das den Vertrag noch nicht ratifiziert hat, wird seine Strategie wohl ändern und den Vertrag von Lissabon der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen müssen. Der innenpolitisch angeschlagene Premier Gordon Brown könnte die britischen Euroskeptiker dann kaum noch in Zaum halten. Österreichs Außenministerin Ursula Plassnik zeigte sich am Donnerstag hingegen "weiterhin zuversichtlich", dass die Iren "diesem Vertrag Rückenwind geben werden"

Das Nein-Lager befürchtet, dass Irland künftig nur noch von Brüssel regiert wird. Und machte im Endspurt noch einmal mobil.

"Kurier" vom 14.06.2008

Seite: 4,5

Ressort: Seite 5

Von Clemens Neuhold aus Dublin

Irishes "No" stürzt EU in Krise - ihre Gegner jubeln

Referendum Die Iren lehnen den Vertrag von Lissabon ab und lähmen damit die Union. EU-Politiker suchen jetzt fieberhaft nach einem Ausweg.

Die Iren haben der EU eine schallende Ohrfeige verpasst, die lange nachhallen wird. Als einziges Volk stimmten sie direkt über den EU-Reformvertrag ab, und ihr Urteil fiel deutlich

aus: 53,4 Prozent sagten "No" zu dem Vertrag, der die auf 27 Länder angewachsene EU handlungsfähiger machen sollte. Und das, obwohl Regierung und Opposition, Wirtschaft, Gewerkschaft, Kirche und Bauernverbände für ein "Yes" geworben hatten. Doch die Argumente der Gegner - von christlichen Fundamentalisten, ganz linken bis ganz rechten Gruppen, Boulevard-Blättern bis hin zum irischen Multimillionär Declan Ganley - waren überzeugender.

Das Nein-Lager hatte einen entscheidenden Startvorteil: Der über 300 Seiten starke EU-Vertrag ist so kompliziert abgefasst, dass sogar der irische Premier Brian Cowen zugab, ihn nicht gelesen zu haben. "Warum für etwas stimmen, das ich nicht verstehe?", war auf den Straßen immer wieder zu hören.

Doch auch die Warnungen, der Vertrag legalisiere die Abtreibung, schaffe die Neutralität Irlands ab und erhöhe die Steuern, verfehlten ihre Wirkung nicht. Seit Wochen prangerten diese falschen Behauptungen an jeder freien Laterne.

Wahlbeteiligung

Die größte Überraschung war, dass trotz der hohen Wahlbeteiligung von 53,1 Prozent die Gegner die Oberhand behielten. Das zeigt, wie motiviert das Nein-Lager war. In Arbeiterbezirken von Dublin und anderer größerer Städte stimmten bei hoher Teilnahme zum Teil über 60 Prozent der Wähler mit Nein. Die Entscheidung fiel aber am Land, wo die Ablehnung insgesamt noch höher war als in Städten. Das staatliche Fernsehen berichtete von einer Wahlurne mit über 400 Nein-Stimmen und 15 Ja-Stimmen.

Das ist das stärkste Argument gegen eine zweite Abstimmung in Irland, die von vielen Europa-Parlamentariern bereits lautstark gefordert wird. 2001 lehnten die Iren schon einmal einen Vertrag ab, wurden aber ein Jahr später nochmal zu den Urnen gebeten - und winkten den Vertrag von Nizza durch. Das Argument damals: Nur 35 Prozent nahmen bei der ersten Abstimmung teil. Das zieht nun nicht mehr.

Für den Grünen EU-Abgeordneten Johannes Voggenhuber wäre eine zweite Abstimmung "absurd". Dies würde die Entfremdung zu den Bürgern vertiefen, warnte er. "Die irische Abstimmung steht repräsentativ für das Unbehagen in Europa."

Das Unbehagen begann bereits mit dem Nein der Niederländer und Franzosen zur EU-Verfassung im Jahr 2005. Diese wurde so umgeschrieben, dass eine Volksabstimmung (mit Ausnahme Irlands) nicht mehr erforderlich war. 18 Parlamente, darunter das österreichische, haben den Lissabon-Vertrag schon ratifiziert.

Kommissionspräsident Barroso forderte am Freitag, weitere Länder sollten den Vertrag unterzeichnen (siehe Artikel rechts). Und aus Frankreich, dem künftigen EU-Vorsitzland, kam der Vorschlag, den Vertrag durch einen juristischen Winkelzug in Kraft treten zu lassen - trotz des irischen Vetos.

Am größten ist jetzt der Druck auf Irlands Premier Brian Cowen: Der muss seinen Kollegen nächste Woche beim EU-Gipfel vorschlagen, wie es weitergehen soll. Für den Chef der irischen Sozialdemokraten Eamon Gilmore ist der Fall klar: "Der Vertrag von Lissabon ist tot."

"Der Standard" vom 14.06.2008

Seite: 1

Ressort: SEITE 1

EU-Krise nach Nein Irlands Rufe nach "Sonderarrangement" für Dublin - Barroso appelliert an Fortsetzung der Ratifizierung

Dublin/Brüssel - Nach dem Nein der Iren zum Reformvertrag von Lissabon ist die EU in eine schwere Krise geraten. 53,4 Prozent der gut drei Millionen wahlberechtigten Iren lehnten die Vorlage ab, bei einer Wahlbeteiligung von 53,1 Prozent. Nur neun von 43 Wahlkreisen stimmten für den Vertrag.

Der Präsident des Europaparlamentes Hans-Gert Pöttering zeigte sich "tief betroffen". Er forderte von Irland, beim EU-Gipfel kommende Woche "Lösungsvorschläge" für die Krise vorzulegen. Die Regierungen in Polen und Portugal erklärten, es müssten Wege gefunden werden, den Vertrag in Irland doch noch zu ratifizieren. Frankreichs Europa-Minister Jean-Pierre Jouyet plädierte für ein "juristisches Sonderarrangement". EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso appellierte, die Ratifizierung des Vertrags trotz Ablehnung der Iren

fortzusetzen. Die Kommission habe ein anderes Ergebnis gewünscht, aber "wir respektieren das Ergebnis".

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer sagte, man müsse das Abstimmungsergebnis respektieren. Er fordert nun "eine andere, attraktivere EU-Politik".

Der frühere EU-Kommissar und Standard-Kolumnist Franz Fischler erklärte, die Niederlage sei in einer globalisierten Welt ein "Schuss ins Knie" und würde jetzt die Bildung eines "Kerneuropas" von integrationswilligeren EU-Staaten wahrscheinlicher machen.

Die irischen Vertragsgegner sahen in der Ablehnung einen "Sieg für Irland, Europa und die Demokratie". Auch die österreichischen EU-Skeptiker sahen in dem Votum Auftrieb für ihren vergeblichen Kampf gegen die Ratifikation in Österreich. (red) THEMA Seiten 2-4

"Wiener Zeitung" Nr. 117 vom 14.06.2008

Seite: 3

Ressort: Thema

Von Alexander U. Mathé

Irland hat den EU-Reformvertrag abgelehnt - damit stürzt das Land ebenso wie die EU in eine politische Krise

Freitag, der 13. für Lissabon-Vertrag

Fast 54 Prozent der Iren stimmen gegen den Vertrag. Sinn Fein profitiert von der Ablehnung.

Dublin/Wien. Es war kein besonders guter Stern, unter dem der Lissabon-Vertrag bei der Volksabstimmung in Irland stand. Am Freitag, dem 13., stimmte die Mehrheit der Iren gegen den EU-Reformvertrag. 53,4 Prozent votierten mit Nein, teilte die Referendumskommission in Dublin mit. Die Stimmbeteiligung lag bei 53,1 Prozent.

Der Vertrag, der die jahrelange institutionelle Krise der Union beenden sollte, kann nur in Kraft treten, wenn alle 27 EU-Staaten ihm zugestimmt haben.

Noch vor wenigen Wochen war man in Brüssel guten Mutes und sogar zu Scherzen aufgelegt. Irlands Premierminister Brian Cowen würde nach der Abstimmung vor lauter Beglückwünschungen in Brüssel die Hand weh tun, hieß es. Nun kann er sogar fürchten, überhaupt keine mehr gereicht zu bekommen.

Denn drei Jahre nach dem Scheitern der EU-Verfassung am Nein der Holländer und Franzosen steht die Europäische Union nach der Ablehnung des Lissabon-Vertrags erneut vor einem Scherbenhaufen.

Störrisch hatte man sich auf Seite der EU und der Vertrags-Befürworter geweigert, einen "Plan B" ins Auge zu fassen. Nun werden die EU-Funktionäre daran gehen müssen, einen auszuarbeiten.

Besonders ärgerlich ist das Nein für Deutschland und Frankreich, macht es doch den größten außenpolitischen Erfolg der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zunichte. Sie hatte den Lissabon-Vertrag als "Verfassung Light" vor einem Jahr unter ihrem EU-Vorsitz mühsam gegen Briten und Polen durchgeboxt. Und Frankreich wird wohl mit der Agenda seiner am 1. Juli beginnenden EU-Ratspräsidentschaft ins Schleudern kommen. Denn der größte Teil der Treffen dürfte nun zu Krisensitzungen ausarten.

In Irland selbst ist nach dem Nein ebenfalls bereits eine politische Krise im Anrollen. Die Opposition wird der Regierung die Schuld an dem Ausgang des Referendums geben und den Druck auf Cowen verstärken.

Richtig freuen darf sich Mary-Lou McDonald von der nationalistischen Sinn Fein. Diese war als einzige Partei offen gegen den EU-Reformvertrag aufgetreten. Es war fast schon bewundernswert, wie McDonald einen aussichtslos scheinenden Kampf führte, nur um der Sinn Fein nach dem schlechten Abschneiden bei den letzten Wahlen wieder politisches Profil zu geben. Jetzt kam sie zum Sieg wie die Jungfrau zum Kind und darf einer rosigen politischen Zukunft entgegenblicken.

Ebenfalls über das Nein freute sich Multimillionär Declan Ganley, der mit seinem Institut Libertas der Hauptsponsor der Kampagne gegen den Lissabon-Vertrag war. "Europa muss auf

die Stimme des Volkes hören", sagte Ganley am Freitag. Premier Brian Cowen habe nun "ein Mandat nach Europa zurückzugehen und den bestmöglichen Job zu machen."

Publikumswirksam hat er für den Premier bereits ein Ticket nach Brüssel ohne Rückflug gebucht. Dort solle Cowen einen besseren Vertrag aushandeln.

"Vielleicht war es ein Fehler, nicht so wie die Gegenseite eine negative Kampagne aufzuziehen", sagte Europaminister Dick Roche. Gespräche mit den Vertragsgegnern von Libertas und Sinn Fein schloss die Regierung jedoch aus. "Wir werden mit dem Volk sprechen", sagte der Sprecher des Ministers, David Grant. Wie es weitergehen soll weiß keiner. "Wir werden den EU-Gipfel nächste Woche abwarten", sagte Grant zur "Wiener Zeitung".

Es ist das zweite Mal, dass eine Volksabstimmung in Irland über einen EU-Vertrag negativ ausgeht. Im "Nizza-Referendum" im Jahr 2001 stimmten 53,1 Prozent mit "Nein". Erst in einem zweiten Wahlgang und nach Zugeständnissen an Irland segnete das Volk den Vertrag ab. Solch eine zweite Abstimmung wird es aber diesmal auf keinen Fall geben, heißt es unisono quer durch alle Parteien.

"Die Presse" vom 14.06.2008

Seite: 2

Ressort: Themen des Tages

"Die Folge des Irland-Nein ist ein Kerneuropa"

Interview. Österreichs langjähriger EU-Kommissar Franz Fischler warnt vor einer weiteren Renationalisierung in Europa.

Von Wolfgang Böhm

Die Presse: Die Iren haben gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt. Steht die Europäische Union vor einer Krise?

Franz Fischler: Ich würde das nicht Krise nennen. Die Ratifizierung des EU-Vertrags wird wohl in den restlichen Mitgliedstaaten weitergehen. Wobei die große Frage sein wird, wie nun

Großbritannien reagiert. Wenn nur noch ein oder zwei Länder offen sind, wird darüber diskutiert werden, wie man weiter vorgeht. Ich glaube nicht, dass es jetzt eine Abänderung des Vertrags oder eine Neuverhandlung geben wird. Diese Nein-Entscheidung wird allerdings den EU-Gegnern erheblichen Aufwind bringen. Es wird auch dazu führen, dass wir in fünf Jahren eine Union haben werden, deren zentrales Element der gemeinsame Binnenmarkt sein wird. Parallel dazu wird es eine Gruppe von Staaten geben, die etwa bei der Außen- und Verteidigungspolitik stärker zusammenarbeiten.

Das läuft also auf ein Kerneuropa hinaus?

Fischler: Genau dieses Kerneuropa wird kommen. Das ist eine Folge der jetzigen Entscheidungen. Außer es gelingt doch, dass in Irland nochmals abgestimmt wird.

Aber ist das überhaupt vorstellbar? Die EU-Reform wurde bereits in Frankreich, in den Niederlanden und in abgeänderter Form in Irland abgelehnt.

Fischler: Das ist eine Frage, die man an die irische Politik stellen muss. Eine zweite Abstimmung hat es ja in Irland auch zum Nizza-Vertrag gegeben.

Der Vertrag hat allerdings zweifellos ein Imageproblem.

Fischler: Ich sehe das ein bisschen anders. Es liegt nicht am Vertrag, sondern an der derzeitigen politischen Befindlichkeit der Europäischen Union. Es liegt an der Art und Weise, wie heute Politik gemacht wird. Es reichte nicht aus, hier einige Artikel im Vertrag zu ändern, und plötzlich würde eine europäische Begeisterung ausbrechen.

Die Debatte in Irland hat gezeigt, dass es bei den Bürgern vor allem eine Angst um Souveränitätsverlust gibt. Stehen wir am Beginn einer Renationalisierung?

Fischler: Die hat schon eingesetzt. Die ersten Anzeichen gab es schon bei den Verhandlungen dieses Vertrags. So wurden die europäischen Symbole herausgenommen. Wir leben in einer Phase, in der eine wachsende Zahl an Mitgliedstaaten die nationalen Interessen über die Gemeinschaftsinteressen stellt. Diese Regierungen verstehen gar nicht mehr, worin der Wert der Gemeinschaft, der gemeinsamen Ausübung von Souveränität überhaupt liegt.

Absurd ist, wenn gleichzeitig von denselben Politikern gefordert wird, dass Europa ein "global player" sein soll. Dass dies aber in Konsequenz eine stärkere gemeinsame Außenpolitik braucht, das lehnen sie wiederum ab. Hier hat sich eine eigenartige Schizophrenie entwickelt.

In Irland hat sich die gesamte Elite des Landes für den Vertrag ausgesprochen. Nachdem das Referendum gescheitert ist, muss nun die Frage gestellt werden, ob die EU nur noch ein Elitenprojekt ist, das sich von den normalen Bürgern entfernt hat?

Fischler: Es stimmt natürlich, dass die Union ein Elitenprojekt ist. Was sich aber geändert hat ist: In den Mitgliedstaaten erleben wir zunehmend eine Auseinandersetzung zwischen Eliten und Populisten.

Dennoch stellt sich die Frage, wie das aufzulösen ist.

Fischler: Patent habe ich da auch keines anzumelden. Es muss das Gespräch mit den Bürgern enorm intensiviert werden. Ich hätte auch nie ein Problem mit einer europaweiten Volksabstimmung gehabt. Das würde auch dazu führen, dass so ein Vertrag intensiv diskutiert werden müsste. Im Falle von Irland ist das nun anders. Hier haben weniger als eine Million Menschen Nein gesagt, die nun dem Rest Europas - den fast 500 Millionen - vorschreiben, was sie tun dürfen und was nicht. Die nationale Denkweise ist prioritär geworden. Das Problem ist aber auch, dass das Nein-Sagen ohne jede Konsequenz bleibt. Den Schaden haben jene, die eigentlich dafür wären. Das ist auf Dauer nicht zu rechtfertigen.

Wäre das nicht überhaupt die Lösung? Sollte ein neuer EU-Vertrag gesamteuropäisch abgestimmt werden?

Fischler: Ja, aber das ist nicht so einfach. Sie kommen in eine Situation, wo zuerst beispielsweise die Iren in einer Volksabstimmung darüber entscheiden müssten, ob sie für alle Zukunft auf ihre nationale Einspruchsmöglichkeit verzichten. Das werden sie wohl kaum tun. Früher oder später wird das zu einer Debatte führen, ob wir eine Union aus der Summe der nationalen Interessen wollen, in der das einzelne nationale Interesse überwiegt. Oder wollen wir eine Union, wo in bestimmten Bereichen das gesamteuropäische Interesse überwiegt?

Nach diesem Ergebnis wird sicher viel darüber diskutiert, wer für dieses irische Nein verantwortlich ist. Wer hat Schuld daran?

Fischler: Ja, das ist immer die erste Diskussion: Wer ist der Schuldige?

Aber wer trägt hier wirklich die Verantwortung?

Fischler: In diesem Fall sehe ich die primäre Verantwortung schon bei der irischen Regierung. Die können sich jetzt nicht davonstehlen und sagen "Das waren nicht wir!". Noch dazu wurde ja berichtet - ich kann das allerdings nicht beweisen -, dass die irische Regierung längste Zeit nicht gerade sehr große Anstrengungen unternommen hat, dieses Anliegen der Bevölkerung näher zu bringen.

11.2. Das Irische Nein zum Vertrag von Lissabon

Die Iren hatten den Vertrag von Lissabon am Donnerstag den 12. Juni 2007 abgelehnt. 53,4 Prozent der Iren stimmten mit Nein. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,1 Prozent. Damit stand/steht die Europäische Union vor einer, bis heute noch nicht gelösten, Problematik. Der EU-Reformvertrag sollte die jahrelange institutionelle Krise in der EU beenden, doch dies ist nur möglich, wenn alle 27 EU-Mitgliedstaaten hierfür zustimmen.

Die internationale Presse reagierte unterschiedlich auf dieses Ergebnis, doch konnte man eine gewisse Bestürzung und Ausweglosigkeit klar herauslesen.

Folgende internationale Pressestimmen stammen aus dem APA-Online Manager vom 14. Juni 2008. Den Fokus habe ich im ersten Anlauf auf Deutschlang gelegt.

"Berliner Zeitung":

"Die behäbige, komplizierte Gemeinschaft scheint ihre Reformfähigkeit endgültig verloren zu haben. Vor drei Jahren scheiterte bereits die EU-Verfassung am Widerstand der Franzosen und Niederländer. Jetzt ist auch der vereinfachte Lissabonner Vertrag am Ende. Er sollte die träge, bürgerferne EU effizienter und demokratischer machen. Europa ist der mächtigste

Wirtschaftsblock der Erde, die Europäische Union beansprucht einen herausragenden Platz in der Weltpolitik.

Nun zeigt sich erneut: Der eigene Zusammenhalt ist fragil, der Wille zur Erneuerung erschöpft."

"Münchener Merkur":

Die EU braucht einen echten Neuanfang. Juristisches Finassieren verlängert ebenso nur die Krise wie der Versuch, den Schwarzen Peter jetzt einfach nach Dublin zu schieben. Die Staaten der EU müssen es wagen, all ihren Bürgern gleichzeitig einen Grundlagenvertrag zur Abstimmung vorzulegen - mit der klaren Alternative Austritt. Oder dem möglichen Ergebnis eines Europas der zwei Geschwindigkeiten. Genau genommen – siehe Eurozone/Schengenraum – haben Eurozone/Schengenraum - haben wir das bereits.

"Lübecker Nachrichten:

"Ob französische Käse-, deutsche Fernseh- oder irische Steuerspezialitäten: Brüssel will Alles und Jedes regeln, was viele zu Recht auf ihre Besonderheiten stolze Europäer als impertinente Einmischung ansehen. Zumal sie selbst kaum mitreden dürfen. Beim "Vertrag von Lissabon" hat dieser Eindruck nicht getrogen. Denn nur die gut drei Millionen registrierten Wähler in Irland hatten in diesem Fall ein Mitbestimmungsrecht - in allen anderen EU-Ländern trauten die Regierungen und Parlamente ihrem Souverän und Dienstherrn, dem Volk nämlich, offenbar kein Urteilsvermögen zu."

Die "Rhein-Neckar-Zeitung" (Heidelberg):

"Nun steht Europa vor der bangen Frage, wie es weitergehen soll. Vermutlich werden die Regierungschefs versuchen, das Vertragswerk durch kleine Änderungen und juristische Tricks noch zu retten. Langfristig aber stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, das Tempo der europäischen Einigung immer am langsamsten Mitglied festzumachen. Stattdessen könnten die Staaten, die zu einer vertieften Zusammenarbeit bereit sind, voranschreiten. Hat die Union innerhalb der Union Erfolg, werden früher oder später auch die anderen Staaten dabei sein wollen."

"Thüringer Allgemeine (Erfurt):

"Alles Lamentieren wird nichts nutzen: Europa muss eher einen Gang zulegen, als sich am Tempo der Langsamsten in der Union zu orientieren. Die Geschwindigkeit wird von Ländern wie China oder Indien vorgegeben und nicht von denen, die, aus welchen Gründen auch immer, zwar das Portemonnaie aufhalten, aber ansonsten gerne auf der Bremse stehen. Das heißt konkret: Die Gemeinschaft zweier Geschwindigkeiten sollte die Konsequenz aus dem irischen Desaster sein. Wer will, zieht mit, wer nicht will, bleibt zurück. Deutschland und Frankreich täten gut daran, die Verantwortung nicht zu scheuen. Gelingt es wenigstens einem Teil Europas, sich aus den Fängen der Trägheit zu befreien, so kann man am Ende den Iren sogar dankbar sein."

"Sächsische Zeitung" (Dresden):

"Das Nein der Iren stürzt die Europäische Union in eine Krise; die Entscheidung bedeutet aber nicht das Aus für das Reformprojekt oder gar das Ende der Union. Eine Zukunft haben der EU-Vertrag und die europäische Idee aber nur, wenn es endlich gelingt, die Bürger zu überzeugen und auf diesem Weg mitzunehmen. Dabei hat die Politik bisher schmäählich versagt. Das gilt nicht nur für Irland."

Folgende internationale Pressestimmen stammen aus dem APA-Online Manager vom 15. Juni 2008. Der Fokus ist nun international.

"The Irish Times "(Dublin):

"Die Menschen haben laut und deutlich gesprochen und den Vertrag von Lissabon verworfen. Aus Gründen, die innerhalb und außerhalb dieses Landes schwer zu erklären sind. Die Iren haben der politischen Elite zu Hause und den Regierungen und den Menschen in den 26 anderen EU-Staaten einen Schock mit katastrophalem Ausmaß beschert. Das Ergebnis katapultiert Irland in das Epizentrum einer neuen Krise für die Europäische Union und deren Zukunft."

"The Times "(London):

"Das Nein sagt weniger über Irland aus als über den Vertrag selbst - eine grobe Umarbeitung der Verfassung, die von den Franzosen und Niederländern vor drei Jahren abgelehnt wurde. Er ist viel zu lang, absurd kompliziert und absichtlich undurchsichtig. Er fordert den normalen Leser unglaublich heraus, sich auf den Inhalt zu konzentrieren. Aber als die irischen Wähler dazu gezwungen wurden, entschieden sie - zu Recht -, dass jene effektivere Brüsseler Bürokratie, die möglicherweise erlangt würde, einen zu hohen Preis für die nationale Souveränität mit sich bringen würde."

"General-Anzeiger "(Bonn):

"Dürfen rund 700.000 Iren, die den Vertrag ablehnten, 500 Millionen Europäer stoppen? Sicher nicht. Die Staats- und Regierungschefs der Union sind gut beraten, wenn sie ihren Entschluss, Europa zu modernisieren und umzubauen, in der kommenden Woche bekräftigen würden. Trotzdem darf die rote Karte von der grünen Insel nicht ohne Konsequenzen bleiben. Denn auch wenn man den Iren zubilligen muss, über ein Dokument abgestimmt zu haben, das die wenigsten gelesen und noch weniger verstanden haben, steckt hinter dem 'No' eine Botschaft. Die lautet: Entmachtet Brüssel."

"Basler Zeitung":

"Das irische Nein zeigt auf, wie problematisch die EU-Staaten die Reform der Grundordnung für die EU organisiert haben. Was in der demokratischen Tradition jedes einzelnen Landes legitim ist - die Ratifikation des Vertrages entweder durch das Parlament oder die Bevölkerung -, ergibt als Ganzes ein Chaos. So kann ein Land mit drei Millionen Stimmberechtigten die dringend nötige Reform der Institutionen für die gesamte EU mit 450 Millionen Einwohnern blockieren oder verhindern, auch wenn alle anderen Staaten zugestimmt haben."

"Tages-Anzeiger "(Zürich):

"Es ist wieder so weit: Das irische Nein stürzt die EU in eine neue Identitätskrise. Der Vertrag hätte die Gemeinschaft handlungsfähiger machen sollen. Jetzt aber wird Brüssel monatelang darüber streiten, ob man den Iren Konzessionen machen kann, den EU-Vertrag verwässern soll oder vielleicht doch besser die Abspaltung eines 'Kerneuropa' betreibt. Keine Frage: Die EU wird weiter funktionieren - wenn auch mehr schlecht als recht. Wahr ist aber auch, dass sie gespalten ist, dass 18 Länder den Lissabonner Vertrag gebilligt haben und anwenden möchten. Denn die EU-Institutionen, Parlament, Kommission und Ministerrat, sind heillos überfordert. Die EU ist in Kerngeschäften blockiert."

"De Volkskrant" (Den Haag):

"Dass viele irische Wähler den Inhalt des Vertrages kaum zur Kenntnis genommen haben, tut nichts mehr zur Sache. Das Misstrauen ist eine Tatsache. Und wenn das irische Referendum eines deutlich macht, dann ist es, dass Europa nur weiterkommt, wenn die Elite die Bevölkerung hinter sich bekommt."

"Trouw" (Den Haag):

"Die logischste Option wäre es, die irische Bevölkerung zu zwingen, die Konsequenzen ihrer Entscheidung anzuerkennen und es innerhalb des Vertrages zu ermöglichen, dass dieses Land sich teilweise aus der EU zurückzieht. Angesichts der Verbindungen Irlands mit den anderen Mitgliedstaaten ist das extrem komplex, aber vermutlich nicht komplexer, als auf allen Gebieten wieder den Verhandlungszirkus zu starten."

"La Libre Belgique"(Brüssel):

"Das Versprechen, eine Annäherung zwischen Europa und seinen Bürgern zu erreichen, wurde nicht erfüllt. Die chronische Unfähigkeit der EU, die Menschen zu beruhigen und zu beweisen, dass sie an der Lösung ihrer täglichen Probleme arbeitet, rächt sich. Wurde die Union gestern noch als Segen für ein Land angesehen, dem sie sagenhafte wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnete, löst die Gemeinschaft heute nur noch Desinteresse, Ablehnung und -schlimmer noch - Misstrauen bei einer großen Mehrheit der Iren aus."

"De Morgen "(Brüssel):

"Überall in Europa ist die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität eine politische Kraft geworden, die Gefühle hervorruft, die stärker sind als jede wirtschaftliche oder rationale Abwägung. Wenn man dagegen mit einem Vertrag ankämpfen muss, der so kompliziert und seelenlos ist, dass selbst der irische EU-Kommissar zugeben musste, dass er ihn nicht gelesen hat, wird es wirklich schwierig. Der europäische Traum verdunstet mehr und mehr, die Union steht vor einem riesengroßen Problem."

"Information" (Kopenhagen):

"Die Iren haben zweimal innerhalb eines Jahrzehnts Nein zu einem EU-Vertrag gesagt. Es könnte die Frage an sie angebracht sein, ob sie nicht in Wirklichkeit eine eher lockere Anbindung an Europa wie etwa Norwegen und die Schweiz vorziehen würden. Die Alternative dazu heißt EU einschließlich Lissabonner Vertrag. Damit hat Irlands Bevölkerung zwei klare Möglichkeiten. Die Union würde den Wunsch nach einer anderen Form von Mitgliedschaft respektieren."

11.3. Politische Reaktionen zum Irischen-Nein zum Vertrag von Lissabon

Sämtliche internationale und nationale Nachrichtenagenturen haben mit einer Flut von Meldungen, Statistiken, Umfragen, Interviews, politischen Reaktionen und Zukunftsszenarien reagiert. Anbei habe ich die meiner Meinung nach wichtigsten Stellungnahmen und Reaktionen der Agenturen Reuters, AFP, AP, dpa und APA zusammengetragen, um somit einen Überblick über die globale Reaktion auf das irische Nein zu verschaffen. Gleichzeitig beinhaltet dieser Überblick einen Einblick in die Ursache der irischen Mehrheitsentscheidung. Bis zum heutigen Tag gibt es allerdings keine offizielle Statistik, welche das Entscheidungsverhalten der Iren klar beschreibt. Laut irischen Angaben, soll ein solches Dokument allerdings noch im Dezember 2008 veröffentlicht werden.

Folgende Meldungen stammen aus dem APA-Online Manager und sind somit als ganzheitliches Zitat zu sehen, da Inhalte und Überschriften nicht verändert wurden. Datum und Agenturen sind selbstverständlich vorhanden:

Folgender Aufbau wurde gewählt:

Meldungsnummer / Datum

Stichwörter – nach denen gesucht wurde

Titel

Untertitel

Ort (Agentur)

Meldung

APA0592 5 AA 0143

Siehe APA0502/13.06 Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Polen/Volksabstimmung/Vertrag/Reaktionen/CEE

Irishes Nein - Polnischer Premier hält an EU-Vertrag fest

Utl.: Tusk: "Werden wirksam nach einem Weg suchen, damit er doch in Kraft treten kann"

Warschau (APA/dpa) - Der polnische Regierungschef Donald Tusk setzt auch nach dem sich abzeichnenden "Nein" bei der Volksabstimmung in Irland weiter darauf, dass der EU-Reformvertrag in Kraft treten kann. "Das Referendum in Irland disqualifiziert nicht den Vertrag", sagte Tusk am Freitag in Warschau. "Wir werden wirksam nach einem Weg suchen, damit er doch in Kraft treten kann", versicherte Polens Ministerpräsident.

Seine Regierung werde nach einer Lösung suchen, damit das Wesen des Vertrages, wozu eine größere Integration und Kohärenz politischer Verhandlungen gehörten, erhalten bleibe, betonte der Ministerpräsident. Das polnische Parlament hatte den EU-Reformvertrag Anfang

April angenommen. Damit das Dokument in Polen in Kraft treten kann, muss es noch Präsident Lech Kaczynski unterzeichnen.

APA0595 5 AI 0216 II *Siehe APA0502/13.06 Fr, 13.Jun 2008*

Irland/EU/Volksabstimmung/Vertrag/Reaktionen/SPÖ

Irishes Nein - SPÖ: Darf "Weiterentwicklung der EU nicht stoppen"

Utl.: Grossmann: Ernsthafte Auseinandersetzung mit EU-Skepsis nötig -
Sozialistische Jugend sieht Notwendigkeit eines Umdenkens

Wien (APA) - Die SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann erachtet "das Nein der Iren zum neuen EU-Vertrag" als "äußerst bedauerlich". Das sich abzeichnende Nein der Iren beim Referendum über den Reformvertrag von Lissabon dürfe aber "die Weiterentwicklung des erfolgreichsten Friedensprojektes der Welt nun keinesfalls stoppen", betonte sie laut Aussendung vom Freitag.

Als erster Schritt müsse man sich nun mit "den Gründen und Motiven für das Ergebnis auseinanderzusetzen". Grossmann vermutet, "dass Idee und Nutzen der Europäischen Integration offensichtlich noch zu wenig in den Köpfen der irischen Bevölkerung verankert sind". Das sei besonders schade, zumal gerade Irland einen sehr großen Nutzen aus seiner EU-Mitgliedschaft gewinnen konnte. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der EU-Skepsis der Iren sei nötig.

Für die Sozialistische Jugend Österreich (SJÖ) bedeutet das Nein der Iren einen "ganz klaren Handlungsauftrag an die Politik, die Europäische Union transparenter, demokratischer und sozialer zu gestalten". "Die derzeitige Haltung - nämlich die Ignoranz von Volksentscheiden - wird die Akzeptanz der EU unter den Menschen sicherlich nicht erhöhen. Diese Ignoranz spielt nur jenen in die Hände, die mit ihrem Nationalchauvinismus den eigenen Tellerrand zur absoluten Grenze der politischen Wahrnehmung einzementieren wollen", erklärte der geschäftsführende Vorsitzende Wolfgang Moitzi.

APA0611 5 AA 0405

Siehe APA0502/13.06 Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Deutschland/Volksabstimmung/Reaktionen

Irishes Nein - Große Enttäuschung in Deutschland - Nur Linke erfreut

Utl.: Grüne "schockiert" - FDP: "Schwarzer Tag für Europa" - SPD:

Irland droht Isolation - CSU: Verkraftbarer Rückschlag

Berlin (APA/AFP) - Das sich abzeichnende "Nein" der Iren zum EU-Vertrag hat in Deutschland über die Parteigrenzen hinweg Enttäuschung und Kritik hervorgerufen, Freude gab es lediglich bei der Linken. "Wir sind schockiert und enttäuscht", erklärten der stellvertretende Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin und der Grünen-Europasprecher Rainer Steenblock am Freitag in Berlin. Die Grünen hinterfragten dabei das Abstimmungsverfahren, durch das "drei Millionen Menschen darüber entscheiden können, wie 500 Millionen Menschen ihre politische Zusammenarbeit gestalten".

Als "schwarzen Tag für Irland und Europa" bezeichnete der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Werner Hoyer, die wahrscheinliche Ablehnung. Es dürfe nun keine Option sein, den EU-Reformvertrag von Lissabon weiter zu verwässern oder die Zustimmung der Iren teuer zu erkaufen.

Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses des Europäischen Parlamentes, der SPD-Politiker Jo Leinen, warnte vor einem Schaden für ganz Europa. "Es kann nicht sein, dass einer Nein sagt und 26 andere dann nichts mehr tun können", sagte Leinen NDR Info. Irland drohe die Isolation, falls es in dem Konflikt nicht nachbessern werde, sagte Leinen.

CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer sprach dagegen von einem verkraftbaren Rückschlag für die europäische Integration. "Wir sollten uns auch davor hüten, jetzt auf Irland einzuschlagen. Niemand kann sagen, wie ein Referendum in Deutschland ausgegangen wäre." Europa müsse nun umdenken, forderte Ramsauer. "Große Reformentwürfe wie die Verfassung oder der Vertrag von Lissabon sind in der nächsten Zeit nicht zu machen."

Als einzige der fünf deutschen Parlamentsfraktionen positiv auf das negative Votum der Iren reagierte die Linke. "Das Nein aus Irland ist ein klarer Auftrag an die Regierungen in der EU, die Ratifizierung der EU-Verträge zu stoppen und den EU-Vertrag völlig neu zu verhandeln", sagte der europapolitische Sprecher der Links-Fraktion, Diether Dehm, am Freitag in Berlin. Alle Vorwürfe an die Wähler in Irland zeigten lediglich das fehlende Demokratieverständnis der politisch Verantwortlichen. Die Iren hätten Nein gesagt, weil ihnen der neue Vertrag zu Recht als unsozial erschien. "Dem irischen Volk drücken wir, sicherlich auch für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, unsere Hochachtung für ihre Entscheidung aus."

Auch das globalisierungskritische Netzwerk Attac begrüßte das Nein der Iren zum EU-Reformvertrag von Lissabon. "Der Vertrag hätte die neoliberale Schlagseite der Europäischen Union auf Kosten der Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürgern für lange Zeit festgeschrieben, sowie die weitere Militarisierung der EU vorangetrieben", sagte Gerold Schwarz, Sprecher der deutschen Arbeitsgemeinschaft zur EU.

APA0631 5 AA 0122

Siehe APA0626/13.06 Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Volksabstimmung/Vertrag/Parlament/Reaktionen

Irishes Nein - EU-Parlamentspräsident fordert Vorschläge von Dublin

Utl.: Pöttering: "Tiefgreifende Debatte" bei EU-Gipfel kommende Woche
gefordert

Straßburg (APA/AFP) - Der Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pöttering, hat sich "tief betroffen" über das erwartete "Nein" der Iren zum EU-Reformvertrag geäußert. Zugleich forderte der deutsche Christdemokrat die irische Regierung am Freitag auf, beim EU-Gipfel kommende Woche in Brüssel "Lösungsvorschläge" vorzulegen. Bei dem Treffen müsse eine "tiefgreifende Debatte" über das weitere Vorgehen geführt werden, sagte Pöttering der Nachrichtenagentur AFP.

Die EU sei nun in einer "sehr, sehr schweren Situation". Keinesfalls dürfe das "Ja" der 18 EU-Staaten, die den Vertrag bereits ratifiziert hätten, wegen der Ablehnung der Iren hinfällig werden. In den anderen Staaten müsse der Ratifizierungsprozess zügig fortgesetzt werden.

APA0648 5 AA 0182

Siehe APA0644/13.06 Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Portugal/Volksabstimmung/Vertrag/Reaktionen

Irishes Nein - Portugal: EU muss gemeinsam Lösung finden

Utl.: Portugiesischer Außenminister: Politischer Wille, der zum Kompromiss geführt hat, weiter vorhanden

Lissabon (APA/AFP) - Die portugiesische Regierung zeigt angesichts des sich abzeichnenden irischen Neins zum EU-Reformvertrag nicht mit dem Finger auf Dublin. Sollte das Referendum tatsächlich negativ ausgehen, müssten die EU-Staaten "gemeinsam" nach einer Lösung suchen, betonte der portugiesische Außenminister Luis Amado am Freitag in einer ersten Reaktion gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur Lusa. Portugal, während dessen Ratsvorsitz der Vertrag im Dezember 2007 unterzeichnet worden war, ist der Namensgeber für den "Vertrag von Lissabon".

"Wenn sich dieses Ergebnis bestätigt, müssen wir gemeinsam bewerten, insbesondere mit der irischen Regierung, welche Optionen es uns erlauben, einen Weg aus der Krise zu finden, in der sich Europa befindet", sagte Amado in einem Telefoninterview vom südfranzösischen Marseille aus. Das irische Nein gereiche Europa nicht zum Vorteil und trage auch nicht zum Frieden und zur Stabilität der internationalen Gemeinschaft bei.

Amado fügte aber hinzu, er sei "überzeugt, dass der politische Wille, der zum Kompromiss von Lissabon geführt hat, immer noch vorhanden ist".

APA0662 5 AA 0258

Siehe APA0626/13.06 Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Tschechien/Volksabstimmung/Vertrag/Reaktionen/CEE

Irishes Nein - Für Tschechien "eine Komplikation"

Utl.: Allerdings gefährde es das Funktionieren der EU nicht - Nicht weniger schwerwiegend als Nein der Franzosen zu EU-Verfassung

Prag (APA) - Der tschechische Premier Mirek Topolanek sieht im Scheitern des irischen Referendums über den EU-Reformvertrag eine "Komplikation". Diese gefährde aber nicht das normale Funktionieren der EU, weil die "EU-27" eine stabile Vertragsgrundlage habe.

Tschechien werde ungeachtet des irischen "Nein" seine Vorbereitungen für den EU-Vorsitz im 1. Halbjahr 2009 fortsetzen. "Von Anfang an haben wir mit beiden Varianten des Ergebnisses des Ratifikationsprozesses gearbeitet", betonte Topolanek in einer Presse-Erklärung weiter. Allerdings betrachte Tschechien das irische "Nein" auf keinen Fall als weniger schwerwiegend als das französische oder niederländische, betonte der Premier in Anspielung auf die gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden über die EU-Verfassung 2005.

Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus, der sich mehrmals kritisch über den Reformvertrag geäußert hatte, will nach Angaben seines Sprechers die irische Volksabstimmung erst nach der Veröffentlichung der offiziellen Ergebnisse kommentieren.

Der Vizepremier und Chef der Grünen, Martin Bursik, sieht im irischen "Nein" eine "große Komplikation". "Eine außerordentliche Verantwortung wird auf uns im Laufe des tschechischen EU-Vorsitzes liegen, weil man den Weg finden wird, was man weiter tun soll", erklärte Bursik und fügte hinzu, die EU werde trotz der irischen Volksabstimmung nicht zusammenbrechen.

Tschechien zählt zu jenen Ländern, wo der Reformvertrag noch nicht ratifiziert wurde. Der Billigungsprozess wurde gestoppt, nachdem Topolaneks konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS), deren Ehrenvorsitzender Klaus ist, das Dokument beim Verfassungsgerichtshof überprüfen ließ, ob dieses nicht dem Grundgesetz nicht widerspreche.

Irland/EU/Volksabstimmung/Vertrag/Parteien/Reaktionen/Frankreich

Irishes Nein - Französische EU-Gegner feiern Nein zum Reformvertrag

Utl.: Jubel von Rechtsaußen bis zu den Trotzlisten

Paris (APA) - Die EU-Gegner in Frankreich erfreuen sich über den Sieg des "Nein" beim irischen Referendum über den Reformvertrag von Lissabon. "Die Iren sind heute wie schon die Franzosen und Niederländer 2005 nicht gegen Europa, sondern gegen eine supranationale, bürokratische und ineffiziente Union", sagte der rechtskonservative Politiker Nicolas Dupont-Aignan, der im Wahlkampf in Irland aktiv für das "Nein" gekämpft hatte.

"Die europäischen Völker wollen ganz einfach ein Europa, das sie respektiert und beschützt, ein demokratisches, unabhängiges Europa im Dienst des sozialen Fortschritts", betonte Dupont Aignan, der aus Protest gegen die französische Europapolitik die Regierungspartei "Union für eine Volksbewegung" (UMP) verlassen hatte. Nach Ansicht des Politiker werden die Europawahlen von 2009 "eine historische Gelegenheit sein, um die irische Entscheidung umzusetzen und Abgeordnete nach Straßburg zu schicken, die eine andere Vision von Europa vertreten".

Auch der Linksnationalist und ehemalige französische Innenminister Jean-Pierre Chevenement begrüßte das Ergebnis des irischen Referendums. "Die Stimme des irischen Volks nimmt einen tiefen Sinn an, nämlich dass es die Völker ablehnen, sich in einem technokratischen und antisozialen Europa auflösen zu lassen", sagte Chevenement, der 2005 in Frankreich für das "Nein" zur EU-Verfassung eingetreten war und schon in den 1990er Jahren die europäische Konstruktion abgelehnt hatte. "Das Nein ist eine gute Nachricht für die Europäer und für die Europäische Union", sagte der ehemalige Chef der "Republikanischen Bürgerbewegung" (MRC).

Die kommunistische Partei PCF begrüßte in dem Ergebnis der irischen Volksabstimmung eine "mutige und hellsichtige Entscheidung". Der Sprecher der "Kommunistischen Revolutionären Liga" (LCR), Olivier Besancenot, betonte, dass der EU-Reformvertrag

nunmehr "endgültig tot und begraben" sei. "Der Text ist hinfällig, nun muss man dafür kämpfen, dass dieser Volksentscheid respektiert wird", sagte Besancenot und fügte hinzu, dass das Wahlergebnis den "riesigen Abstand zwischen der politischen Elite und den Gedanken der Völker" beweise, zumal "85 Prozent der politischen Klasse in Irland für das Ja war".

APA0729 5 AI 0170 II **Siehe APA0626/13.06 Fr, 13.Jun 2008**

Irland/EU/Volksabstimmung/Reaktionen/Österreich/Bundespräsident

Irishes Nein - Fischer: Arbeit für Europa weiterführen

Utl.: Bundespräsident: Irische Regierung sollte zuerst ihre Sicht der Konsequenzen darlegen

Wien (APA) - Bundespräsident Heinz Fischer sieht nach dem negativen Ergebnis der Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag die erste Aufgabe der irischen Regierung darin, ihre Sicht der Konsequenzen darzulegen. "An der Grundtatsache, dass wir im Interesse künftiger Generationen verpflichtet sind, an einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker Europas und an einer Weiterentwicklung des Europäischen Projektes zu arbeiten, und dass sich Europa auf der Basis einer institutionalisierten Zusammenarbeit besser entwickeln kann als nach dem Prinzip des Konfliktes und der nationalen Egoismen hat sich auch durch das Abstimmungsergebnis in Irland nichts geändert", betonte er am Freitag in einer Aussendung.

"Die einzelnen Schritte, die jetzt gesetzt werden müssen, um unserer gesamteuropäischen Verantwortung gerecht zu werden, müssen in Zusammenarbeit mit allen EU-Partnern sehr sorgfältig überlegt und erarbeitet werden und auch Österreich wird sich an der Weiterführung der Arbeit für ein demokratisches und friedliches Europa in verantwortungsvoller Weise betätigen", sagte der Bundespräsident.

APA0764 5 AI 0808 II/WA Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Volksabstimmung/Zus

Iren lehnten EU-Reformvertrag ab - Abendmeldung GRAFIK

Utl.: Mit 53,4 Prozent der Stimmen bei relativ hoher Beteiligung -
EU-Spitzenpolitiker halten an Vertragswerk fest

Dublin/Brüssel/Laibach/Wien (APA) - Die Iren haben den EU-Vertrag von Lissabon am Donnerstag in einer Volksabstimmung abgelehnt. 53,4 Prozent der Iren stimmten mit Nein, teilte ein Sprecher der irischen Referendumskommission am Freitagnachmittag unter dem frenetischen Jubel der Vertragsgegner im Regierungssitz Dublin Castle mit. Der Vertrag, der die jahrelange institutionelle Krise der Union beenden sollte, kann nur in Kraft treten, wenn alle 27 EU-Staaten ihm zugestimmt haben. 18 EU-Staaten, darunter Österreich, haben dies bereits getan.

Laut dem vorläufigen Endergebnis gab es nur in neun der 43 Wahlkreise eine Ja-Mehrheit. Selbst in der traditionell pro-europäischen Hauptstadt Dublin setzte sich das Ja nur knapp mit 51 Prozent durch. Besonders deutlich fiel die Ablehnung auf dem Land und in den Arbeiterbezirken der Städte aus. Mit 53,1 Prozent lag die Stimmbeteiligung um 18 Prozentpunkte höher als beim Referendum über den EU-Vertrag von Nizza im Jahr 2001, das ebenfalls negativ ausgegangen war. Dieser Vertrag wurde von den Iren im Oktober 2002 in einem zweiten Anlauf angenommen.

"Irland ist nicht in der Lage, diesen Vertrag zu ratifizieren", erklärte der irische Finanzminister Brian Lenihan gegenüber dem irischen Fernsehsender RTE. Für "tot" wollte er den Reformvertrag jedoch nicht erklären. Dublin müsse sich nämlich "anhören, was die 26 anderen Staaten sagen. Wir können ihnen nicht unsere Position diktieren". Auch Premierminister Brian Cowen betonte am Abend in seiner ersten Stellungnahme, dass Irland "den Fortschritt der anderen Staaten nicht aufhalten" wolle. "Wir befinden uns in ungewissen Gewässern. Es gibt keine schnelle Lösung", sagte er vor Journalisten in Dublin.

Das Votum gilt als Ohrfeige für die drei großen irischen Parteien Fianna Fail, Fine Gael und Labour, die gemeinsam für ein Ja geworden hatten und 80 Prozent der Wählerschaft repräsentieren. Eine bunt gewürfelte Koalition von Nationalisten, Katholiken und Linken hatte den EU-Reformvertrag bekämpft, um einen "besseren Deal" in Brüssel herauszuschlagen. "Es ist ein großartiger Tag für die irische Demokratie", sagte der Wortführer der Vertragsgegner, der Unternehmer Declan Ganley.

Während Vertragsgegner in zahlreichen europäischen Staaten das Abstimmungsergebnis bejubelten, zeigten sich Regierungsvertreter enttäuscht. Der slowenische EU-Ratsvorsitz nahm das Votum "mit tiefstem Bedauern" zur Kenntnis. Man respektiere den Willen der Iren, doch sei der Reformvertrag "unbedingt nötig", damit Europa effizienter, demokratischer und transparenter werden kann, teilte EU-Ratspräsident Janez Jansa am Freitagnachmittag mit. Das Referendumsergebnis sei "keine große Katastrophe", bedeute aber "Stillstand" für die EU, betonte Jansa, der für den EU-Gipfel kommende Woche erste Ansätze für einen Ausweg aus der Krise ankündigte. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso sagte in Brüssel, die Ratifizierung des Vertrags müsse weitergehen. "Wir dürfen jetzt nicht in eine tiefe Depression verfallen", betonte Barroso. Der französische EU-Staatssekretär Jean-Pierre Jouyet, dessen Land im zweiten Halbjahr den EU-Ratsvorsitz übernimmt, schlug als Ausweg vor, Irland eine Art Sonderabkommen anzubieten und den Reformvertrag in den 26 übrigen EU-Staaten umzusetzen.

Die EU muss sich stärker mit den Problemen auseinandersetzen, "die den Menschen ganz offensichtlich unter den Nägeln brennen", sagte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (S) in einer ersten Reaktion. Wie Außenministerin Ursula Plassnik (V) sprach er sich für eine "genaue Analyse" des irischen Votums aus. Plassnik bezeichnete das Nein als "Rückschlag", betonte aber, dass die EU auch nach dem irischen Votum "kein rechtsfreier Raum" sei, da es den Vertrag von Nizza gebe. Bundespräsident Heinz Fischer mahnte, die künftigen Schritte "sehr sorgfältig" zu überlegen.

FPÖ-Chef Heinz Christian Strache sagte, die Iren hätten stellvertretend für alle Völker Europas den EU-Technokraten und Bürokraten eine Abfuhr erteilt. BZÖ-Chef Peter Westenthaler sagte, der Vertrag von Lissabon sei nun "gestorben und in der historischen Mülltonne entsorgt". Auch der Grüne Europaparlamentarier Johannes Voggenhuber sagte, die irische Abstimmung "steht repräsentativ für das ganze Unbehagen in Europa".

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy sprachen sich für eine Fortführung des Ratifizierungsprozesses aus. Spanien und die Niederlande kündigten an, an ihren entsprechenden Plänen festhalten zu wollen. Dagegen sprach der dänische Premier Anders Fogh Rasmussen, dessen Land den EU-Vertrag ebenfalls noch nicht ratifiziert hat, von einer "neuen Situation". Der tschechische Premier Mirek Topolanek, dessen Land Anfang 2009 den EU-Ratsvorsitz übernimmt, sprach von einer "Komplikation", die jedoch das normale Funktionieren der EU nicht gefährde. Der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker betonte: "Es ist klar, dass der Lissabon-Vertrag nicht zum 1. Jänner 2009 in Kraft treten kann." Damit kommt auch nicht der geplante "EU-Außenminister", der EU-Außenkommissarin in ihrer Funktion ablösen sollte.

Der portugiesische Außenminister Luis Amado betonte, die EU müsse jetzt "gemeinsam" nach einem Weg aus der Krise suchen. Allerdings gab es auch Stimmen, die den Iren den Austritt aus der EU nahelegten. So sagte der SPÖ-Europaabgeordnete Hannes Swoboda, Irland solle sich in einem zweiten Referendum "zwischen der Stärkung der EU und einem Austritt entscheiden". Der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament, Martin Schulz, drohte indes, den anstehenden EU-Beitritt Kroatiens blockieren zu wollen, sollte es bis dahin keinen neuen EU-Vertrag geben.

APA0770 5 AA 0091

Siehe APA0768/13.06 Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Volksabstimmung/Vertrag/Reaktionen/Großbritannien

Irishes Nein - Großbritannien will Ratifizierung fortsetzen

Utl.: Miliband: Abstimmung muss "respektiert und verdaut" werden

London (APA/dpa) - Großbritannien will trotz des Neins der Iren bei dem Referendum über den EU-Reformvertrag die Ratifizierung des Vertrages fortsetzen. "Es ist richtig, dass jedes Land die Ratifizierung fortsetzt", sagte Außenminister David Miliband am Freitagabend. Der Vertrag von Lissabon habe im Parlament und im Oberhaus in London eine Zustimmung. Der

Ausgang der Abstimmung in Irland solle "respektiert und verdaut" werden. Niemand sollte den Iren nun vorschreiben, was zu tun sei.

APA0786 5 AA 0077

Siehe APA0784/13.06 Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Volksabstimmung/Reaktionen/Bulgarien

Irishes Nein - Bulgarien bedauert Ablehnung des EU-Reformvertrags =

Sofia (APA/dpa) - Bulgarien hat am Freitag das Nein Irlands zum EU-Vertrag von Lissabon bedauert. "Es ist traurig, dass das Land, das zum Lehrbuch-Beispiel für den Erfolg durch die europäische Integration geworden war, den Lissabon-Vertrag abgelehnt hat", sagte Europaministerin Gergana Grantscharowa nach Angaben der privaten Nachrichtenagentur Focus. Bulgarien unterstütze die Bemühungen zur Ratifizierung des Vertrags durch die anderen EU-Staaten, erklärte das Außenministerium in Sofia.

APA0812 5 AI 0694 II

Fr, 13.Jun 2008

Irland/EU/Volksabstimmung/Vertrag/Reaktionen/Zus

Enttäuschung in Europa nach Nein der Iren - 2. AM

Utl.: EU-Spitzen wollen Ratifizierung des EU-Vertrags fortsetzen

Brüssel/Dublin/Berlin/Wien (APA/dpa) - Trotz der Enttäuschung über das Nein der Iren zum EU-Vertrag von Lissabon wollen die Regierungschefs der Europäischen Union an der Realisierung des Reformwerks festhalten. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso rief alle 27 Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Suche nach einer Lösung auf. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy appellierten am Freitag an die EU-Partner, die Ratifizierung des Vertrages fortzusetzen. Großbritannien, Spanien und andere Länder kündigten bereits an, sie wollten an der Ratifizierung festhalten.

In einer in Berlin und Paris veröffentlichten gemeinsamen Erklärung äußerten Merkel und Sarkozy Respekt vor der Entscheidung der Iren, "obwohl wir sie sehr bedauern". Sie verwiesen darauf, dass 18 Mitgliedsstaaten den EU-Reformvertrag bereits gebilligt hätten. "Wir erwarten daher, dass die anderen Mitgliedsstaaten ihre innerstaatlichen Ratifizierungsverfahren weiterführen."

Die Länder hätten den Vertrag gemeinsam unterschrieben und deshalb eine gemeinsame Verantwortung für dessen Verwirklichung, sagte Barroso in Brüssel. Die acht Staaten, die den Vertrag noch nicht ratifiziert hätten, sollten dies trotz der Ablehnung in Irland tun. "Als Befürworter des Vertrages hätte sich die Europäische Kommission ein anderes Ergebnis gewünscht", sagte Barroso. "Dennoch respektieren wir das Ergebnis der Volksabstimmung." Beim EU-Gipfel in der kommenden Woche sollten die Staats- und Regierungschefs nun über eine Lösung beraten: "Wie die Lösung aussehen wird, kann ich heute nicht sagen", sagte Barroso, der sich auch nicht zu einem möglichen Zeitplan äußerte.

Der neue Vertrag sollte Anfang 2009 in Kraft treten und die EU auf eine neue Grundlage stellen. Der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker betonte: "Es ist klar, dass der Lissabon-Vertrag nicht zum 1. Jänner 2009 in Kraft treten kann." Damit übernimmt auch nicht der "EU-Außenminister" die Funktion von EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner so wie geplant.

Irlands Premierminister Brian Cowen versicherte, dass sein Land "den Fortschritt der Union nicht aufhalten" werde. Das Votum der Iren bedeute für die EU "einen Dämpfer für viele Jahre Arbeit". Allerdings habe die Union schon früher in ähnlichen Situationen gestanden, aber immer einen "einvernehmlichen Weg" aus der Krise gefunden.

Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft forderte Irland auf, beim EU-Gipfeltreffen am 19. und 20. Juni in Brüssel die Gründe für das Scheitern des EU-Referendums zu erläutern. "Wir werden über die Lage diskutieren und über Wege, wie man weiter kommen kann", erklärte der slowenische Premierminister Janez Jansa in einer Mitteilung. Der EU-Reformvertrag sei aber "unbedingt nötig", damit Europa effizienter, demokratischer und transparenter werden kann, betonte der slowenische Premier.

Großbritannien will die Ratifizierung des Vertrages weiterführen. "Es ist richtig, dass jedes Land die Ratifizierung fortsetzt", sagte Außenminister David Miliband. Der Vertrag von Lissabon habe im Parlament und im Oberhaus in London eine Zustimmung. Der Ausgang der Abstimmung in Irland solle "respektiert und verdaut" werden. Niemand sollte den Iren nun vorschreiben, was zu tun sei.

Die EU muss sich stärker mit den Problemen auseinandersetzen, "die den Menschen ganz offensichtlich unter den Nägeln brennen", sagte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (S) in einer ersten Reaktion. Wie Außenministerin Ursula Plassnik (V) sprach er sich für eine "genaue Analyse" des irischen Votums aus. Plassnik bezeichnete das Nein als "Rückschlag", betonte aber, dass die EU auch nach dem irischen Votum "kein rechtsfreier Raum" sei, da es den Vertrag von Nizza gebe. Bundespräsident Heinz Fischer mahnte, die künftigen Schritte "sehr sorgfältig" zu überlegen.

Freude überwog dagegen bei Österreichs Opposition. FPÖ-Chef Heinz Christian Strache sagte, die Iren hätten stellvertretend für alle Völker Europas den EU-Technokraten und Bürokraten eine Abfuhr erteilt. BZÖ-Chef Peter Westenthaler sagte, der Vertrag von Lissabon sei nun "gestorben und in der historischen Mülltonne entsorgt". Das ist ein großer Sieg des geknechteten Volkes über das Establishment und die EU-Chaoten in Brüssel und eine Chance für ein anderes, besseres Europa", jubelte Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider. Auch der Grüne Europaparlamentarier Johannes Voggenhuber sagte, die irische Abstimmung "steht repräsentativ für das ganze Unbehagen in Europa".

Der als EU-Skeptiker bekannte tschechische Präsident Vaclav Klaus beschrieb den Ausgang des Referendums als "einen Sieg von Freiheit und Vernunft über künstliche, elitäre Projekte und die europäische Bürokratie". Klaus sieht den EU-Reformvertrag als gescheitert an. "Das Projekt des Lissabon-Vertrags ist heute mit der Entscheidung der irischen Wähler beendet und die Ratifizierung kann nicht fortgesetzt werden."

Irland/EU/Volksabstimmung/Vertrag/Reaktionen

Irishes Nein - Reformvertrags-Befürworter suchen nach "Weg vorwärts"

Dublin/Wien (APA) - In APA0674 v. 13.6. muss es im ersten Satz des zweiten Absatzes richtig heißen: ... Unternehmer Declan GANLEY (nicht: Gay) an, der

KORRIGIERTE FASSUNG

Irishes Nein - Reformvertrags-Befürworter suchen nach "Weg vorwärts" Utl.:

Finanzminister: "Trauriger Tag für Europa" - Oppositionschef: Referendum sei kein Votum gegen Europa gewesen

Dublin/Wien (APA) - Während nach der Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag in Irland nur mehr das Ergebnis aus fünf Wahlkreisen aussteht und alles auf einen deutlichen Sieg der Reformgegner hindeutet, versucht die irische Regierung ihre herbe Niederlage zu verdauen. "Irland ist nicht in der Lage, diesen Vertrag zu ratifizieren", erklärte der irische Finanzminister Brian Lenihan die seinen Worten nach "rein rechtliche Position" nach dem Votum. Auf die Frage, ob der Reformvertrag nun "tot" sei, sagte er im irischen Fernsehen RTE, Irland müsse sich nun "anhören, was die 26 anderen Staaten sagen. Wir können ihnen nicht unsere Position diktieren."

Er sehe Irland jetzt "in keiner besseren Position" als vor dem Referendum, spielte Lenihan offenbar auf den führenden Vertragsgegner, den Unternehmer Declan Ganley an, der Premier Brian Cowen bereits aufforderte, einen "besseren Deal" in Brüssel auszuhandeln. Es sei ein "trauriger Tag für Europa und ein trauriger Tag für dieses Land."

Auch der irische Europaminister Dick Roche stimmte damit überein, dass die "Herausforderung" nun darin liege, beim EU-Rat einen "Weg vorwärts zu finden". Das irische Volk habe es "uns sehr schwer gemacht"; Irland befinde sich nun in einer "sehr, sehr seltsamen Position".

Ähnlich reagierte Oppositionsführer Enda Kenny von der bürgerlichen Fine Gael: "Wir müssen uns mit den anderen 26 zusammensetzen, und sehen, wie wir am besten weitermachen", sagte der Parteichef. Die Entscheidung des irischen Volks bezeichnete er als "sehr klar." Fine Gael hatte den Reformvertrag wie die meisten Gewerkschaften und Wirtschaftsführer beworben. Dass die Abstimmung eine Ablehnung der EU durch die Iren insgesamt bedeute, wies der Parteichef aber vehement zurück. "Eine ganze Reihe von Umfragen" habe gezeigt, dass die Iren europafreundlich seien. In dem Referendum sei nur nach dem Vertrag von Lissabon gefragt worden.

Die oppositionelle Labour Party hält den Vertrag von Lissabon dagegen für gänzlich gescheitert. Parteichef Eamon Gilmore sagte, es habe eine definitive Entscheidung des irischen Volks gegeben, die respektiert werden müsse. Er wandte sich zugleich gegen ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten", das als Ausweg aus dem drohenden Stillstand der EU genannt worden war. Irland sei ein Teil Europas und wolle auch weiter ein solcher sein, so Gilmore.

APA0566 5 AA 0594

Mo, 16.Jun 2008

EU/Irland/Vertrag/Volksabstimmung/Hintergrund/Analyse

Ernüchterung in der EU - An Irland führt so schnell kein Weg vorbei

Utl.: EU hat kaum Alternativen: Zweite Abstimmung oder Leben mit dem ungeliebten Nizza-Vertrag
(Thomas Schmidt/APA)

Luxemburg (APA) - Die Idee wäre ebenso einfach wie radikal: Die Iren sollten noch eine Chance erhalten. Wenn sie dann in einer zweiten Abstimmung wieder Nein zum Lissabon-Reformvertrag sagten, müssten sie den Weg frei machen für eine Europäische Union ohne sie. In unterschiedlicher Schärfe hatten sich nach den ersten Schockwellen von der grünen Insel der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker und einige Europaabgeordnete wie etwa Hannes Swoboda dafür ausgesprochen.

Die trotzige Reaktion mag verständlich sein, hat doch das Nein der Iren die EU tatsächlich in eine Krise gestürzt. Doch in der nüchternen Nachbetrachtung vier Tage nach dem Referendum werden solche Rufe schon leiser. Steinmeier lies über seinen Sprecher am Montag ausrichten, dass der vorübergehende Ausstieg Irlands am europäischen Integrationsprozess doch "kein Vorschlag" und "keine Zielvorgabe" wäre. Stattdessen forderte der deutsche Chefdiplomat nun bei der ersten Krisenbesprechung aller 27: "Wir haben jetzt gemeinsam mit der entstandenen Situation umzugehen, das heißt gemeinsam mit Irland Auswege zu finden, um die gegenwärtige Situation zu deblockieren."

"Fairness für Irland" fordert auch die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik. Nach dem irischen Nein dürfe die Gemeinschaft "niemanden in die Ecke drängen", verlangte sie. "Zusammenhalten und Zusammenbleiben, das ist im Moment der wichtigste Teil unserer Arbeit." In ihren Worten schwingt unausgesprochen die Warnung vor den diplomatischen "Sanktionen" mit, mit denen die EU-Staaten vor acht Jahren Österreich nach dem Regierungseintritt der FPÖ ächteten. Nach Ablehnung des EU-Reformvertrags muss nun Irland fürchten, in der Gemeinschaft isoliert zu werden.

Dabei hat die EU keine schnelle Aussicht auf Überwindung der Krise, die durch das Nein der Iren entstanden ist. Selbst wenn die verbleibenden acht Staaten den Lissabon-Vertrag ratifizieren, kann der Vertrag nur in Kraft treten, wenn auch Irland zustimmt. Da eine Volksabstimmung in der irischen Verfassung zwingend vorgeschrieben ist, kommt die EU um eine weitere Abstimmung auf der grünen Insel nicht herum - oder der Reformvertrag wird für tot" erklärt. Die EU könnte Irland in einer unverbindlichen Erklärung vorher noch einmal versichern, dass sie sich nicht in Fragen der Abtreibung einmische, die Unternehmenssteuern gegen den Willen Dublins nicht angehoben werden können und Irlands Neutralität respektiert wird, wie der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn am Montag vorschlug.

Der Vorteil für die EU-Staaten: Sie müssten den Vertrag nicht ändern oder noch einmal ratifizieren. Der Nachteil: Die Vertragsgegner in Irland würden sich wohl kaum mit einer solchen unverbindlichen Zusicherung begnügen. Kleine Sonderregeln könnten in einem Protokoll vereinbart werden, ohne dass die EU-Staaten den ganzen Vertrag neu ratifizieren müssten. Aber anders als bei der anfänglichen Ablehnung des Nizza-Vertrags in Irland, als die Neutralität der Insel das zentrale Thema war, scheinen die Motive des irischen Nein-Lagers diesmal zu unterschiedlich zu sein, als dass sie sich in eine einzelne Klausel packen lassen.

Rechtlich wäre eine Neugründung der EU auf Basis des Lissabon-Vertrages ohne Irland hoch kompliziert, wie EU-Rechtsexperten versichern. Ohne Zustimmung aller scheint so ein Schritt auch nicht durchführbar, da ja die EU als Rechtsgemeinschaft auf Grundlage des ungeliebten Nizza-Vertrages weiterbesteht. Der slowenische Außenminister und EU-Ratsvorsitzende Dimitrij Rupel, der um eine offene Antwort selten verlegen ist, räumt bereits ein, dass der Lissabon-Vertrag unter Umständen nicht gerettet werden kann. "Es wäre riskant zu sagen, wir werden den Lissabon Vertrag wiederbeleben", sagte er. "Wir stehen vor einer Blockade, vor einem Moment der Wahrheit." Nun sei es "Zeit für ein wenig Nachdenken, Analyse, Zuhören". Eine weitere EU-"Denkpause" - so wie die zweijährige "Reflexionsphase" nach dem Scheitern der EU-Verfassung - ist somit wahrscheinlicher geworden.

APA0560 5 AA 0276

Mi, 01.Okt 2008

EU/Frankreich/Irland/Reform/Verfassung

Irland will bei EU-Gipfel Bericht zu Nein zu Lissabon vorlegen

Utl.: Sarkozy will im Dezember Zeitplan für Ausweg aus Reformkrise

Paris/Birmingham (APA/AFP) - Vier Monate nach der Ablehnung des EU-Reformvertrages will der irische Regierungschef Brian Cowen beim EU-Gipfel Mitte Oktober einen Bericht über die Lage in seinem Land vorstellen. Er werde den EU-Partnern einen "genauen Aufriss der Fortschritte" geben, die seit dem Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon im Juni gemacht worden seien, sagte Cowen nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten und EU-Ratsvorsitzenden Nicolas Sarkozy in Paris.

Der Bericht werde eingehend die Motive für die Ablehnung des Reformvertrages analysieren und Empfehlungen für Schlussfolgerungen geben. Sarkozy kündigte unterdessen an, er wolle im Dezember einen Zeitplan für die Lösung der EU-Krise vorlegen.

Irland sei in ständigem Kontakt mit seinen EU-Partnern, "um herauszufinden, auf welche Weise wir Probleme voranbringen und Bereiche der Besorgnis identifizieren können", sagte

Cowen. Ein Berater Sarkozys sagte, der französische Präsident setze auf eine Übereinkunft der EU im Dezember, wie das Problem gelöst werden sollte.

Beim EU-Gipfel im Dezember will Sarkozy nach Angaben des französischen Präsidialamtes vom Dienstagabend erreichen, dass die Mitgliedstaaten sich auf "eine Methode und einen Zeitplan" zu der festgefahrenen Reform der EU-Institutionen verständigen.

Die britischen Konservativen kündigten auf ihrem Parteitag in Birmingham unterdessen eine Volksabstimmung über den Lissaboner EU-Vertrag im Falle einer Regierungsübernahme an. Der Außenminister im Schattenkabinett der Tories, William Hague, sagte, seine Partei werde dann dazu aufrufen, gegen das Vertragswerk zu stimmen.

Der oppositionelle Außenpolitiker gratulierte der irischen Bevölkerung zu ihrem Nein beim Referendum zum EU-Vertrag am 12. Juni. Sie habe für mehrere Millionen Europäer gesprochen, denen das Recht zur Abstimmung vorenthalten werde.

APA0748 5 AA 0297

Do, 19.Jun 2008

EU/Gipfel/Irland/Volksabstimmung/Umfrage

Umfrage: 80 Prozent der irischen Vertragsgegner für Verbleib in EU

Utl.: Vor allem Frauen, Junge und Arbeitslose lehnten Reformvertrag
ab

Brüssel (APA) - 80 Prozent der Iren, die bei dem Referendum in der Vorwoche gegen den Lissabon-Vertrag stimmten, sind für einen weiteren Verbleib in der Europäischen Union. Dies geht aus einer Eurobarometer-Umfrage im Auftrag der EU-Kommission hervor, die am Freitag offiziell in Brüssel präsentiert werden soll. Wie es in Kommissionkreisen am Donnerstag weiter hieß, sind nur fünf Prozent des irischen Nein-Lagers für einen Austritt ihres Landes aus der EU.

Von den Befürwortern des EU-Reformvertrags erklärten demnach 98 Prozent, dass Irland in der EU bleiben sollte. 76 Prozent der Iren, die gegen den Lissabon-Vertrag stimmten, erhofften sich laut der Umfrage neue Verhandlungen über das Vertragswerk. Gegen den Lissabon-Vertrag stimmten vor allem Frauen, junge Menschen und Arbeitslose, geht aus der Untersuchung der EU-Kommission hervor.

22 Prozent der Nein-Stimmenden gaben laut der Umfrage an, sie hätten gegen den Vertrag gestimmt, weil sie ihn nicht verstanden hätten. Zwölf Prozent gaben als Grund für die Ablehnung an, dass das er gegen irische Interessen verstoße. Jeweils sechs Prozent der befragten Nein-Stimmenden führten die Neutralität Irlands, Steuerfragen, den drohenden Verlust des eigenen EU-Kommissars sowie mangelndes Vertrauen in die Politiker als Grund für ihre Entscheidung gegen den Lissabon-Vertrag an.

Nur ein Prozent gab an, die hohe Zahl von Migranten wäre ein Grund für die Ablehnung gewesen. Die meisten Iren, die nicht an der Abstimmung teilnahmen, hätten dies deshalb getan, weil ihnen der EU-Vertrag unverständlich erschien, lautet ein weiteres Ergebnis der Umfrage. Der irische Ministerpräsident Brian Cowen wollte dem EU-Gipfel in Brüssel am Donnerstagabend eine erste Analyse des Nein-Votums der Iren vortragen. Bei der Volksabstimmung auf der grünen Insel vergangenen Donnerstag hatten 53,8 Prozent der Iren gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt.

APA0194 5 AA 0309

Siehe APA0002/18.06 Mi, 18.Jun 2008

EU/Irland/Volksabstimmung/Vertrag/Umfrage

Drei Viertel der irischen "Nein-Sager" glaubten an Neuverhandlungen

Utl.: Überdurchschnittlich viele Frauen, Junge und Nichtwähler
stimmten gegen Reformvertrag

Dublin/Wien (APA) - Der Glaube an Neuverhandlungen über den EU-Reformvertrag hat viele Iren zu einer Nein-Stimme bei der Volksabstimmung am vergangenen Donnerstag bewogen. Über 70 Prozent der Nein-Sager waren der Meinung, dass man einen neuen Vertrag

ausverhandeln könnte, berichtet die Tageszeitung "Irish Independent" in ihrer Dienstag-Ausgabe unter Berufung auf eine Umfrage der EU-Kommission.

Viele Iren erwarteten offenbar eine Wiederholung des Szenarios nach dem ersten gescheiterten Referendum über den Vertrag von Nizza im Juni 2001. Damals hatte Dublin von seinen EU-Partnern Zusicherungen hinsichtlich der irischen Neutralität erreicht, und ein zweites Referendum im Oktober 2002 ergab ein deutliches Ja. Doch schon damals wurde am Vertrag selbst kein Beistrich geändert, weil dies einen Neustart des Ratifikationsprozesses in allen anderen EU-Staaten erforderlich gemacht hätte.

Vor dem Referendum über den Vertrag von Lissabon hatten die Gegner betont, dass Irland in Verhandlungen einen "besseren Deal" herauschlagen könne. "Wir sollten Brüssel zurück ans Reißbrett schicken, damit sie mit einem besseren Vertrag für uns zurückkommen. Wir können keinen schlechteren Deal bekommen als den, der uns derzeit angeboten wird", sagte der Wortführer der Vertragsgegner, der Unternehmer Declan Ganley. Er kaufte dem irischen Premierminister Brian Cowen wenige Tage vor der Abstimmung symbolisch ein Flugticket nach Brüssel, wo er nach dem Nein einen neuen EU-Vertrag ausverhandeln sollte.

Die Umfrage ergab auch, dass Frauen und junge Wähler in großer Zahl mit Nein gestimmt haben. Bei den Jungwählern stimmte nur ein Drittel mit Ja, berichtet die Zeitung. Den Vertragsgegnern sei es auch gelungen, eine große Zahl von Menschen zu mobilisieren, die sich sonst nicht an Wahlen beteiligen. Weitere Gründe für das Nein waren laut der Umfrage, dass viele Iren den Vertrag nicht verstanden und sich um die massive Zunahme der Zuwanderung in Irland sorgten. Befragt wurden 2.000 Iren.

Irland/EU/Volksabstimmung

Informationsdefizit Hauptgrund für "Nein" beim Referendum in Irland

Utl.: Untersuchung vom irischen Außenministerium veröffentlicht

Dublin/London (APA/dpa) - Die Iren haben den Vertrag von Lissabon bei der Volksabstimmung im Juni durchfallen lassen, weil sie sich nicht ausreichend informiert fühlten. Dieses Informationsdefizit und die damit verbundene Verunsicherung über das Thema der Abstimmung war der Hauptgrund, warum eine Mehrheit der Iren am 12. Juni mit "Nein" gestimmt hatte oder erst gar nicht an dem Referendum teilnahm. Das geht aus einer Untersuchung hervor, die das irische Außenministerium am Mittwoch in Dublin veröffentlichte. Irland hatte den EU-Reformvertrag mit 53,4 Prozent abgelehnt und die EU in eine schwere Krise gestürzt.

Als weitere wichtige Gründe für die Ablehnung wurden die Sorge vor einem geringeren Einfluss Irlands ebenso genannt wie die Themen Arbeitnehmerrechte, Abtreibung oder Steuern. Allerdings zeige die Untersuchung auch, dass 70 Prozent der Iren die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als positiv empfänden.

"Die Menschen erwarten klare Informationen, wenn sie ihre Stimme bei einem Referendum abgeben sollen", sagte Außenminister Micheál Martin. Europaparlaments-Präsident Hans-Gert Pöttering versicherte, das Parlament werde seinen Teil dazu beitragen, Informationen über Inhalte des Vertrages von Lissabon und über EU-Fragen im Allgemeinen zu verbessern.

11.4. Ratlosigkeit in der Europäischen Union

„Nach dem Nein der Iren zum Reformvertrag von Lissabon beginnt in der Europäischen Union unter großem Zeitdruck die Suche nach einem Ausweg aus der Krise. Die EU-Außenminister bereiten am Montag in Luxemburg die Gipfelberatungen der 27 Staats- und Regierungschefs vor, die am Donnerstag in Brüssel beginnen. Die Folgen der irischen

Ablehnung des Vertrags werden nach Angaben von Diplomaten zentrales Thema des Gipfels sein. Der Lissabon-Reformvertrag war am Donnerstag - bei einer Beteiligung von 53,1 Prozent der Stimmberechtigten - von 53,4 Prozent verworfen worden. Er kann nur in Kraft treten, wenn er von allen 27 EU-Staaten ratifiziert wird.

Der irische Außenminister Micheal Martin wird seinen Kollegen darlegen, welche Gründe nach Erkenntnissen der Regierung in Dublin maßgeblich zum Scheitern des Vertrages bei der Volksabstimmung beitrugen. In der Diskussion dürfte es nach Angaben von Diplomaten unter anderem um die Frage gehen, ob es künftig ein "Kerneuropa" von Staaten geben soll, die bei der europäischen Integration schneller als andere vorangehen. Auch soll besprochen werden, unter welchen Umständen eine erneute Volksabstimmung in Irland möglich und erfolgreich sein könnte.

Österreichs früherer EU-Kommissar Franz Fischler rechnet mit dem Entstehen eines ‚Kerneuropa‘ als Reaktion auf die irische Ablehnung des Reformvertrags. ‚Länder wie Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten werden vor allem in der gemeinsamen Verteidigungspolitik und auch in der Außenpolitik vorangehen‘, sagte der ehemalige ÖVP-Landwirtschaftsminister dem Nachrichtenmagazin ‚profil‘. Ob auch Österreich einem solchen ‚Kerneuropa‘ angehören werde, stellt Fischler infrage. ‚Das muss man schon bald in Österreich diskutieren. Dann wird die Neutralitätsdebatte wieder zum Vorschein kommen‘, so der Ex-Kommissar. Ein Beitritt zu diesem Kerneuropa stellt für Fischler aber "tatsächlich eine weitgehende Änderung der österreichischen Verfassung" dar. ‚Da müsste man eine Volksabstimmung abhalten, und da bin ich mir ganz und gar nicht sicher, ob dies positiv ausgehen wird.‘ In Österreich und in Irland hätten "momentan Populisten Saison".

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy erwartet nach der Ablehnung des EU-Reformvertrags in Irland eine schwierige Ratspräsidentschaft seines Landes in der zweiten Jahreshälfte. Das mache die Aufgabe für Frankreich nicht einfacher, sagte Sarkozy am Samstag auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Präsident George W. Bush in Paris. Die Mitglieder der Europäischen Union sollten nun aber den Ratifizierungsprozess weiterführen, um eine Krise zu verhindern. Als Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft nannte Sarkozy eine gemeinsame Einwanderungspolitik und eine Antwort auf die hohen Ölpreise. Der belgische Ministerpräsident Yves Leterme warnte, die EU dürfe auf keinen Fall den Schwung verlieren. Der britische Außenminister David Miliband machte

deutlich, dass das Oberhaus in London den Vertrag wie geplant kommende Woche prüfen und damit den mit der Zustimmung des Unterhauses eingeleiteten Ratifizierungsprozess fortsetzen werde. Lediglich der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus sagte, mit dem irischen ‚Nein‘ sei der Vertrag von Lissabon ‚beendet‘.

Nach Ansicht von ÖVP-Klubobmann Wolfgang Schüssel gelte es jetzt, ‚die Mutmacher zu stärken‘. Man müsse ‚Hüftschüsse‘ vermeiden und den Iren zuhören, um mit ihnen eine Lösung zu suchen, sagte der frühere Bundeskanzler am Samstag in einem ORF-Interview. Mit dem irischen Referendum sei das europäische Reformvorhaben noch komplexer geworden, konstatierte Schüssel, für den ‚ein Fleckerlteppich von Volksabstimmungen nicht mehr funktioniert‘. ‚So wie es jetzt läuft, wird es immer Stolpersteine geben‘, bemerkte der Ex-Kanzler, der sich für die Durchführung einer Volksabstimmung an einem Tag in ganz Europa aussprach, wobei die Bevölkerungsmehrheit ausschlaggebend wäre.

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnete es als eine Möglichkeit, ‚dass Irland einen Weg für sich findet, für eine Zeitlang aus der europäischen Integration, aus der Förderung des europäischen Integrationsprozesses auszusteigen, den Weg frei zu machen für das Inkrafttreten des Reformvertrags unter 26 (Ländern)‘. Auch der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker sagte, es bleibe ‚wohl nichts anderes übrig, als den Club der Wenigen, der Integrationsfähigen, zu gründen‘.⁹⁶

⁹⁶ APA-Online Manager, 15.06 2008

12. Zusammenfassung

Ich denke, der Hauptgrund dafür, dass die irische Bevölkerung den Vertrag von Lissabon im Juni nicht angenommen hat, ist im Informationsdefizit zu suchen. Dadurch entstand eine Verunsicherung, wie in vielen anderen Ländern auch, und knapp die Hälfte der Iren ging erst gar nicht zur Abstimmung. Das irische Außenministerium veröffentlichte im Oktober 2008 die Ergebnisse einer durchgeführten Untersuchung, in welchen bestätigt wurde, dass das Informationsdefizit der Hauptgrund für das NEIN beim EU-Referendum in Irland war. Eine offizielle repräsentative Studie ist, wie bereits angekündigt, allerdings erst im Laufe des Jahres zu erwarten. Weitere wichtige Gründe waren laut dem irischen Außenministerium die Sorge vor einem geringen Einfluss Irlands – sie betreffen die Themen: Arbeitnehmerrechte, Abtreibung oder Steuern. Dennoch, rund 70 Prozent der Iren empfinden nach Angaben des irischen Außenministeriums die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sehr positiv. Es ist somit momentan noch gar nicht möglich, eine adäquate Aussage über die Beweggründe der Iren bezüglich ihrer Entscheidung zu treffen. Was die Zukunft Europas betrifft, wird sich in wenigen Monaten herausstellen – nach dem zweiten Referendum in Irland.

Die aktuellsten Schlussfolgerungen die irische Situation betreffend wurden auch in einem Zeitgespräch im „Wirtschaftsdienst“ diskutiert. Sie decken sich mit den Erkenntnissen der vorangegangenen Diplomarbeit. Wie kann es nun weitergehen?

1. Die Europäische Union, die das Verständnis für Demokratie in der Welt verbreiten will, kann sich technische Lösungen, die im Endeffekt das Votum der Iren ignorieren, nicht leisten.
2. Ebenso widerspricht eine Neugründung der EU dem Demokratieverständnis, die sich durch den juristischen Trick bewerkstelligen ließe, dass alle Mitglieder außer Irland aus der alten Gemeinschaft austreten.
3. Erforderlich wäre, das Udenkbare zu tun und den Reformvertrag noch einmal aufzuschnüren. Es ist insbesondere ein demokratisches Defizit des Vertrages, dass in der Europäischen Kommission, deren herausgehobene Stellung noch gestärkt wird, nicht mehr alle Mitgliedstaaten repräsentiert sein sollen. Ohne die Mitgliedschaft in der Kommission wäre die zunehmende Praxis des Rates, mit qualifizierter Mehrheit abzustimmen, für ein kleines Mitgliedsland nicht akzeptabel. Im Fall Irlands, das seit 1973 Mitglied der Gemeinschaft ist und einen Kommissar stellt, kommt die Prävalenz des Status quo hinzu. Die bereits im Vertrag von Nizza getroffene Entscheidung, die

Anzahl der Kommissare zu begrenzen, muss als politisch höchst unweise bewertet werden. Die Europäische Union wäre auch nach der Ratifizierung des Reformvertrages kein Bundesstaat sondern bliebe eine Staatenunion und eine supranationale Integrationsgemeinschaft. Schon aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass in der Europäischen Kommission alle Mitgliedstaaten vertreten sind. Die Europäische Kommission ist auch nicht bloß Exekutive, für deren Organisation der Effizienzgesichtspunkt Vorrang haben sollte, sondern bereitet politische Entscheidungen vor und hat weiterhin die alleinige Gesetzgebungsinitiative. Sie ist in dieser Frage zum Beispiel nicht mit dem Direktorium der Europäischen Zentralbank vergleichbar. Denn die Zentralbank ist vorrangig für das Ziel der Geldwertstabilität verantwortlich und hat daher im Grunde keine politischen Abwägungen zu treffen.

4. Aus ökonomischer Sicht wäre das Recht, weiterhin einen Kommissar zu stellen auch eine Kompensation für die Iren, mit der ihre Zustimmung zu einem neuen Vertrag gewonnen werden könnte. Diese aus politischer Sicht etwas anrühlich anmutende Bestechung ist für Ökonomen völlig in Ordnung, weil sie das genannte Entscheidungsparadoxon auflöst und eine für alle Beteiligten vorteilhafte Situation schafft.
5. Der Einwand, dadurch würde man den kleinen Mitgliedstaaten einen zu starken Hebel in die Hand geben, lässt sich entkräften. Institutionelle Reformen, die zu einer Änderung der Regierungsform führen, sollten – ganz im Sinne der klassischen Politischen Ökonomie – konsensfähig sein.
6. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ist ambivalent zu beurteilen. Auch hier wäre ein Aufdröseln des Vertrags von Nöten, um die Veränderungen gegenüber dem Status quo dann als Verstärkte Zusammenarbeit eines Teils der Mitgliedsstaaten untereinander zu verabschieden. Der Reformvertrag sieht diese Möglichkeit vor, aber nur als letztes Mittel. Zum Beispiel, wenn mit dieser Zusammenarbeit angestrebten Ziele von der Union in ihrer Gesamtheit nicht innerhalb eines vertretbaren Zeitraums verwirklicht werden können.⁹⁷

⁹⁷ Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Art. 20(2), Amtsblatt der Europäischen Union vom 9.5. 2008

13. Literaturverzeichnis

13.1. Literatur

Ø Albrecht, U. 1992. Internationale Politik. Wien

Ø Arter, D. The politics of European Integration in the twentieth century,
Aldershot 1993, S. 145 f.

Ø Behrens, H./Noack, P. 1984. Theorien der Internationalen Politik.
München

Ø Bellers, J./Kipke, R. 1993. Einführung in die Politikwissenschaft. Wien

Ø Bellers, J./Woyke, W. 1989. Analyse internationaler Beziehungen.
Opladen

Ø Beutler, B. et al. 1993. Die Europäische Union. Baden-Baden

Ø Boldt, H. 1995. Die Europäische Union: Geschichte, Struktur, Politik.
Mannheim

- Ø Brown, T. 1988. Irish foreign Policy After the Single European Act. Studies, S. 305, S. 21 – 32.
- Ø Coakley, J. The European Dimension in Irish Public Opinion 1972-82. In: Coombes 1983, S. 43 – 67, S. 51.
- Ø Collins, N. et al. 1991. Irish Politics Today. Manchester
- Ø Dosenrose, S. Z. Westeuropäische Kleinstaaten in der EG und EPZ, Zürich 1993, S. 354.
- Ø Drudy, P.J. 1982. Ireland: Land, Politics and People. New York
- Ø Esterbauer, F. 1994. Europäische Integration. Wien
- Ø Fanning, R. Irish Neutrality. 1990.
- Ø Gabriel, O.W./Brettschneider, F. (Hg.).1994. Die EU-Staaten im Vergleich. Opladen
- Ø George,S.1991. Politics and Policy in the European Community. Oxford

- Ø Girvin, B. Irish Economic Development and the politics of EEC Entry in: Courting the Common Market, Richard T. Griffiths and Stuart Ward (Eds.); London 1996, S. 248 f.
- Ø Fanning, R. Irish Neutrality. 1990.
- Ø Jacobsen, H.-A et al. 1973. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation. Köln
- Ø Joseph J. Lee, Ireland 1912 – 1985, Politics and Society, Cambridge 1989, S. 202 ff.
- Ø Keatinge, P. 1978. A Place Among the Nations. Dublin
- Ø Keatinge, P. 1983. Ireland: neutrality inside EPC. In: Hill 1983, S. 137 – 152
- Ø Keatinge, P. 1984. A Singular Stance. Dublin
- Ø Keatinge, P. 1990 Irish Neutrality in the European Community. In: Huld/Lejins 1990, S. 53 – 75

- Ø Keogh, D. Twentieth- Century Irland, Nation and State, Dublin 1994, S. 246.
- Ø Kortmann, J. 1994. Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks. Bochum
- Ø Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Art. 20(2), Amtsblatt der Europäischen Union vom 9.5. 2008
- Ø Kramer, H. (Hg.) 1995. Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch. Wien
- Ø Koßdorff F., Die Republik Irland- ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU, 2000, Wien
- Ø Laffan, B. The Consequences for Irish Foreign Policy. In: Coombes 1983.
- Ø Laver, M./Marsh, M. Parties and Voters. In: Coackley/Gallagher 1993.
- Ø Lee , J.J., Ireland 1912 – 1985, Politics and Society, Cambridge 1989

- Ø Maher, D.J. The Tortuous Path. The Course of Ireland's Entry into the EEC 1948-1973. Dublin 1986, S. 199, zit. In: Szpott 1996, S. 74.
- Ø Mair, P. The Party System and Party Competition. In: Coackley/Gallagher, 1993.
- Ø McSweeney, B. Die europäischen Neutrals und die EG. In: Iraschko/Truger 1989.
- Ø National Economic and Social Council (Hrsg.), Ireland in the European Community: Performance, Prospects and Strategy (=NESC 88), Dublin 1989, S. 61.
- Ø O'Leary, M. 1985. The Presidency of the Council of Ministers of the European Communities: Ireland and its EC Membership. In: Nuallain 1985, S. 139-162.
- Ø Profil Nr. 8, 17. Februar 1997, S. 56
- Ø Salomon, T. Unneutral Ireland. An ambivalent and unique security policy. 1989 Oxford

Ø Streinz R., Ohler C., Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, München, 2008.

Ø The Economist, 21. Juni 2008, S. 48

Ø Uterwedde, H., Die Europäische Gemeinschaft. 1990, Opladen

Ø Wirtschaftsdienst, Ausgabe August 2008

13.2. Internet

Ø APA-Online Manager (<http://www.aom.apa.at/>) - kostenpflichtig

Ø <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/osze.html>
(12.07.2007)

Ø <http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Wirtschaft.html>
(02.04.2008)

Ø <http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irland/Aussenpolitik.html>
(04.04.2008)

Ø http://www.parlament.gv.at/LI/GL/EUGL/show.psp?P_BUCH=V (18.05.2008)

Ø http://lexikon.meyers.de/meyers/Fianna_F%C3%A1il (09.04.2008)

Ø <http://www.bpb.de/themen/ZXVVX5,0,0,Wahlssystem.html> (22.07.08)

Ø <http://de.wikipedia.org/wiki/KSZE> (08.05.2007)

Ø <http://wko.at/statistik/eu/europa-BIPjeEinwohner.pdf> (02.04.2008)

LEBENS LAUF

Christoph Großkopf

10.03.1976

Feb. 2007 – August 2007

ERASMUS Programm; Irland; University of Limerick

Februar 2003 bis

Oktober 2009

UNI Wien, Politikwissenschaften,

Schwerpunkt: Internationale Politik, Europa und
Europäische Union

und Politische Theorien und Kulturstudien

Vertiefungen: > Internationale Organisationen

> Österreichische Außen- und EU Politik

> Politik in Irland

1999 – 2003

Hauptberuf: Banken- und Finanzdienstleistungsbranche

1999

Beginn nebenberufliches Studium Psychologie,

Publizistik und Philosophie (jeweils nur 1 Semester)

Okt. 1998-Okt. 1999

Kolleg für EDV & Informationstechnologie,

Spengergasse, Wien 1040

1997 - 1998

Präsenzdienst

1991 – 1997

HAK, Wendstattgasse, Wien

Abstract/Diplomarbeit_Christoph Großkopf:

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Republik Irland und ihrem Verhältnis zur Europäischen Union. Ein besonderes Augenmerk möchte ich hierbei auf Freitag den 13. Juni 2008 legen. Niemand kann bis dato wohl genau sagen, ob es an dem in Aberglauben getränktem Datum, dem schlechten Klima oder der vermeintlich schlechten Informationspolitik der irischen Politiker lag - an diesem Tag entschieden sich die Iren jedenfalls gegen den Vertrag von Lissabon und der Schock darüber war einem Großteil der europäischen Politiker anzusehen. Bereits Monate zuvor wurde dem irischen Volk eingebläut, ein „JA“ zu dem EU-Reformvertrag abzugeben, respektive dafür zu stimmen. Dutzenden Meinungsumfragen zufolge hätte dies auch eintreten sollen, doch die Realpolitik überraschte nicht nur Spitzenpolitiker, sondern auch rund 500 Millionen Europäer, welche plötzlich einer scheinbar unvorhersehbaren politischen Zukunft gegenüberstehen.

Die irische Politikerin Mairead McGuinness erklärte nach dem „Nein“ der Iren, es gäbe drei Gründe für das Scheitern des Referendums: „Erstens, dass der Ministerpräsident selbst das Dokument nicht gelesen hat, zweitens, dass der irische EU-Kommissar es nicht gelesen hat und drittens, dass irische Frauen fürchteten, dass ihre Kinder in eine europäische Armee eingezogen werden.“

Es scheint zudem, als handle es sich bei dem Ergebnis nicht um Kommunikationsprobleme zwischen den Wählern und den Politikern, da durchaus die Möglichkeit besteht, dass die Politiker ungeschriebene Grundregeln verletzt haben könnten, welche verlangen, konfliktträchtige institutionelle Reformen zu vermeiden.

Wichtig zu betonen ist, dass Irland nie ein europafeindliches Land war. Gerade die „Grüne Insel“ hatte in den vergangenen 35 Jahren wirtschaftlich enorm von ihrem EU-Beitritt profitiert. Warum nun ist es zu diesem „Nein“ der Iren zum EU-Reformvertrag gekommen? Ist es überhaupt schon möglich, hierzu eine adäquate Antwort zu finden? Hat sich das Ergebnis der Parlaments-Wahlen im Frühjahr 2007 auf das EU-Referendum ausgewirkt? Wie geht es weiter mit der Idee Europa? Wie haben europäische Politiker auf das irische „Nein“ zum EU-Reformvertrag reagiert? Und vor allem: Wie geht es weiter? Um hierzu Antworten zu finden, gilt es, die gemeinsame Geschichte Irlands und der Europäischen Union aufzurollen. Außerdem möchte ich mich kurz mit den bereits erwähnten Parlamentswahlen im Mai 2007 auseinandersetzen und daraus resultierende „Pro-EU“ und „Anti-EU“ Parteien ausfindig machen, welche die Abstimmung über den EU-Reformvertrag anscheinend maßgeblich beeinflusst haben. Dazu ist es meines Erachtens auch wichtig, die Außenpolitik

Irlands zu analysieren und herauszufinden, wie Irland Internationalen Organisationen gegenübersteht, sowie zu erörtern, wie sich die Neutralität Irlands in den vergangenen Jahrzehnten veränderte.

.